Die Luft wird dünner

DIHK-Konjunkturumfrage bei den Industrie- und Handelskammern

Herbst
2018

DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag

IHK Deutsche Industrie- und Handelskammern

#GemeinsamWirtschaftStärken

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union
19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet: www.dihk.de
Facebook: www.facebook.com/DIHKBerlin
Twitter: http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Dr. Ilja Nothnagel, Sophia Krietenbrink, Dr. Kathrin Andrae, Dr. Marc Evers, Jakob Flechtner, Emanuel Weishäupl

Layout

Friedemann Encke, Sebastian Titze

Bildnachweise

www.Thinkstock.de / www.gettyimages.com

Stand

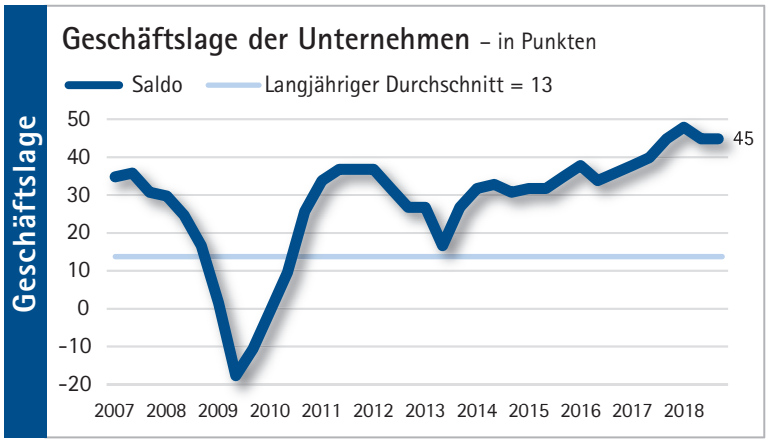
Oktober 2018

Inhalt

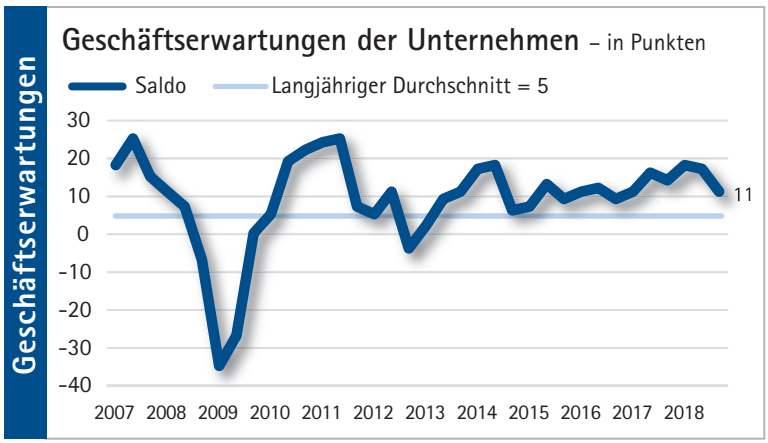
Konjunktur in Deutschland auf einen Blick	4
Geschäftslage	6
Geschäftserwartungen	10
DIHK-Konjunkturklimaindikator	16
Exporterwartungen	17
Blick in die Weltregionen	22
Investitionsabsichten	25
Beschäftigungsabsichten	30
Konjunktur in den Wirtschaftszweigen	34
Industrie	34
Baugewerbe	37
Handel	39
Dienstleistungen	42
Konjunktur in den Regionen	45
IHK-Konjunkturumfragen	46
Norden	47
Osten	49
Süden	51
Westen	53
Anhang	55
Fragebogen	56
Methodik	57
Zeitreihen der DIHK-Umfragen	58

Deutschlands Konjunktur auf einen Blick

Herbst 2018

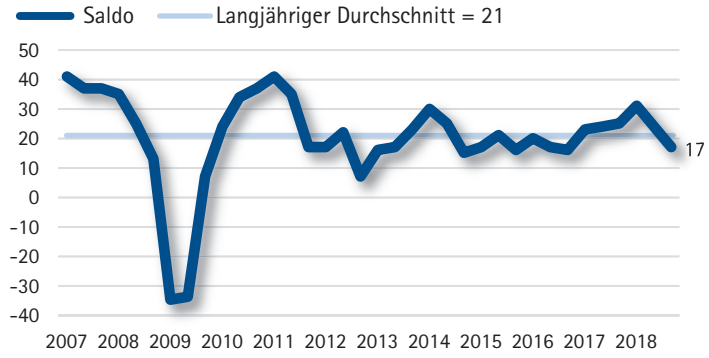


Die deutsche Wirtschaft läuft noch immer auf hohen Touren. Die Bauwirtschaft schätzt ihre **Wirtschaftslage** so positiv ein wie noch nie. Auch Handel und Dienstleister profitieren von der starken Binnennachfrage. Das Bild bleibt aber nicht ungetrübt: Industrie und hierbei besonders Großunternehmen spüren, dass der Wind international rauer wird. Sie machen bei der Bewertung ihrer Geschäftslage im Herbst 2018 bereits Abstriche.



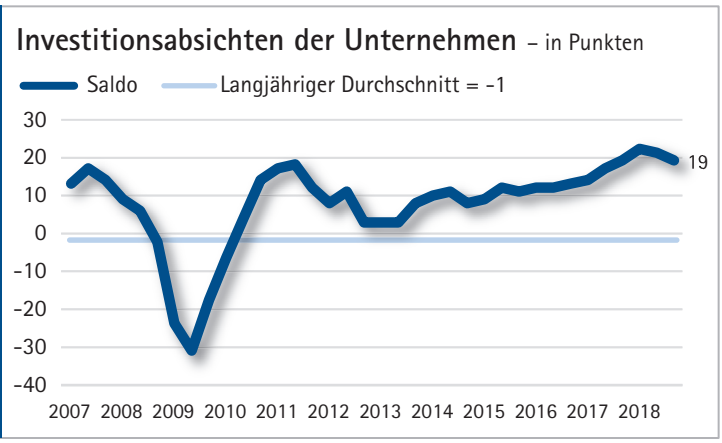
Die Unternehmen blicken merklich verhaltener auf ihre künftigen Geschäfte – die stärkste Eintrübung der **Geschäftserwartungen** seit vier Jahren. Besonders deutlich zeigt sich das in der Industrie. Hemmnisse und Risiken spüren die Betriebe noch stärker als im Frühsommer. Das Top-Risiko Fachkräftemangel gewinnt nochmals an Bedeutung. Hinzu kommen schwierigere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen – und zwar in Deutschland und weltweit. Dabei schlagen die eingetrübten internationalen Perspektiven der deutschen Unternehmen am stärksten ins Kontor. In puncto Energie- und Rohstoffpreise kommen – zu den hierzulande hohen und absehbar weiter steigenden Stromkosten – Belastungen durch höhere Öl- und Gaspreise hinzu.

Exporterwartungen



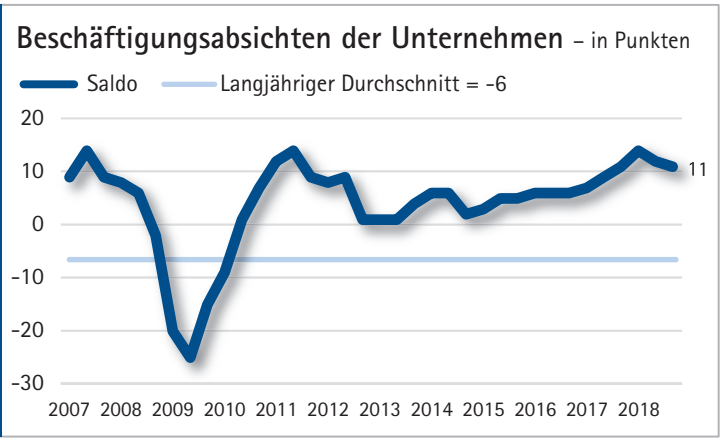
Die **Ausfuhrerwartungen** erhalten einen deutlichen Rückschlag. Der Exporterwartungssaldo liegt nun unter seinem langjährigen Durchschnitt. Die handelspolitischen Verwerfungen verunsichern die Unternehmen und hinterlassen bereits sichtbare Spuren im Geschäft. Die Unternehmen befürchten, dass die grassierenden Handelskonflikte, insbesondere zwischen der USA und China, sich im Laufe der nächsten zwölf Monate gravierend auf den Handel niederschlagen. Gerade Investitionsgüterproduzenten erwarten vor diesem Hintergrund ein Abflachen ihres internationalen Geschäfts. In vielen wichtigen Absatzmärkten zeichnet sich eine langsamere konjunkturelle Gangart ab. Die Schwellenländer fallen als Wachstumstreiber in nächster Zeit zumindest teilweise aus.

Investitionsabsichten



Die gestiegene Unsicherheit der Unternehmen spiegelt sich auch in einer etwas nachlassenden **Investitionsdynamik** wider. Weniger Betriebe als zuletzt wollen ihre Budgets ausweiten. Insgesamt verbleiben die Pläne jedoch auf solidem hohen Niveau. Neben den günstigen Finanzierungsbedingungen sind hierfür nicht zuletzt die in vielen Bereichen hohe Kapazitätsauslastung sowie die Digitalisierung in den Betrieben ursächlich. Kapazitätsausweitungen und Produktinnovationen bleiben dabei auch im Herbst 2018 wichtige Investitionsmotive. Am aktuellen Rand steigt zudem leicht der Anteil der Unternehmen, die Investitionen in Rationalisierungsmaßnahmen planen. Hier zeigt sich der schon lange beklagte Fachkräftemangel.

Beschäftigungsabsichten



Der deutliche Rückgang der Geschäftserwartungen schlägt sich bisher nur bedingt in den **Beschäftigungsabsichten** nieder. Die Beschäftigungspläne gehen gegenüber dem Frühsommer nur leicht zurück. Gerade in Zeiten knapper Fachkräfteverfügbarkeit halten Unternehmen an ihren qualifizierten Teams fest. Trotz zurückhaltendender Konjunkturerwartungen und trotz der Sorgen um steigende Arbeitskosten setzt sich der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsaufbau auch im vierzehnten Jahr fort – wenngleich mit etwas verringertem Tempo.

Geschäftslage der Unternehmen

„Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage Ihres Unternehmens?“

Lage: Binnenmarkt stark, Export mit Schwächen

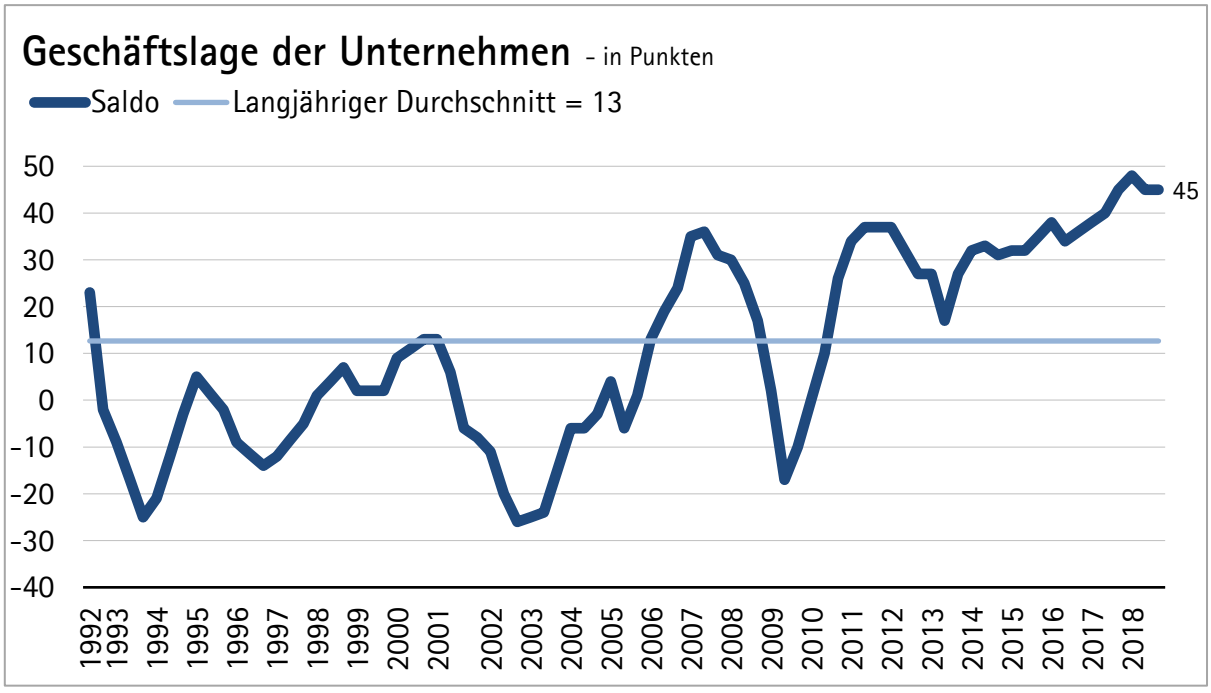
Die deutsche Wirtschaft läuft noch immer auf hohen Touren. Die Bauwirtschaft schätzt ihre Wirtschaftslage so positiv ein wie noch nie. Auch Handel und Dienstleister profitieren von der starken Binnennachfrage. Das Bild bleibt aber nicht ungetrübt: Industrie und hierbei besonders Großunternehmen spüren, dass der Wind international rauer wird. Sie machen bei der Bewertung ihrer Geschäftslage im Herbst 2018 bereits Abstriche.

Geschäftslage: stabil mit Abstrichen

Bei 52 Prozent der Unternehmen laufen die Geschäfte gut, nur 7 Prozent sind unzufrieden. Mit einem Saldo von 45 Punkten aus den „gut"- und „schlecht"-Anteilen bleibt die Bewertung der Geschäftslage deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 23 Punkten. Gegenüber Frühsommer 2018 ergibt sich insgesamt keine Änderung. Im Einzelnen ergeben sich aber deutliche Verschiebungen zwischen den Branchen, Unternehmensgrößen und Regionen. Hier zeigen sich aktuelle Herausforderungen für die Geschäftstätigkeit. Einerseits bestehen Engpässe insbesondere bei der Verfügbarkeit von Fachkräften, aber auch aufgrund hoher Kapazitätsauslastungen. Andererseits machen sich bei vielen Unternehmen eine wieder nachlassende Nachfrage aus dem Ausland und gestiegene Energiekosten bemerkbar.

Bauboom setzt sich fort, Dämpfer für die Industrie

Im Vergleich der einzelnen Wirtschaftszweige zeigt sich beim produzierenden Gewerbe eine deutliche Abkühlung der Geschäfte (47 nach 52 Punkten). Ganz anders fällt die Bewertung der laufenden Geschäfte in der Baubranche aus, die mit einem Saldo von 70 Punkten einen neuen Höchstwert erreicht (zuletzt: 62 Punkte). Nur zwei Prozent der Bauunternehmen bewerten ihre Geschäftslage als „schlecht". Der Handel bleibt bei einem Saldo von 30 Punkten, die Dienstleister legen in ihrer Bewertung zwei Punkte auf 46 zu und können damit fast an den Rekordwert von Anfang des Jahres anschließen. Insgesamt zeigt sich damit eine Spaltung der Entwicklung: Während die stark von der Binnennachfrage abhängigen Sektoren ihre sehr gute Geschäftslage halten und teils sogar noch einmal ausbauen konnten, musste die eher exportorientierte Industrie einen Gang runterschalten.

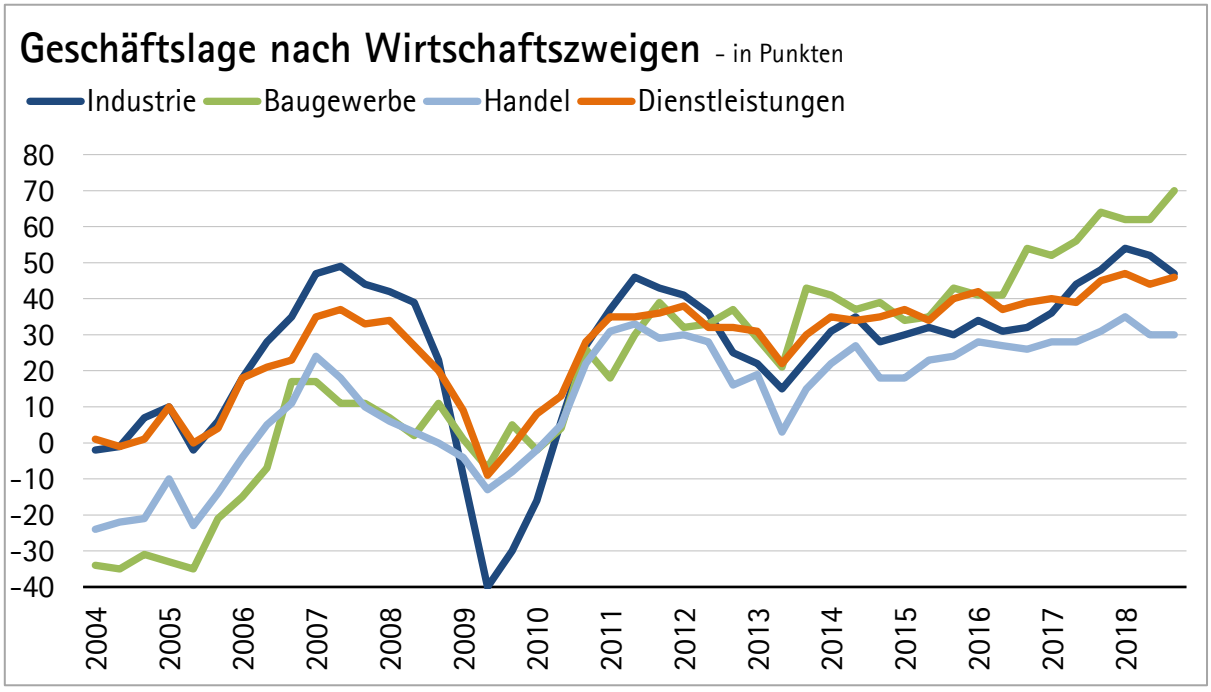


Geschäftslage der Unternehmen (in Prozent, Saldo in Punkten)

	gut	befriedigend	schlecht	Saldo
Herbst 2016	44	48	8	36
Jahresbeginn 2017	46	46	8	38
Frühsommer 2017	48	44	8	40
Herbst 2017	51	43	6	45
Jahresbeginn 2018	54	40	6	48
Frühsommer 2018	51	43	6	45
Herbst 2018	52	41	7	45

Geschäftslage der Unternehmen (Saldo in Punkten)

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	Gesamt
Herbst 2016	32	54	26	39	36
Jahresbeginn 2017	36	52	28	40	38
Frühsommer 2017	44	56	28	39	40
Herbst 2017	48	64	31	45	45
Jahresbeginn 2018	54	62	35	47	48
Frühsommer 2018	52	62	30	44	45
Herbst 2018	47	70	30	46	45



Größere Unternehmen unter Druck

Die Eintrübung des internationalen Geschäftes schlägt sich auch beim Vergleich nach Unternehmensgrößen nieder. So können kleinere Unternehmen ihre Geschäftslage durchweg noch einmal leicht verbessern. Ab einer Größe von 200 Beschäftigen schätzen die Unternehmen ihre Lage hingegen schlechter als zuvor ein, Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftige sogar um im Saldo 6 Punkte (47 nach 53 Punkten).

Ostwirtschaft legt noch einmal zu ...

Während sich die Geschäftslage der Unternehmen im Norden, Westen und Süden im Schnitt kaum verändert hat, bewerten die Unternehmen im Osten ihre

aktuellen Geschäfte noch einmal besser als zuvor (51 nach 46 Punkten). Träger dieser Entwicklung ist zum einen das Baugewerbe mit einem deutlichen Plus von 11 Punkten (71 nach 60 Punkten). Zum anderen konnte der Dienstleistungsbereich im Osten seine Geschäftstätigkeit deutlicher als in anderen Regionen verbessern (53 nach 45 Punkten), insbesondere die im Osten wichtige Tourismusbranche.

... auch dank Jahrhundertsommer

Der lange und trockene Sommer 2018 war für eine ganze Reihe von Branchen positiv. Besonders profitiert haben Branchen wie das Gastgewerbe (46 Punkte) und die Getränkehersteller (49 Punkte), die ihre Geschäftslage jeweils noch nie besser bewertet haben. Aber auch die Baubranche konnte die stabile Wetterlage nutzen, um ohne Unterbrechungen zu arbeiten. Das gilt vor allem für den Hochbau, der seine Geschäftslage im Vorjahresvergleich um 9 Punkte auf ein neues Maximum von 71 Punkten verbesserte.

Geschäftserwartungen der Unternehmen

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

Die Luft wird dünner

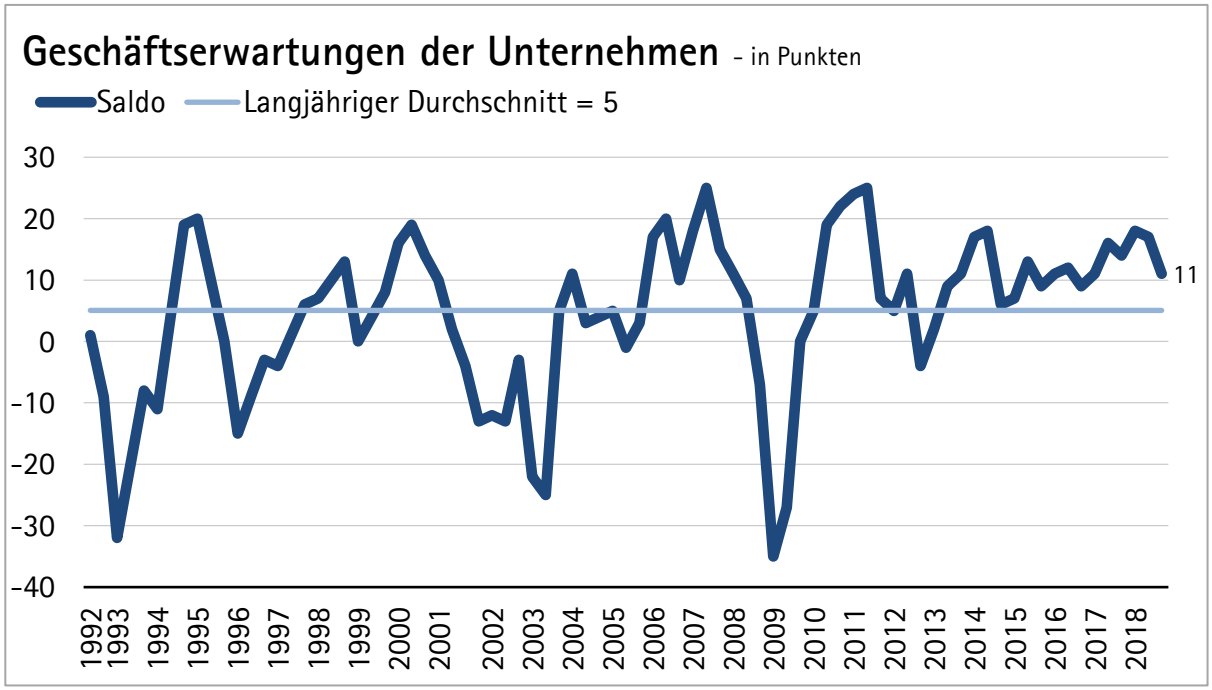
Die Unternehmen blicken merklich verhaltener auf ihre künftigen Geschäfte – die stärkste Eintrübung der Geschäftserwartungen seit vier Jahren. Besonders deutlich zeigt sich das in der Industrie. Hemmnisse und Risiken spüren die Betriebe noch stärker als im Frühsommer. Das Top-Risiko Fachkräftemangel gewinnt nochmals an Bedeutung. Hinzu kommen schwierigere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen – und zwar in Deutschland und weltweit. Dabei schlagen die eingetrübten internationalen Perspektiven der deutschen Unternehmen am stärksten ins Kontor. In puncto Energie- und Rohstoffpreise kommen – zu den hierzulande hohen und absehbar weiter steigenden Stromkosten – Belastungen durch höhere Öl- und Gaspreise hinzu.

Zuversicht lässt nach

Die Unternehmen blicken spürbar weniger optimistisch auf ihre Geschäftsentwicklung als zuletzt. Nur noch 22 Prozent der Unternehmen rechnen mit einer weiteren Verbesserung ihrer Lage (Frühsommer: 26 Prozent), während nun elf Prozent eine Verschlechterung erwarten (zuletzt neun Prozent). Der Erwartungssaldo als Differenz dieser Anteile sinkt damit deutlich ab (elf nach zuletzt 17 Punkten). Alles in allem überwiegt aber weiterhin die Zuversicht und der Saldo liegt – noch – deutlich oberhalb des langfristigen Durchschnitts (fünf Punkte). Einige Branchen wie etwa Bau, Getränkeindustrie oder Beherbergungsbetriebe blicken im Herbst tendenziell zurückhaltender auf ihre kommenden Geschäfte. Im Vorjahresvergleich zeigt sich aber eine Verbesserung der Erwartungen.

Unsicherheit nimmt zu

Der weit überwiegende Anteil der Unternehmen erwartet eine gleich bleibende Entwicklung. Der Anteil steigt gegenüber der Vorumfrage nochmals leicht an und erreicht mit 67 Prozent einen historischen Höchststand. Zum Vergleich: In den 90er-Jahren hatte der Anteil „gleich bleibender" Geschäftserwartungen noch bei 50 Prozent gelegen. Angesichts des rasanten Tempos der Veränderungen – etwa in der globalen Handelspolitik oder durch die Digitalisierung – und des unklaren Ausgangs des Brexit wird es für Unternehmen schwieriger, eine klare Tendenz ihrer Geschäftsentwicklung abzusehen.



Geschäftserwartungen der Unternehmen (in Prozent, Saldo in Punkten)				
	besser	gleich bleibend	schlechter	Saldo
Herbst 2016	22	65	13	9
Jahresbeginn 2017	24	63	13	11
Frühsommer 2017	27	62	11	16
Herbst 2017	25	64	11	14
Jahresbeginn 2018	27	64	9	18
Frühsommer 2018	26	65	9	17
Herbst 2018	22	67	11	11

Sorgen um die internationale Politik ...

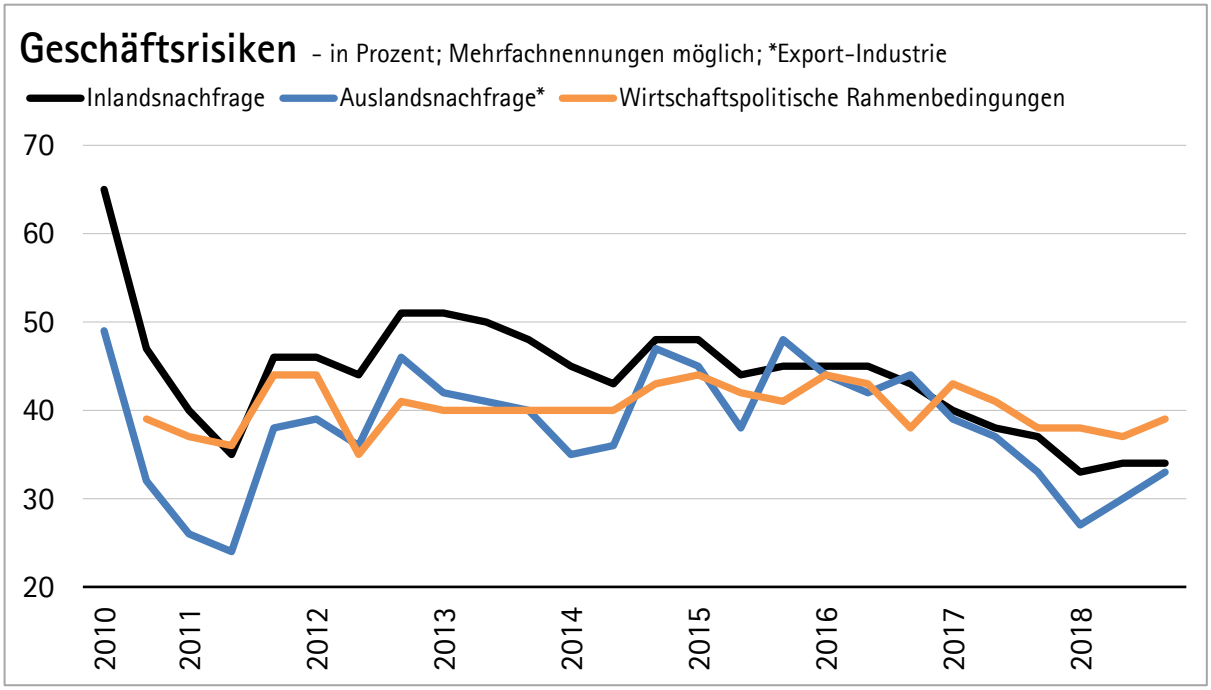
In den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sehen mehr Unternehmen als zuletzt ein Risiko für die Geschäftsentwicklung (39 nach 37 Prozent). Besonders deutlich ist diese Entwicklung in der Industrie (39 nach 36 Prozent). Die Betriebe nennen hier vor allem die Sorgen um die Handelspolitik. Viele sehen in den Handelskonflikten der USA und deren Wirkung auf die globale Wirtschaft ein Risiko für ihre Geschäfte. Dabei ist die Einführung von Zöllen nur die Spitze des Eisbergs. Die US-Sanktionen gegen den Iran und Russland werden ebenfalls als Risiko genannt. Die angespannte Lage in der Türkei kommt hinzu.

Zudem gerät der Brexit als Risikofaktor stärker in den Blickpunkt. Es ist weiterhin unklar, wie die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich in den nächsten Jahren aussehen werden. Das Szenario eines ungeordneten Brexits sorgt für Verunsicherung. Insgesamt ist „Unsicherheit" ein häufig genanntes Stichwort.

... und heimische Belastungen

Auch mit Blick auf die Wirtschaftspolitik hierzulande sind die Unternehmen keineswegs sorgenfrei. Besonders oft wird Bürokratie als Risikofaktor genannt – häufig in Form steigenden Aufwands und höherer Kosten für die Erfüllung behördlicher Auflagen. Bürokratische Prozesse werden aber nicht nur als lästig, sondern teilweise auch als konkrete Beschränkung der unternehmerischen Freiheit wahrgenommen. Unternehmen berichten etwa über langwierige Genehmigungsverfahren bei Bauanträgen oder übertriebene Kennzeichnungspflichten bei Lebensmitteln. Punktuelle Entlastungen werden dabei häufig durch neue Regulierung zunichtegemacht. So hat die deutsche Bundesregierung sich auf nationaler Ebene

Häufigste Freitextantworten zum Geschäftsrisiko Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen



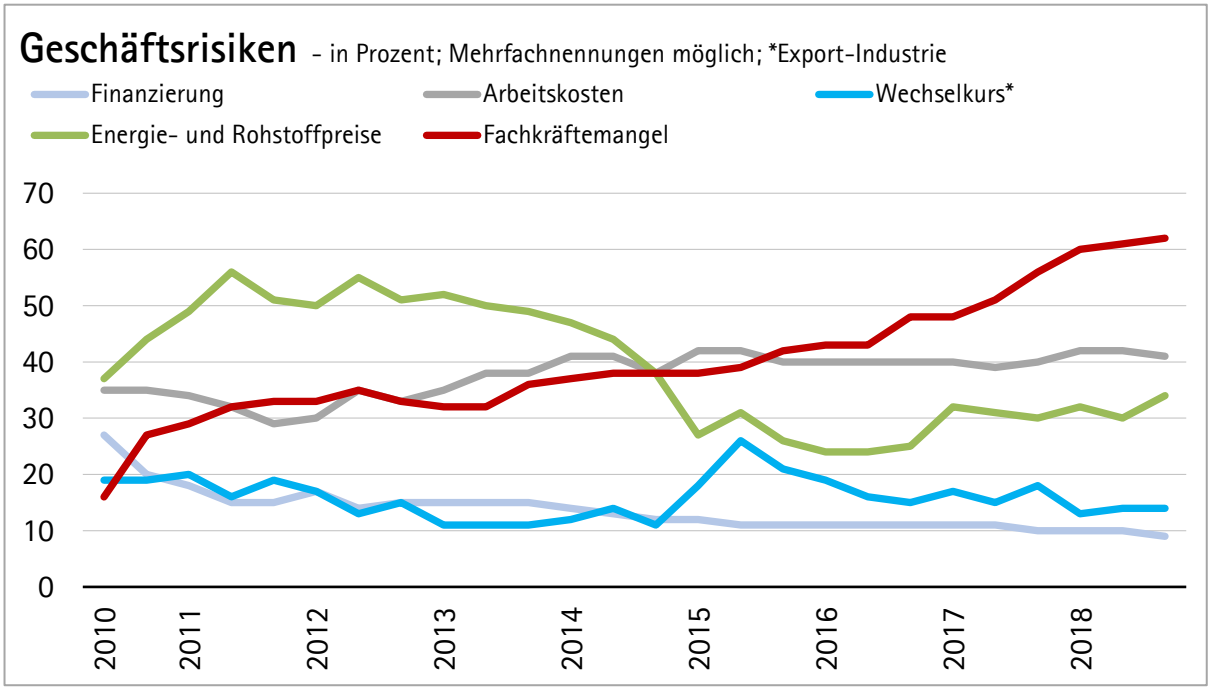
Geschäftsrisiken (in Prozent *Export-Industrie)

	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Herbst 2016	43	44	11	40	48	15	25	38
Jahresbeginn 2017	40	39	11	40	48	17	32	43
Frühsommer 2017	38	37	11	39	51	15	31	41
Herbst 2017	37	33	10	40	56	18	30	38
Jahresbeginn 2018	33	27	10	42	60	13	32	38
Frühsommer 2018	34	30	10	42	61	14	30	37
Herbst 2018	34	33	9	41	62	14	34	39

zwar mit „One in, one out" auf eine Bürokratiebremse festgelegt. Gleichzeitig werden auf europäischer Ebene jedoch zusätzliche Regulierungen z. B. in den Bereichen Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz beschlossen – mit deutscher Beteiligung. Viele Betriebe blicken zudem sorgenvoll auf die Arbeitsmarktpolitik und fürchten negative Auswirkungen für ihre Geschäfte. Auch die Steuerbelastung rückt vor dem Hintergrund von Entlastungen in anderen europäischen Ländern, der USA und China stärker in den Fokus.

Fachkräftemangel bremst weiterhin

Mehr als sechzig Prozent der Unternehmen nennen den Fachkräftemangel als ein Risiko für ihre Geschäftstätigkeit. Damit gewinnt das Thema aus Unternehmenssicht weiter an Bedeutung (62 nach 61 Prozent). Häufig bedeutet der Mangel an geeignetem Personal eine Mehrbelastung für die bestehende Belegschaft. Im schlimmsten Fall muss sogar das Angebot eingeschränkt bzw. Aufträge abgelehnt werden. Zudem leidet im Zweifel das unternehmerische Innovationspotenzial, wenn die erforderlichen Qualifikationen etwa hinsichtlich der Digitalisierung fehlen. All dies schmälert die Geschäftsaussichten und das Wachstum.

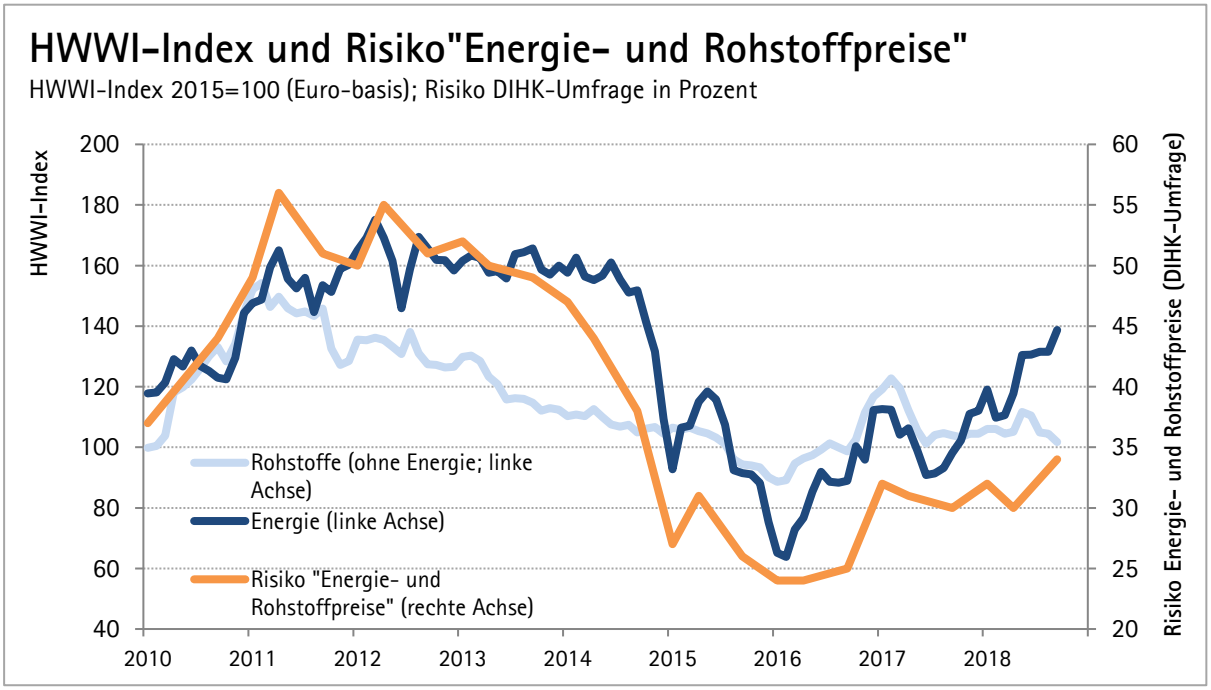


Risiko Energie- und Rohstoffpreise: Durch den Weltmarkt ...

Die flächendeckende Steigerung der Preise für Energierohstoffe wird zunehmend zu einem Konjunkturrisiko für die deutsche Wirtschaft. Die hohen Öl-Lagerbestände der Niedrigpreisphase werden immer mehr abgebaut. Zudem steigt die Unsicherheit über die künftige Angebotssituation. US-Sanktionen sorgen schon jetzt dafür, dass weniger iranisches Öl auf den Weltmarkt gelangt. Gemeinsam mit Lieferproblemen in Venezuela, aber auch einer noch immer starken Nachfrage sorgt dies für hohe Öl- und Gaspreise. Der Marktwert eines Barrels Brent lag im September 2018 rund 45 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Das trifft die deutsche Wirtschaft in Form steigender Kosten z. B. für chemische Grundstoffe sowie für Treib- und Heizstoffe. Vor allem für die Transportwirtschaft, das Baugewerbe sowie einige Vorleister – etwa im Bereich Glas, Keramik, Steineverarbeitung oder Metallerzeugung und -bearbeitung zeigen sich angesichts der Preissteigerungen besorgt. Zusätzlich schmälern die anziehenden Preise die Konsumspielräume der Verbraucher. Dementsprechend steigt der Anteil der Unternehmen, die in der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise ein aktuelles Geschäftsrisiko sehen, deutlich an (34 nach 30 Prozent im Frühsommer 2018). Im Vergleich zu 2016, als Unternehmen auf breiter Front von gesunkenen Öl- und Gaspreisen profitierten (Risikonennung Herbst 2016: 25 Prozent), hat sich die Energiepreissituation für die Wirtschaft damit vollständig gedreht.

... aber auch hausgemacht

In der Industrie sieht mittlerweile sogar jedes zweite Unternehmen die Energie- und Rohstoffpreise als Konjunkturhemmnis (50 nach 47 Prozent im Frühsommer). Hauptgrund dieses hohen Werts ist die relativ hohe Belastung der hiesigen Betriebe bei den Strompreisen. Gerade in der Industrie stellen die hohen Umlagen und Abgaben auf den Strompreis, insbesondere die EEG-Umlage, einen Kostennachteil gegenüber Wettbewerbern aus dem Ausland dar. In keinem EU-Land sind die Stromkosten für mittelständische Industriebetriebe so hoch wie in Deutschland. Punktuelle Entlastungen bei der EEG-Umlage stehen dabei steigenden Netzentgelten und deutlich anziehenden CO2-Zertifikatspreisen gegenüber. Die Strompreise werden daher 2019 voraussichtlich weiter steigen. Die Lasten des wichtigen gesellschaftlichen Themas „Energiewende" werden insgesamt zu



stark auf die Wirtschaft abgewälzt. Mittlerweile sehen in der Energiewende mehr Unternehmen ein Risiko denn eine Chance1. Perspektiven für Kostendämpfungen sind vorerst nicht erkennbar.

Inlandsnachfrage weiter kräftig ...

Die gute Beschäftigungssituation schiebt die Inlandsnachfrage unverändert an. Weiterhin sehen nur 34 Prozent der Unternehmen in diesem Faktor ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung – im langjährigen Vergleich ein niedriger Wert. Das Baugewerbe schätzt seine Erwartungen auf Grund des bevorstehenden Winters zwar schlechter ein als zuletzt, aber besser als im letzten Herbst (neun nach acht Punkten). Damit setzt der Bauboom sich fort. Der Einzelhandel blickt im langjährigen Vergleich relativ optimistisch auf seine Geschäfte (fünf nach sechs Punkten), allerdings fallen die Impulse am aktuellen Rand nicht mehr so stark aus.

... aber Abkühlung der Industriekonjunktur hinterlässt Spuren

In der Industrie lässt die Zuversicht deutlich nach (Erwartungssaldo: zwölf nach 20 Punkten). Durch die starke Exportorientierung trifft die geringere Schlagzahl und die Unsicherheit im Außenhandel diesen Wirtschaftszweig besonders. Die schwache konjunkturelle Gangart in der Industrie spüren auch verbundene Branchen. So bewertet etwa die Verkehrswirtschaft (ein Punkt nach 13 Punkten) ihre Aussichten spürbar verhaltener, und auch unternehmensbezogene Dienstleister (19 nach 23 Punkte) machen Abstriche.

[1] Vgl. IHK-Energiewende-Barometer 2018

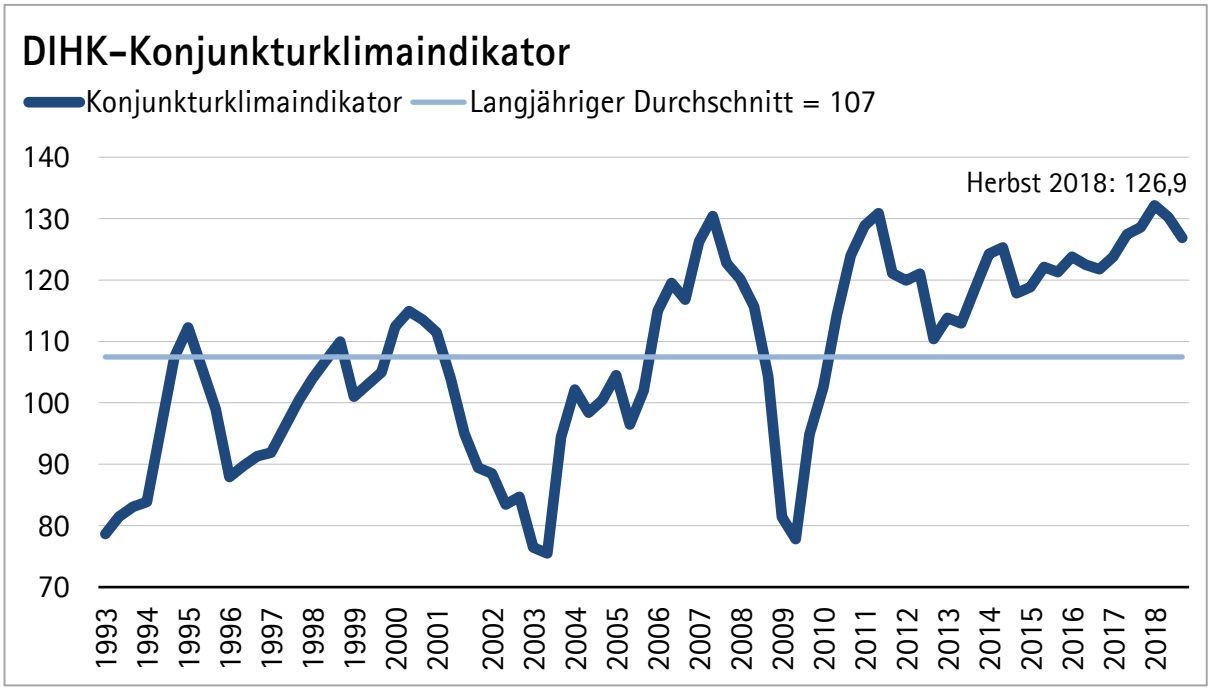
DIHK-Konjunkturklimaindikator

Wirtschaft läuft auf hohem Niveau ...

Die Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftssituation weiterhin sehr gut. Mit 45 Punkten liegt der Lagesaldo nur knapp unter dem historischen Höchststand (48 Punkte). Die Erwartungen trüben sich hingegen deutlich ein (elf nach 17 Punkten). Der DIHK-Klimaindikator als Mittel beider Größen (siehe Methodik) geht daher erneut zurück. Besonders deutlich ist der Rückgang in der Industrie. Im Baugewerbe ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr hingegen eine weitere Verbesserung.

... aber die Luft wird dünner

Die Konflikte in der internationalen Wirtschaftspolitik haben sich seit Frühsommer weiter zugespitzt. Die Exporterwartungen erhalten einen deutlichen Rückschlag. Sie liegen nun unter dem langjährigen Schnitt. Die Sorgen um die Nachfrage aus dem Ausland sowie um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wachsen. Auch hierzulande nehmen die Hemmnisse zu. Das Top-Risiko Fachkräftemangel gewinnt weiter an Bedeutung. Zudem steigen die Sorgen um die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise.

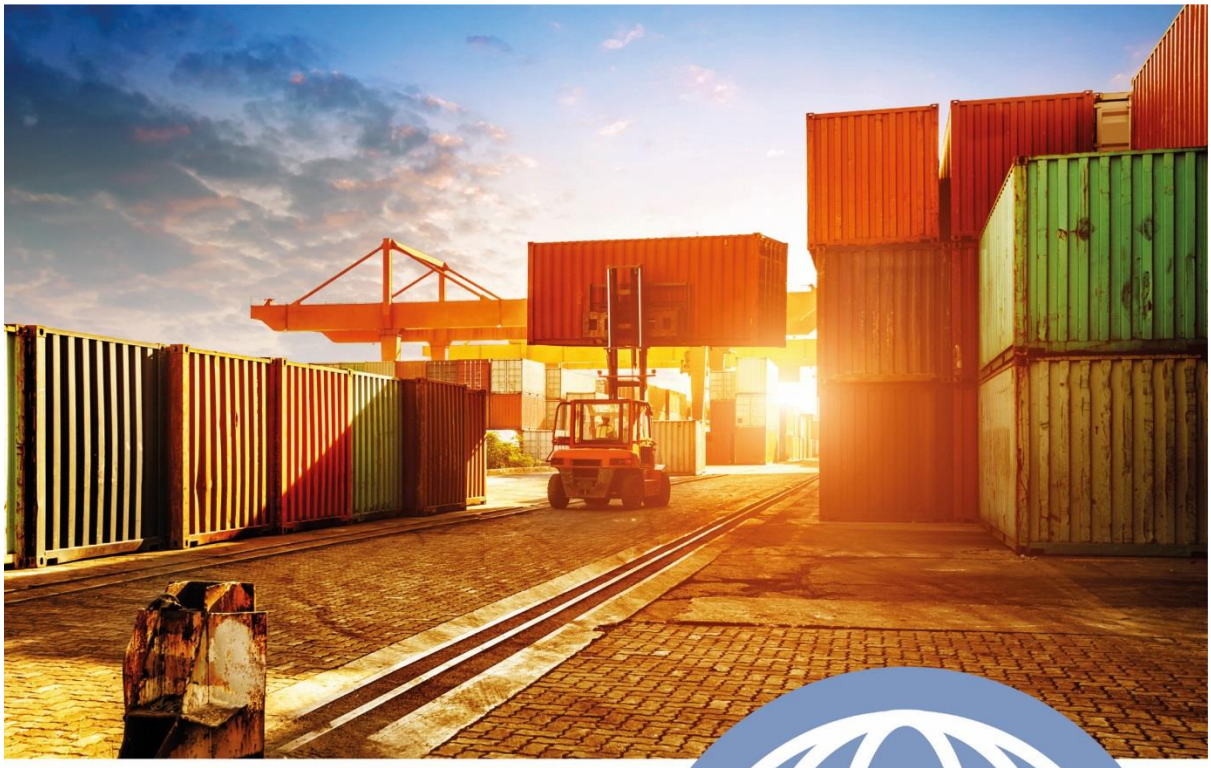


DIHK-Konjunkturklimaindikator
(geometrisches Mittel aus Geschäftslage und Geschäftserwartungen)

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	Gesamt
Herbst 2016	122,1	127,2	116,1	122,5	121,8
Jahresbeginn 2017	126,1	129,9	117,6	124,1	123,8
Frühsommer 2017	132,0	135,7	120,3	125,9	127,4
Herbst 2017	132,2	133,1	121,1	127,4	128,6
Jahresbeginn 2018	138,2	136,5	123,0	130,6	132,2
Frühsommer 2018	135,1	138,8	119,6	129,8	130,2
Herbst 2018	128,3	136,1	117,9	127,3	126,9

Exporterwartungen der Unternehmen

Mit welcher Entwicklung der Exporte rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?



Export geht die Puste aus

Die Ausfuhrerwartungen erhalten einen deutlichen Rückschlag. Der Exporterwartungssaldo liegt nun unter seinem langjährigen Durchschnitt. Die handelspolitischen Verwerfungen verunsichern die Unternehmen und hinterlassen bereits sichtbare Spuren im Geschäft. Die Unternehmen befürchten, dass die grassierenden Handelskonflikte, insbesondere zwischen den USA und China, sich im Laufe der nächsten zwölf Monate gravierend auf den Handel niederschlagen. Gerade Investitionsgüterproduzenten erwarten vor diesem Hintergrund ein Abflachen ihres internationalen Geschäfts. In vielen wichtigen Absatzmärkten zeichnet sich eine langsamere konjunkturelle Gangart ab. Die Schwellenländer fallen als Wachstumstreiber in nächster Zeit zumindest teilweise aus.

Unterdurchschnittliche Dynamik

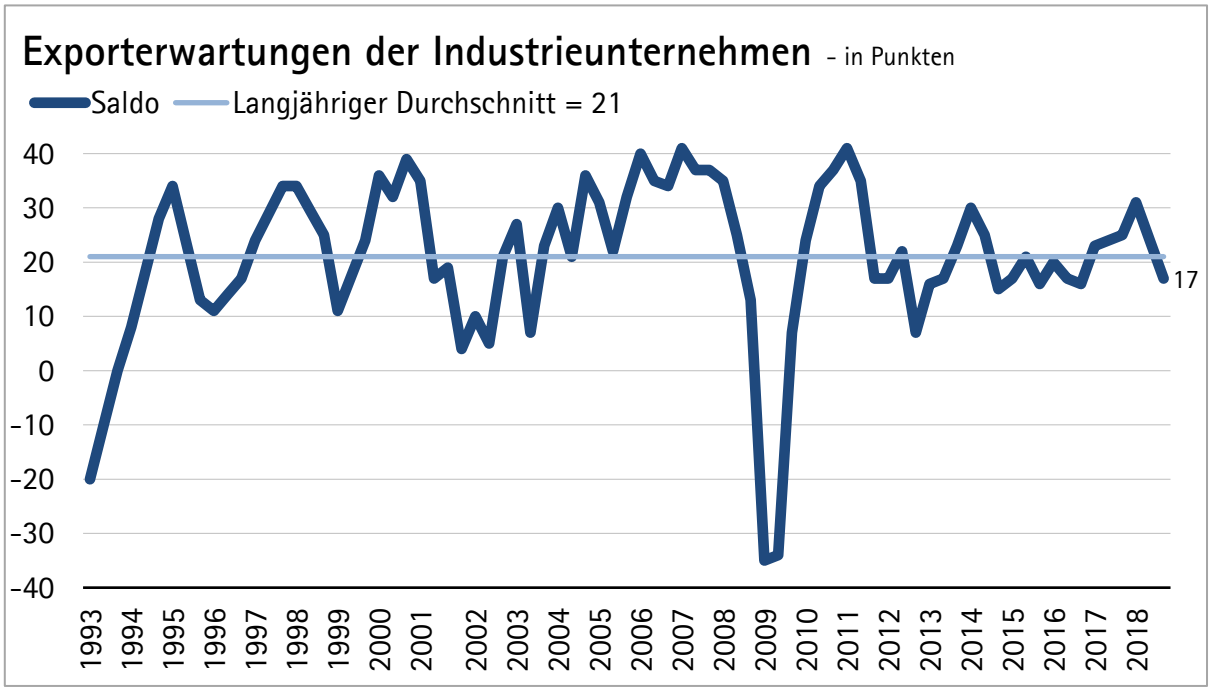
Die Exporterwartungen der Unternehmen trüben sich deutlich ein. Nur noch 30 Prozent der Unternehmen rechnen mit steigenden Ausfuhren. Zu Jahresbeginn waren es noch 38 Prozent. 13 Prozent rechnen dagegen mit Rückgängen. Damit überwiegt der Anteil der Unternehmen mit „höheren" Ausfuhren zwar weiterhin deutlich. Mit 17 Punkten liegt der resultierende Saldo allerdings deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 21 Punkten und so niedrig wie seit Herbst 2016 nicht mehr (Frühsommer: 24 Punkte).

Protectionism on the rise

Die heftigen Auseinandersetzungen in der internationalen Handelspolitik führen zu einer erheblichen Verunsicherung der Betriebe. Das Geschäftsrisiko Auslandsnachfrage wird denn auch mit 33 Prozent deutlich häufiger genannt als noch im Frühsommer (damals 30 Prozent). Der Anteil der Industrieunternehmen, die die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Geschäftsrisiko einschätzen, ist um drei Prozentpunkte gestiegen (39 Prozent nach 36 Prozent). Das ist der höchste Zuwachs im Vergleich der Wirtschaftszweige. Am häufigsten fällt dabei das Stichwort „Handelspolitik" in den Freitextantworten der Unternehmen.

Maßnahmen und Gegenmaßnahmen in der Handelspolitik erfolgen in einer nie gekannten Geschwindigkeit. Die EU und die USA verhandeln zwar mittlerweile über Erleichterungen im Handel. Strafzölle auf Stahl und Aluminium und die Gegenmaßnahmen der EU sind jedoch in Kraft. Zudem sind Autozölle noch nicht endgültig vom Tisch.

Neben den direkten Folgen sorgen sich die Unternehmen vor allem vor Bremseffekten auf das globale Wachstum. Die USA und China machen gemeinsam



Exporterwartungen der Industrieunternehmen (in Prozent, Saldo in Punkten)

	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo
Herbst 2016	29	58	13	16
Jahresbeginn 2017	34	55	11	23
Frühsommer 2017	33	58	9	24
Herbst 2017	34	57	9	25
Jahresbeginn 2018	38	55	7	31
Frühsommer 2018	33	58	9	24
Herbst 2018	30	57	13	17

gut ein Drittel der Weltwirtschaftsleistung und ein Fünftel des Welthandels aus. Werden die Volkswirtschaften durch Importzölle in Mitleidenschaft gezogen, hätte dies weltweit spürbare Auswirkungen. Derzeit sind bereits rund die Hälfte der Exporte Chinas in die USA von Strafzöllen betroffen.

Neben der Konfliktspirale zwischen den USA und China stehen zudem Fragezeichen hinter der künftigen Rolle der Welthandelsorganisation WTO. Die bedeutenden Absatzmärkte der deutschen Exportwirtschaft außerhalb der EU sind nur durch Regeln der WTO mit Europa verbunden – USA, China, Russland, Brasilien etc. Diese Verunsicherung macht sich ebenfalls in der langsameren Gangart des Welthandels bemerkbar.

Schwellenländer unter Druck

Hinzu kommt, dass die höheren Zinsen der amerikanischen Notenbank den Druck auf die Schwellenländer erhöhen. Die Sonderkonjunktur in den USA durch die Steuererleichterungen lässt zudem weitere Zinsschritte wahrscheinlich erscheinen. Kapital, das in diesen Staaten investiert werde könnte, findet nun seinen Weg in die USA. Verstärkt wird dieser Effekte durch die gestiegene Unsicherheit in Folge der US-Handelskonflikte sowie durch hausgemachte (wirtschafts-)politische Risiken. In der Folge hat auch der Euro gegenüber vielen Schwellenländerwährungen aufgewertet. Dies dürfte in diesen Ländern deutsche Produkten verteuern und damit die Nachfrage dämpfen.

Weltkonjunktur auf der Bremse

Das außenwirtschaftliche Umfeld hat sich in den letzten Monaten verschlechtert. Die Wirtschaftskrisen in Argentinien und der Türkei sind ein deutlicher Fingerzeig auf die Risiken der Weltwirtschaft. Insgesamt hat sich das konjunkturelle Tempo global verlangsamt. In Europa schwenken viele Staaten der Eurozone nach dem Aufholen nach der Krise auf einen verhalteneren Wachstumspfad ein. Fragezeichen stehen dabei hinter Italien, dessen wirtschaftspolitischer Kurs ist derzeit nicht voraussehbar ist. Auf der Habenseite steht derweil noch immer die dynamische wirtschaftliche Entwicklung in mittel- und osteuropäischen EU-Staaten, in den USA und die noch solide Entwicklung in China. Auch in vielen asiatischen Schwellenländern erfolgt ein weiterhin ein kräftiger Wachstumsprozess.

Ölpreise als weiterer Ballast

Der gestiegene Ölpreis führt nicht nur zu hohen Rohstoff- und Materialkosten für Unternehmen hierzulande, sondern wirkt auch als Bremsfaktor für die globale Konjunktur. Das gilt umso mehr, da weniger die Nachfrage als viel mehr Beschränkungen und Unsicherheiten auf der Angebotsseite Ursache sind. In den ölimportierenden Ländern kommt es zu einer Verteuerung der Einfuhren. Das bedeutet Kaufkrafteinbußen für Konsumenten und Unternehmen. Auch den Kunden deutscher Unternehmen bleibt weniger Geld für Produkte „Made in Germany". Gerade in stark ölabhängigen Entwicklungs- und Schwellenländern – wie z.B. der Türkei – könnten die Preisanstiege zudem für Währungsabwertungen sorgen, weil der Bedarf an Petrodollar steigt. So wird die Wirtschaft zusätzlich geschwächt. Zwar können einzelne Partner der deutschen Wirtschaft wie Russland, Saudi-Arabien oder andere ölexportierende Staaten durch höhere Einnahmen auch mehr Produkte abnehmen. Unter dem Strich reicht dies jedoch nicht aus, um die absehbar immer stärker werdenden negativen Effekte auszugleichen.

Exporterwartungen der Industrieunternehmen (Saldo in Punkten)

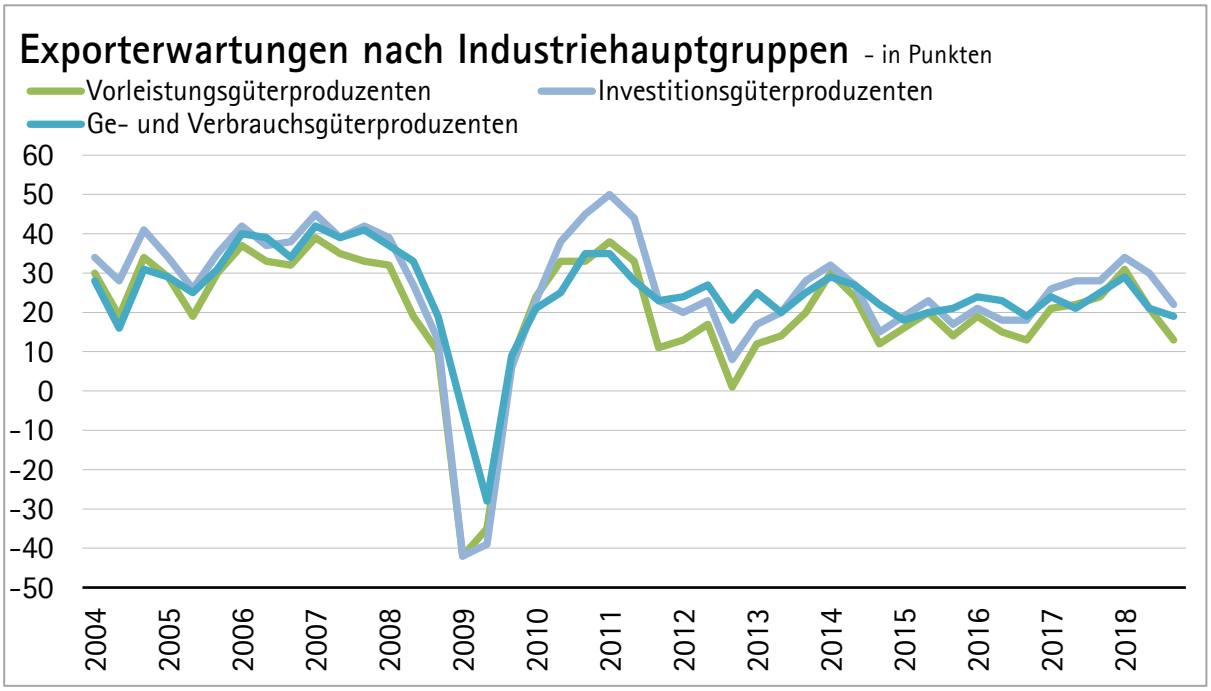
	Vorleistungsgüter-produzenten	Investitionsgüter-produzenten	Ge- und Verbrauchs-güterproduzenten	Industrie
Herbst 2016	13	18	19	16
Jahresbeginn 2017	21	26	24	23
Frühsommer 2017	22	28	21	24
Herbst 2017	24	28	25	25
Jahresbeginn 2018	31	34	29	31
Frühsommer 2018	21	30	21	24
Herbst 2018	13	22	19	17

Sorgen um den Wechselkurs weiter relativ gering

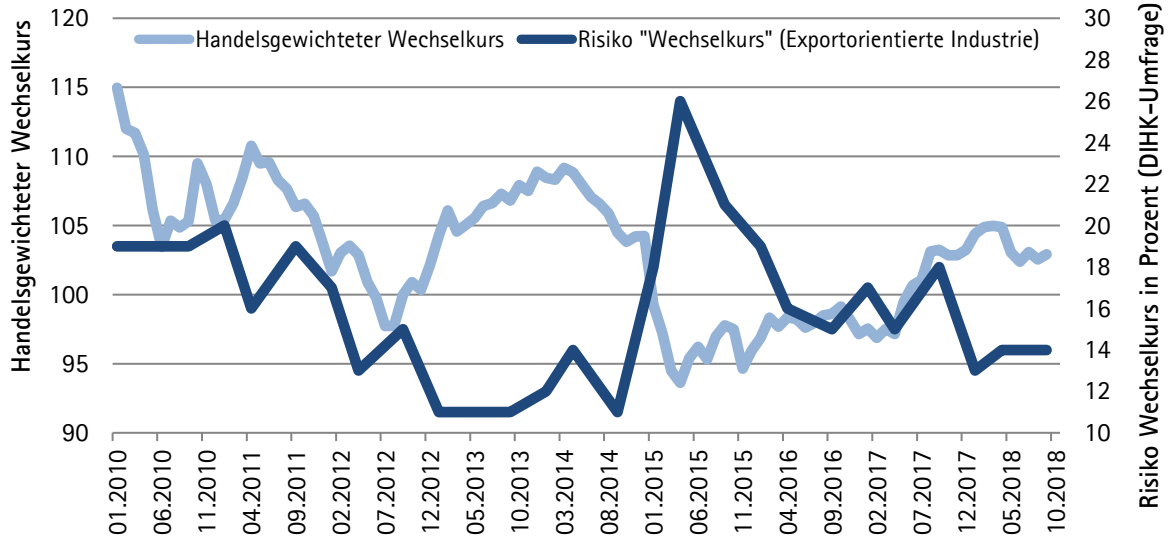
Von den exportierenden Industrieunternehmen sehen weiterhin 14 Prozent in der Entwicklung der Wechselkurse ein Risiko für ihre Geschäfte. Ein Grund für Entwarnung ist dies nicht. Denn hierbei dürften sich zwei gegenläufige Effekte teilweise ausgleichen. Einerseits ist der handelsgewichtete Wechselkurs des Euro im Vergleich zum Frühsommer deutlich gesunken. Entscheidend für diese Entwicklung war die spürbare Abwertung gegenüber dem Dollar. Der niedrige Euroaußenwert stützt die Exporte, weil er die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte im Ausland erhöht. Andererseits hat die Unsicherheit an den Devisenmärkten in den letzten Monaten weiter zugenommen. Starke Wertschwankungen erschweren für Unternehmen die Planung und verteuern die Absicherungsgeschäfte.

Großunternehmen mit den meisten Abstrichen

Die Abkühlung des außenwirtschaftlichen Umfeldes trifft dabei die Unternehmen aller Größen. Besonders deutlich ist der Rückgang der Exporterwartungen bei den Großunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Der Saldo geht hier von 43 auf 29 Punkte zurück. Gerade weil größere Unternehmen tendenziell global agieren, zeigt sich in dieser Einschätzung auch die langsamere Gangart der Weltkonjunktur. Im Mittelstand ist der Rückgang um fünf auf 14 Punkte etwas weniger ausgeprägt. Dennoch zieht sich eine langsamere Gangart insgesamt durch die gesamte Breite der Industrie.



Handelsgewichteter Wechselkurs und Konjunkturrisiko Wechselkurs



Beim Blick auf die Hauptgruppen sind es insbesondere die Vorleister (Saldorückgang von 17 auf 13 Punkte) und die Investitionsgüterproduzenten (Saldorückgang von 30 auf 21 Punkte), die Abstriche in ihren Einschätzungen machen müssen. Beides deutet darauf hin, dass die globale Investitionsdynamik abnehmen wird. Gerade die Unsicherheit über die weiteren Handelskonflikte bremsen die Dynamik aus.

Blick in die Weltregionen

Die Einschätzungen basieren auch auf ersten Eindrücken aus dem „AHK World Business Outlook", der die Rückmeldungen von rund 3.500 Mitgliedsunternehmen der deutschen Auslandshandelskammern (AHK), Delegationen und Repräsentanzen umfasst.

Risiken für die Weltwirtschaft nehmen weiter zu

Das außenwirtschaftliche Umfeld für deutsche Unternehmen wird schwieriger. Im Herbst 2018 wächst die Weltwirtschaft zwar noch relativ stabil. Die Expansion verläuft in der Welt jedoch nicht mehr so synchron wie im letzten Jahr und bleibt etwas hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück. Zudem ist die wachsende wirtschaftspolitische Unsicherheit – etwa durch den Handelskonflikt zwischen China und den USA oder den Brexit – eine Belastung für die weitere Entwicklung des weltweiten Wachstums. Außerdem haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen in Folge der gestiegenen US-Zinsen sowie heimischer Probleme in vielen Schwellenländern deutlich verschlechtert. Gerade für die exportorientierte Wirtschaft Deutschlands bergen die derzeitigen Entwicklungen im Welthandel große Risiken. Daher blicken die deutschen Unternehmen im Ausland deutlich skeptischer auf die globale Konjunktur als noch im Frühsommer.

Wachstum in der EU verlangsamt sich

Der Aufschwung in der EU verliert etwas an Fahrt. Wichtigster Treiber des Wachstums ist nach wie vor der Konsum. Auch die Investitionstätigkeit entwickelt sich weiter positiv, entfaltet aber keine große Dynamik. Ein weniger schwungvolles Ausfuhrgeschäft sowie Komplikationen bei der Umstellung auf den neuen WLTP-Standard zur Abgasprüfung bremsen die wirtschaftliche Entwicklung. Darüber hinaus bereiten vor allem die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen den Unternehmen Sorgen. Besonders ein ungeordneter Austritt Großbritanniens aus der EU sowie die Gefahr einer neuen Schuldenkrise in Italien bergen große Risiken für die europäische Konjunktur.

In Italien wird die Wirtschaft dieses Jahr langsamer als 2017 wachsen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit bremst weiterhin den privaten Konsum. Gleichzeitig wachsen die Befürchtungen in Bezug auf die Finanzpolitik der neuen Regierung. In Kombination mit dem geringen Wachstum und den hohen Staatsschulden lässt die Ausweitung der staatlichen Ausgaben zumindest hohe Zinsaufschläge befürchten. Das in einer Situation, in der die Schuldenkrise noch in frischer Erinnerung ist. Deutsche Unternehmen sind weiterhin robust auf dem italienischen Markt positioniert. Ihre Konjunkturerwartungen trüben sich allerdings ein.

Die Konjunktur in Frankreich hat sich im ersten Halbjahr 2018 spürbar abgekühlt. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird in diesem Jahr niedriger ausfallen als 2017. Im ersten Halbjahr entwickelte sich insbesondere der Industriesektor im europäischen Vergleich nur unterdurchschnittlich. Das verhältnismäßig schwache Exportgeschäft und der nur geringfügig steigende Konsum drücken die konjunkturelle Stimmung. Das Reformprogramm des Präsidenten insbesondere im Hinblick auf die Staatsschulden und die hohe Jugendarbeitslosenquote kommt nur langsam voran.

Der Aufschwung in den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten setzt sich hingegen weiter fort. Tschechien konnte im zweiten Quartal ein Rekordwachstum verzeichnen, die Zeichen an der Moldau stehen weiterhin auf Dynamik. Wichtigste Faktoren für den positiven Trend sind die stabil wachsenden Konsumausgaben wie auch die zunehmenden Investitionen. Im Zuge der guten Konjunktur steigen die Beschäftigung und die Löhne weiter an. Die tschechische Nationalbank hat indes die Leitzinsen zum fünften Mal in Folge angehoben, um eine Überhitzung der Konjunktur zu vermeiden.

Auch die Ökonomien Polens und Ungarns wachsen weiter. Der Fachkräftemangel behindert jedoch zunehmend die Ausweitung der Kapazitäten. Außerdem nehmen die Sorgen der Unternehmen um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in den beiden Staaten zu.

„No-deal"-Szenario belastet die Konjunktur

Die Gefahr eines „harten" Brexit belastet das Wachstum der britischen Volkswirtschaft bereits jetzt. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts wird sich in diesem Jahr erneut verringern und deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegen. Die Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zur EU bei Unternehmen und privaten Haushalten ist groß und wächst mit jedem Tag. Dies sowie Verteuerung von Importprodukten durch die Abwertung des Pfunds führt zu deutlicher Investitionszurückhaltung. Darüber hinaus erweisen sich die anziehenden Verbraucherpreise als Konsumbremse. Ausgehend von einem außergewöhnlich niedrigen Stand dürfte die Arbeitslosenquote entgegen des europäischen Trends in Großbritannien zudem leicht steigen.

Nordamerika: US-Konjunktur noch stark

Das Wachstum in den USA hat im zweiten Quartal seinen höchsten Wert seit drei Jahren erreicht. Dazu tragen vor allem die Impulse durch die Steuerreform bei. Allerdings wird dieser Schwung in den nächsten Jahren etwas nachlassen. Zudem wirken die höheren Zinsen und die Handelskonflikte als Bremsfaktoren. Unterdessen setzt sich der Beschäftigungsboom fort. Die Arbeitslosenquote liegt so niedrig wie seit 50 Jahren nicht mehr.

In Mexiko herrscht nach dem Abschluss des neuen Handelspaktes USMCA Erleichterung. Dennoch schwächt das neue Abkommen den Standort im Vergleich zu NAFTA. Insbesondere für europäische und asiatische KFZ-Zulieferer werden Investitionen aufgrund der verschärften Ursprungsregeln mittel- und langfristig wohl deutlich unattraktiver.

China im Fokus der Handelskonflikte

Die ersten Auswirkungen des Handelskonfliktes mit den USA auf China lassen sich in den Handelsströmen bereits erkennen. Die Ausfuhren von Aluminium, Stahl und Eisenerz in die USA sind nach Inkrafttreten der US-Zölle gesunken. Der Anstieg der US-Importzölle auf einen Gutteil der chinesischen Waren von derzeit 10 auf 25 Prozent zu Beginn des nächsten Jahres dürfte die Situation noch einmal verschärfen. Bisher konnte der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit durch die Abwertung des Renminbis noch etwas abgefedert werden. Die Nationalbank lockert mit Blick auf den Handelsstreit bereits ihre Geldpolitik, um einer Verschlechterung der konjunkturellen Lage vorzubeugen. Die Wachstumsraten fallen daher weiter hoch aus. Die chinesische Wirtschaft entwickelt sich aber insgesamt etwas weniger schwungvoll als in den letzten Jahren.

Japans Wirtschaft hat nach niedrigem Wachstum zu Jahresbeginn im zweiten Quartal wieder etwas angezogen. Dies ist zum größten Teil der Erholung des privaten Konsums sowie der gestiegenen Investitionen zuzuschreiben. Im Vergleich dazu wuchsen die Exporte über den selben Zeitraum deutlich schwächer. Insgesamt bleibt die Entwicklung angesichts des geringen Potenzialwachstums weiter wenig dynamisch. Für die zukünftige Entwicklung bleibt abzuwarten, inwiefern sich der Handelsstreit zwischen den USA und China auf die Konjunktur auswirken wird. Beide Staaten sind enge Wirtschaftspartner des Landes.

Im sonstigen Asien-Pazifikraum bleiben die konjunkturellen Aussichten weiterhin gut. Besonders die Wirtschaft in Indien konnte im zweiten Quartal an Schwung gewinnen. Jedoch nehmen die Sorgen der Unternehmen um den Wechselkurs zu. Die Unterzeichnung des ersten Freihandelsabkommen der EU mit einem Land der ASEAN-Staatengemeinschaft - mit Singapur – ist ein starkes Signal für regelbasierten Handel und damit gegen Importbeschränkungen.

Argentinien in der Rezession

Die Erhöhung der Leitzinsen durch die US-Notenbank hat einige Schwellenländer unter Druck gebracht. Das hat auch strukturellen Probleme Argentiniens frei gelegt und sie in den Blickpunkt der Anleger gerückt. Ein Großteil der Staatsausgaben sowie das Leistungsbilanzdefizit werden traditionell über Auslandsverschuldung in US-Dollar finanziert. Die internationalen Investoren scheinen das Vertrauen in den argentinischen Peso nun verloren zu haben. Trotz des IWF-Darlehens über 50 Milliarden Euro konnte die Kapitalflucht nicht gestoppt werden. Die hohen Leitzinsen von 60 Prozent bremsen sowohl den privaten Konsum als auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen. In der Folge wird die Wirtschaft im laufenden Jahr deutlich einbrechen und 2019 maximal ein Nullwachstum erreichen.

In Brasilien läuft die Konjunktur weiter schleppend. Eine neue Regierung der achtgrößten Ökonomie der Welt steht angesichts der wachsenden Staatsschulden und der maroden Infrastruktur vor großen Herausforderungen. Der Wahlausgang in Brasilien wird auch Einfluss darauf haben, wie es mit den Mercosur-Verhandlungen der EU weitergeht.

Währungskrise in der Türkei

Die Wirtschaft der Türkei steht weiterhin stark unter Druck. Die Inflation klettert auf immer neue Höhen und bringt die Lira in Bedrängnis. Die schwache Währung hemmt den privaten Konsum sowie die Investitionen der Unternehmen. Die Importabhängigkeit und die Schuldenlast in Fremdwährung wie Euro oder US-Dollar sind hoch. Zudem könnten die Maßnahmen der türkischen Regierung zur Stabilisierung der türkischen Währung potentielle Investoren abschrecken. In Folge der starken Abwertung wird die Türkei 2018 deutlich langsamer wachsen als im letzten Jahr und 2019 dürfte das Tempo weiter zurückgehen. Die innenpolitische Lage und die Auseinandersetzung mit der EU bergen gerade im Hinblick auf die gemeinsame Zollunion Risiken für die Geschäftstätigkeit der Unternehmen.

Die russische Wirtschaft konnte in den ersten beiden Quartalen erneut leicht zulegen. Grund dafür sind in erster Linie der Anstieg des Ölpreises, von dem Russland aufgrund der höheren Exporterlöse profitiert. Zudem stimulierte die verhältnismäßig geringe Inflationsrate den privaten Konsum. Insgesamt dürfte das Wachstum allerdings weiterhin schwach ausfallen. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und der schwache Rubel bleiben aus Sicht der deutschen Unternehmen die größten Sorgenkinder des Landes.

Iran-Sanktionen mit drastischen Folgen

Nach Abkehr der Amerikaner vom Atomabkommen und der Einführung von neuen Sanktionen steht der Iran am Rande einer Rezession. Die Wirtschaft dürfte auf absehbare Zeit schrumpfen. Angesichts der hohen Teuerungsrate reduzieren sowohl Haushalte als auch die Privatwirtschaft ihre Ausgaben. Sehr schwierig gestaltet sich zunehmend der Zahlungsverkehr, da kaum mehr Banken Geschäfte mit dem Iran abwickeln. Auch deutsche Unternehmen ziehen sich angesichts der aktuellen Lage vermehrt aus der islamischen Republik zurück.

Investitionsabsichten der Unternehmen

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

Schwung für Investitionen lässt nach

Die gestiegene Unsicherheit der Unternehmen spiegelt sich auch in einer etwas nachlassenden Investitionsdynamik wider. Weniger Betriebe als zuletzt wollen ihre Budgets ausweiten. Insgesamt verbleiben die Pläne jedoch auf solidem, hohen Niveau. Neben den günstigen Finanzierungsbedingungen sind hierfür nicht zuletzt die in vielen Bereichen starke Kapazitätsauslastung sowie die Digitalisierung in den Betrieben ursächlich. Kapazitätsausweitungen und Produktinnovationen bleiben dabei auch im Herbst 2018 wichtige Investitionsmotive. Am aktuellen Rand steigt zudem leicht der Anteil der Unternehmen, die Investitionen in Rationalisierungsmaßnahmen planen. Hier zeigt sich der schon lange beklagte Fachkräftemangel.

Noch robuste Investitionspläne

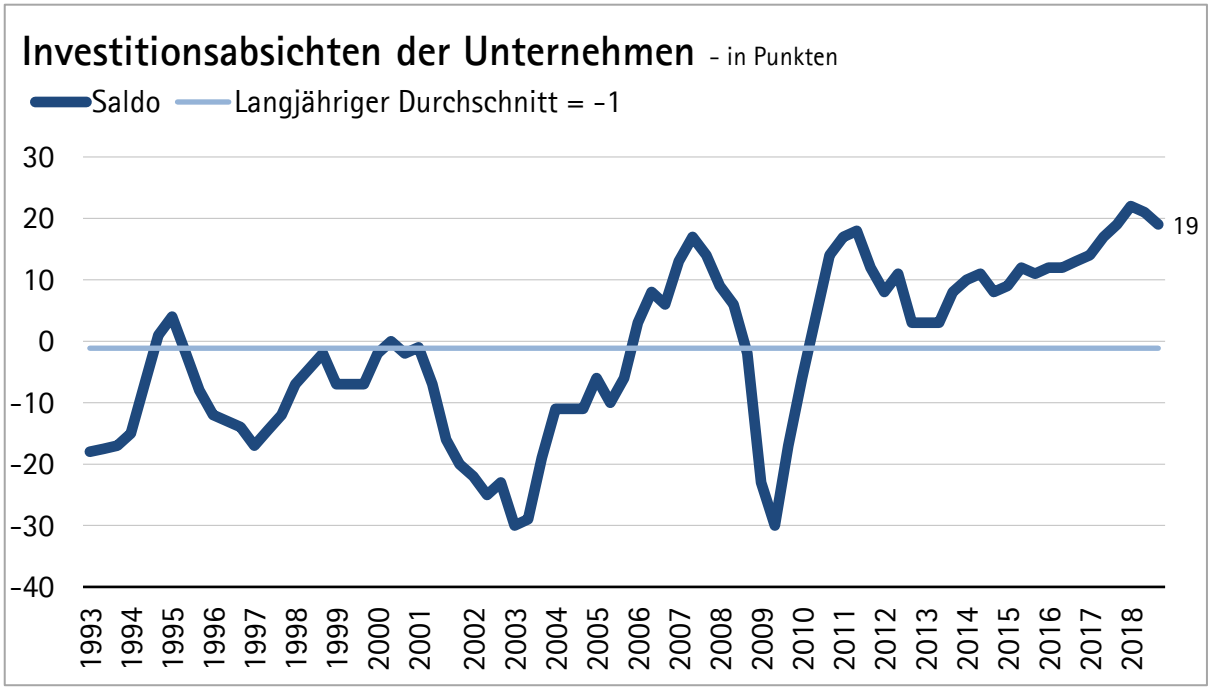
Die Investitionsdynamik der deutschen Wirtschaft verliert an Schwung. Damit ist der im Vergleich zu früheren Aufschwüngen flache Aufwärtstrend bei den Investitionsabsichten seit 2016 zunächst gestoppt. Die Betriebe planen im Herbst etwas geringere Investitionen als zuletzt (Saldo: 19 nach zuvor 21 Punkten). Der Anteil der Unternehmen, die ihre Investitionsbudgets ausweiten wollen, sinkt um zwei auf nun 32 Prozent. Mehr Unternehmen als im Frühsommer planen gleich bleibende Investitionen (55 nach zuvor 53 Prozent), und weiterhin wollen nur 13 Prozent weniger investieren. Für die Betriebe mit expansiven Investitionsplänen dominieren die Sorgen um den Fachkräftemangel und die Arbeitskosten. Bei denen mit reduzierten Investitionsbudgets sind es steigende Sorgen um die Inlandsnachfrage und auch die Arbeitskosten.

Niedrigzins vor Zinswende sichern

Nur neun Prozent der Unternehmen sorgen sich um die Finanzierung – ein historischer Tiefstand in der Umfrage (zuletzt: zehn Prozent). Damit ist das Finanzierungsumfeld weiterhin investitionsfreundlich. Die Kreditvergabe hat sich zuletzt deutlich beschleunigt. Spätestens Ende 2019 werden die ersten Zinsschritte seitens der EZB erwartet. Damit steigt der Anreiz für die Unternehmen sich derzeit noch günstige Kreditkonditionen zu sichern.

Innovationen und Kapazitätsausweitungen weiterhin wichtig

Die etwas schwächere Investitionsdynamik schlägt sich kaum in Veränderungen bei den Investitionsmotiven nieder. Sowohl Produktinnovationen als auch Kapazitätserweiterungen bleiben mit jeweils 32 Prozent nur knapp unter ihren Höchstwerden.

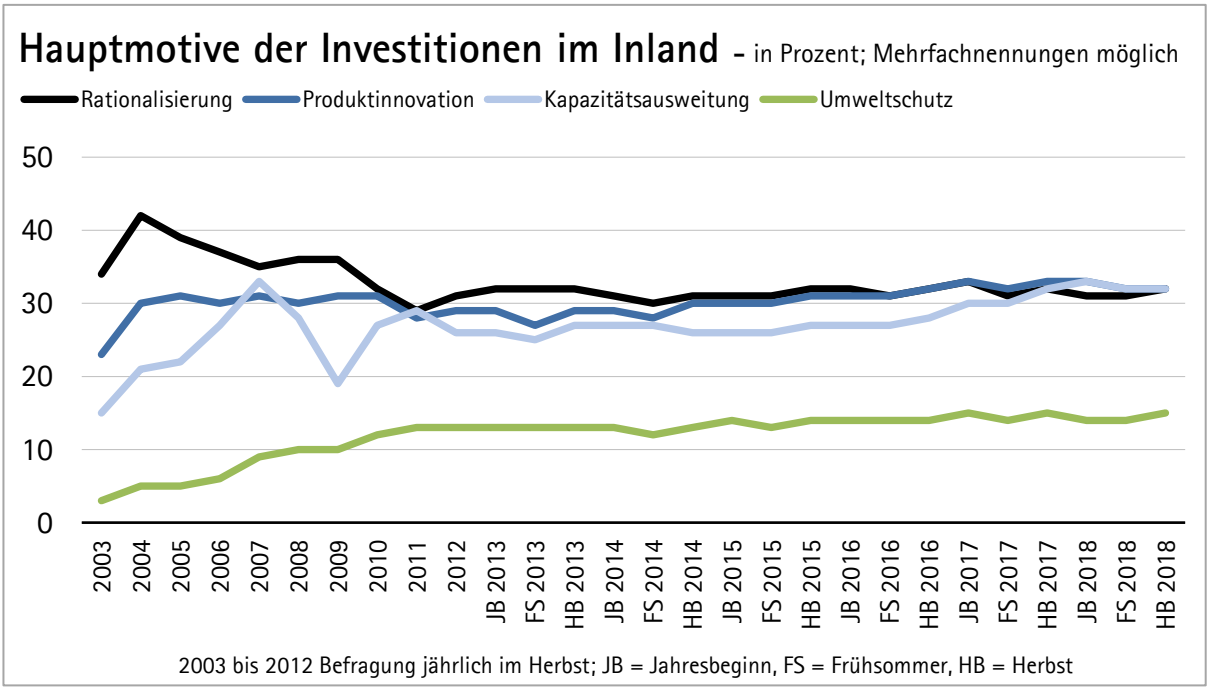


Investitionsabsichten der Unternehmen (in Prozent, Saldo in Punkten)

	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo
Herbst 2016	28	57	15	13
Jahresbeginn 2017	29	56	15	14
Frühsommer 2017	31	55	14	17
Herbst 2017	32	55	13	19
Jahresbeginn 2018	34	54	12	22
Frühsommer 2018	34	53	13	21
Herbst 2018	32	55	13	19

Hauptmotive der Investitionen im Inland
(in Prozent; Mehrfachnennungen möglich

	Rationalisierung	Produkt-innovation	Kapazitäts-ausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Herbst 2016	32	32	28	14	65
Jahresbeginn 2017	33	33	30	15	67
Frühsommer 2017	31	32	30	14	66
Herbst 2017	32	33	32	15	64
Jahresbeginn 2018	31	33	33	14	65
Frühsommer 2018	31	32	32	14	64
Herbst 2018	32	32	32	15	64



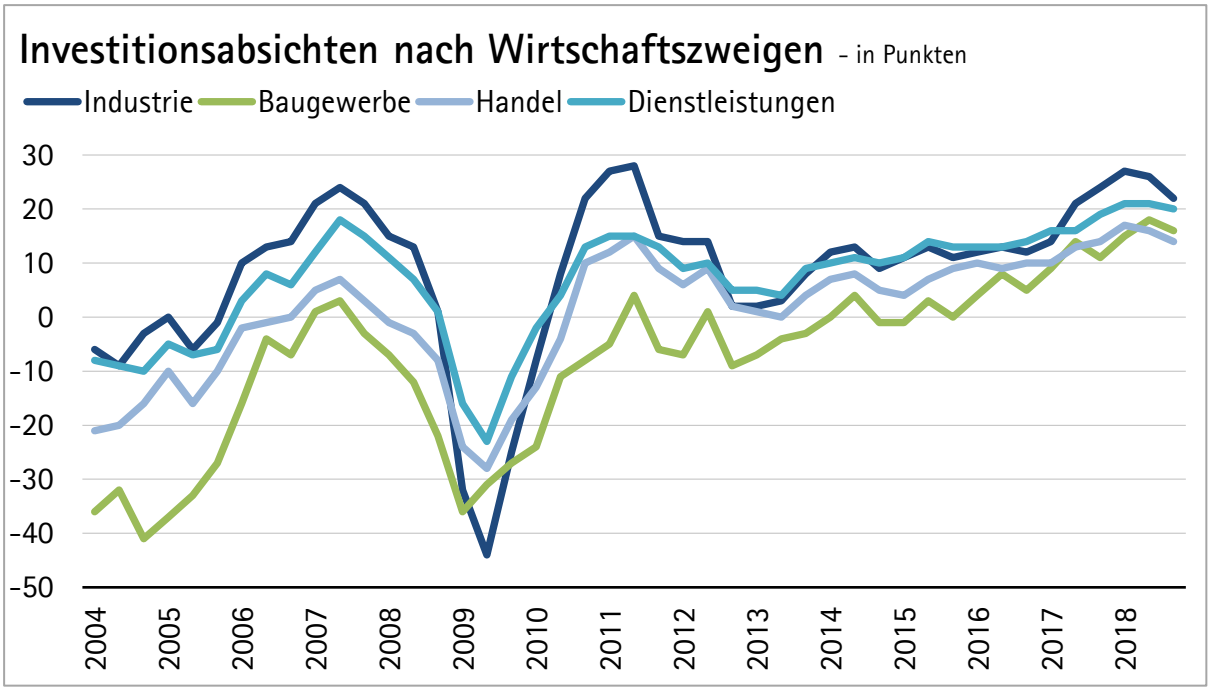
2003 bis 2012 Befragung jährlich im Herbst; JB = Jahresbeginn, FS = Frühsommer, HB = Herbst

Viele Unternehmen verzeichnen schon seit längerer Zeit eine gute Geschäftslage und gefüllte Auftragsbücher. In vielen Bereichen ist die Kapazitätsauslastung daher nach wie vor hoch. In der Industrie sinkt der Anteil der Kapazitätserweiterungen zwar leicht, der Anteil bleibt im historischen wie im Branchenvergleich aber hoch (40 nach 42 Prozent). Der Auslastungsgrad der deutschen Industrie belief zuletzt auf rund 88 Prozent (Durchschnitt seit 1985: 85%)[2].

[2] Quelle: Eurostat

Investitionsabsichten der Unternehmen (Saldo in Punkten)

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	Gesamt
Herbst 2016	12	5	10	14	13
Jahresbeginn 2017	14	9	10	16	14
Frühsommer 2017	21	14	13	16	17
Herbst 2017	24	11	14	19	19
Jahresbeginn 2018	27	15	17	21	22
Frühsommer 2018	26	18	16	21	21
Herbst 2018	22	16	14	20	19



Die Reichweite[3] der bereits in den Büchern stehenden Order beträgt derzeit 5,6 Monate. Kapazitätserweiterungen durch neue Maschinen, neue Gewerbebauten oder moderne IT-Systeme bleiben daher auch hier auf der Tagesordnung.

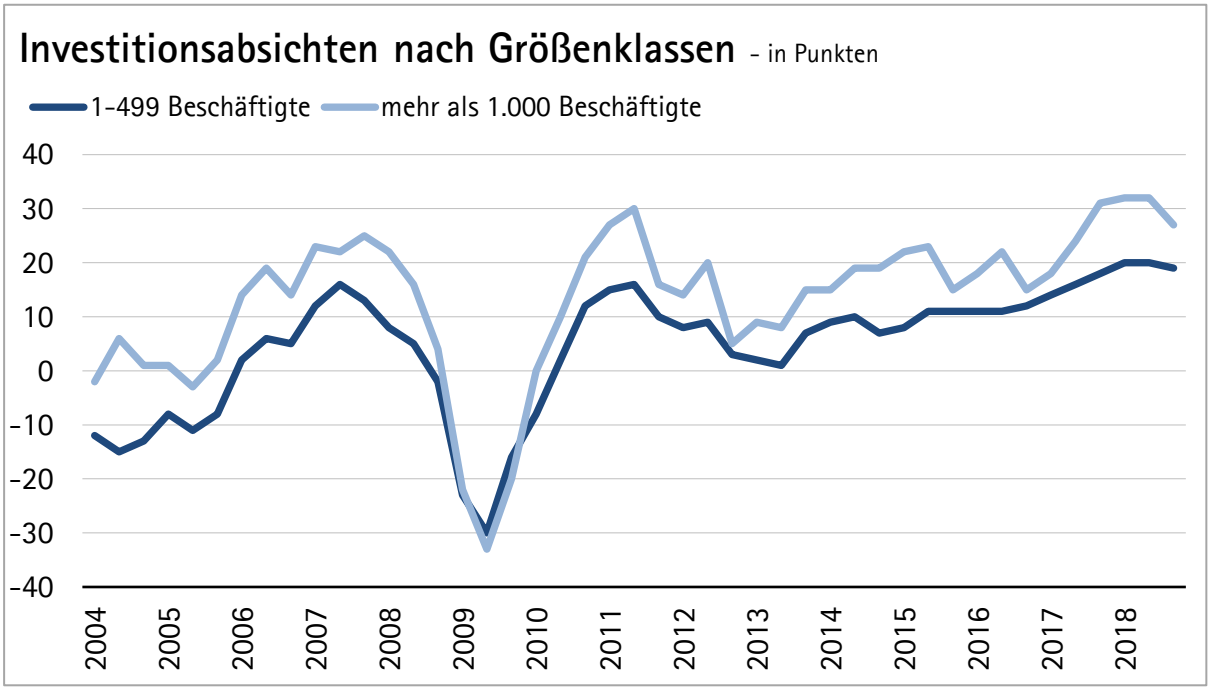
Daneben führt die Digitalisierung in vielen Bereichen zu neuen Produktanforderungen. Die Unternehmen sind sich zunehmend bewusst, dass die Digitalisierung ihren Investitionsbedarf erhöht.[4] Sie müssen hier investieren, um die Chancen neuer Technologien zu nutzen und wettbewerbsfähig zu bleiben – auch in unsicheren Zeiten.

Rationalisierung und Umweltschutz rücken stärker ins Blickfeld

Indiz für die einkehrende konjunkturelle Verunsicherung ist der leicht gestiegene Anteil von Planungen für Investitionen in die Rationalisierung (32 nach 31 Prozent). Auch in der Industrie gewinnen sie im Vergleich an Bedeutung (45 nach 43 Prozent). Angesichts der außerordentlich hohen Auslastung bei gleichzeitig zunehmender Verunsicherung ist die möglichst effiziente Nutzung der Ressourcen besonders wichtig.
Der Umweltschutz setzt seinen langsamen Bedeutungsgewinn fort und erreicht erneut Rekordniveau von immerhin 15 Prozent (zuletzt 14 Prozent). Vor allem bei großen Unternehmen mit mehr als 1.000

[3] Die Reichweite gibt an, wie viele Monate der Betrieb bei gleichbleibendem Umsatz ohne neue Auftragseingänge und ohne Stornierungen theoretisch produzieren könnte oder müsste, um die vorhandene Nachfrage abzuarbeiten. Quelle: Statistisches Bundesamt

[4] Vgl. IHK-Unternehmensbarometer Digitalisierung 2017



Beschäftigten steigt der Anteil der Umweltschutzinvestitionen (22 nach 17 Prozent). In gewissem Umfang fallen darunter sicherlich auch die durch die drohenden Fahrverbote betroffenen gewerblichen Diesel-Fuhrparks. Das dominierende Investitionsmotiv ist der Ersatz. Mit 64 Prozent verbleibt der Anteil auf dem Niveau der Vorumfrage.

Großunternehmen mit sinkender Dynamik

Die Investitionsabsichten der Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern geben besonders deutlich nach (27 nach 32 Punkte). Häufig sind diese Unternehmen global aktiv und damit besonders von der Unsicherheit durch die internationale Handelspolitik betroffen. Die geringere Dynamik ist auch deshalb relevant, weil Großunternehmen über umfangreiche Investitionsbudgets verfügen und somit von besonderer Bedeutung für die Gesamtentwicklung sind. Bei kleinen und mittleren Unternehmen (bis 500 Mitarbeiter) entwickeln sich die Investitionspläne auf niedrigerem Niveau hingegen deutlich robuster (19 nach 20 Punkte). Eine zunehmende Investitionsneigung offenbaren dabei kleine Unternehmen mit zehn bis 20 Beschäftigten. Sie erreicht in dieser Größenklasse einen neuen Rekordwert (20 nach 18 Punkten).

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

Unternehmen tippen beim Beschäftigungsaufbau leicht auf die Bremse

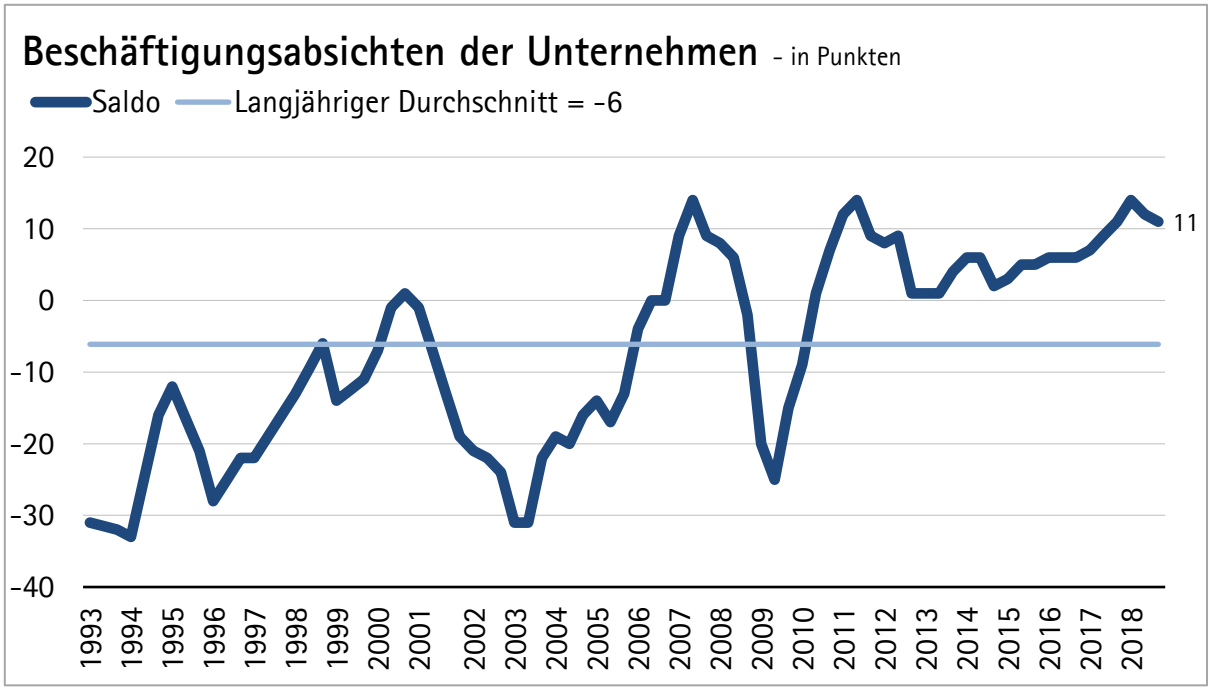
Der deutliche Rückgang der Geschäftserwartungen schlägt sich bisher nur bedingt in den Beschäftigungsabsichten nieder. Die Beschäftigungspläne gehen gegenüber dem Frühsommer nur leicht zurück. Gerade in Zeiten knapper Fachkräfteverfügbarkeit halten Unternehmen an ihren qualifizierten Teams fest. Trotz zurückhaltendender Konjunkturerwartungen und trotz der Sorgen um steigende Arbeitskosten setzt sich der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsaufbau auch im vierzehnten Jahr fort – wenngleich mit etwas verringertem Tempo.

Dynamik nur leicht abgeschwächt

Die Unternehmen wollen in den kommenden Monaten weiter Beschäftigung aufbauen, wenn auch mit leicht gebremster Dynamik. 22 Prozent planen zusätzliches Personal einzustellen, ein leicht geringerer Anteil als noch im Frühsommer (23 Prozent). Mehr als zwei Drittel der Betriebe – 67 Prozent – wollen ihre Belegschaftsstärke halten (zuletzt: 66 Prozent). Der Anteil der Unternehmen, die mit weniger Personal planen, liegt mit elf Prozent weiterhin auf niedrigem Niveau. Der resultierende Saldo aus „höher"- und „geringer"-Meldungen von elf Punkten liegt nur einen Punkt niedriger als im Frühsommer. Somit zeigen sich die Personalpläne der Unternehmen trotz des deutlichen Rückgangs der Geschäftserwartungen um per saldo sechs Punkte recht stabil.

Beschäftigungsaufwuchs geht in sein vierzehntes Jahr

Die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen liegen weiter deutlich über ihrem langjährigen Durchschnitt (minus sechs Punkte). Damit dürfte der Aufwuchs der Erwerbstätigkeit in Deutschland in sein mittlerweile vierzehntes Jahr gehen. Eine solch lange Periode zunehmender Beschäftigung hat es in Deutschland seit der Nachkriegszeit nicht gegeben. Die Dynamik schwächt sich am aktuellen Rand aber leicht ab.



Beschäftigungsabsichten der Unternehmen (in Prozent, Saldo in Punkten)

	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo
Herbst 2016	19	68	13	6
Jahresbeginn 2017	20	67	13	7
Frühsommer 2017	21	67	12	9
Herbst 2017	22	67	11	11
Jahresbeginn 2018	25	64	11	14
Frühsommer 2018	23	66	11	12
Herbst 2018	22	67	11	11

Unternehmen suchen händeringend Fachkräfte

Grund dafür, dass die Unternehmen trotz deutlich rückläufiger Geschäftserwartungen ihre Nachfrage nach Arbeitskräften auf hohem Niveau aufrechterhalten, ist nicht zuletzt der Mangel an qualifizierten Fachkräften selbst. Händeringend suchen die Unternehmen schon jetzt nach Personal. Das Risiko hat für die Unternehmen nochmals an Schärfe zugenommen. 62 Prozent sehen ihre Geschäfte mittlerweile dadurch beeinträchtigt (nach 61 Prozent im Frühsommer). Der Fachkräftemangel ist in allen Wirtschaftszweigen das größte Geschäftsrisiko. Mit Blick auf den demografischen Wandel ist zudem klar, dass sich die Probleme perspektivisch verschärfen. Die Unternehmen wollen sich daher gute Fachkräfte sichern und sie halten. Dementsprechend haben die Beschäftigungsabsichten in den letzten Jahren nur noch schwach auf konjunkturelle Schwankungen reagiert.

Wo Fachkräfte knapp sind, ist auch die Sorge vor steigenden Arbeitskosten hoch. Dass trotzdem bei den Unternehmen unter dem Strich die Zeichen auf Mehreinstellungen stehen, zeigt, wie stark der Fachkräftemangel mittlerweile als Geschäftsrisiko dominiert und den Aktionsraum der Unternehmen einschränkt. Vielen Unternehmen ist bewusst, dass sie um Fachkräfte halten oder anwerben zu können, u.a. Lohnzugeständnisse machen müssen oder andere Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung nötig sind, die sich in den Arbeitskosten niederschlagen.

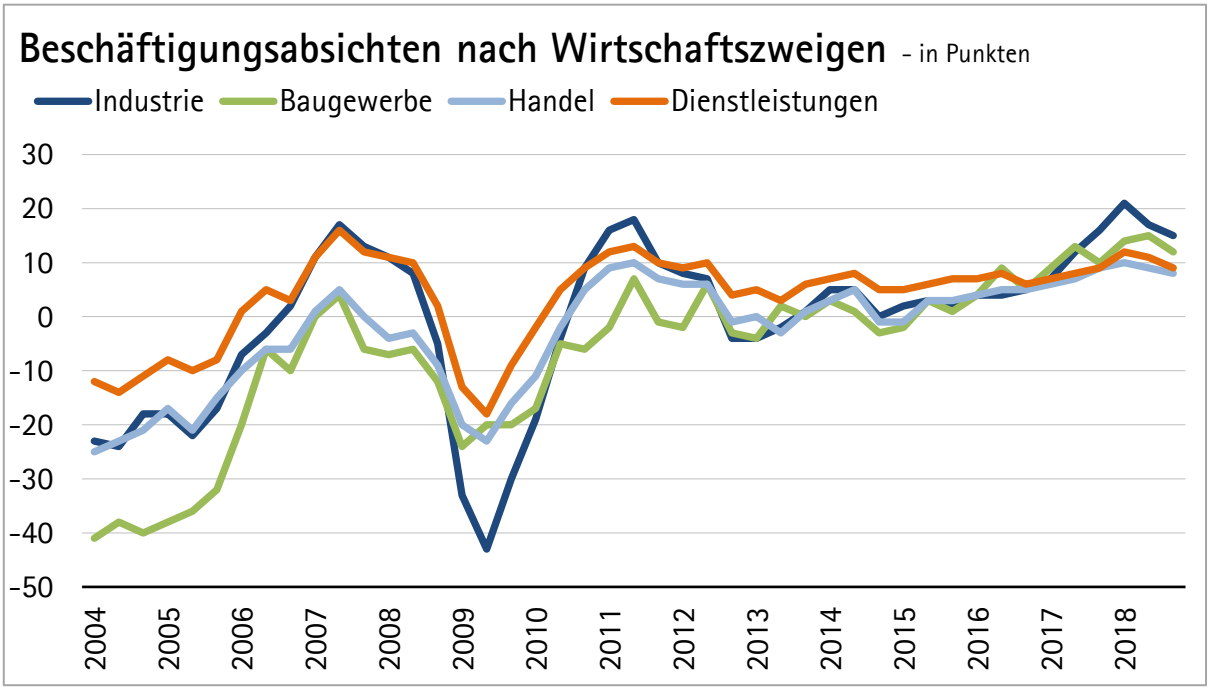
Mittelstand will einstellen

Im Vergleich der Unternehmensgrößenklassen sind die mittelständischen Unternehmen mit 20 bis 200 Beschäftigten bei ihren Personalplänen weiter am expansivsten ausgerichtet (Saldo: 16 nach 19 Punkten). Gerade mittelständische Unternehmen sind bestrebt, ihre qualifizierten Teams zu halten, denn Personalweggänge können hier nur schwer kompensiert werden. So ist der Anteil der Unternehmen, die im Fachkräftemangel an Geschäftsrisiko sehen, in dieser Größenklasse mit 72 Prozent am höchsten (zuletzt: 70 Prozent).

Zeitarbeit schränkt Personalpläne ein

Deutlich schränken die Unternehmen der Zeitarbeit ihre Personalpläne ein (aktueller Saldo: fünf Punkte, Rückgang um 16 Punkte gegenüber Frühsommer und sieben Punkte binnen Jahresfrist). Der Rückgang ist vor allem auch Spiegel einer sich abschwächenden Konjunkturdynamik, die Arbeitnehmerüberlassung gilt gemeinhin als konjunktureller Frühindikator – offensichtlich gibt es aktuell weniger Unternehmen, die Auftragsspitzen mittels Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften rasch und flexibel auffangen müssen.

In den Freitextantworten zu dem Risiko „wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen" wird auch die Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes von Industrie- und Bauunternehmen sowie Dienstleistern als Risiko genannt. Die Gesetzesänderung wurde 2017 beschlossen und sieht u.a. eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten vor. Diese greift nun erstmalig.



Beschäftigungsabsichten der Unternehmen (Saldo in Punkten)

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	Gesamt
Herbst 2016	5	5	5	6	6
Jahresbeginn 2017	7	9	6	7	7
Frühsommer 2017	12	13	7	8	9
Herbst 2017	16	10	9	9	11
Jahresbeginn 2018	21	14	10	12	14
Frühsommer 2018	17	15	9	11	12
Herbst 2018	15	12	8	9	11

Konjunktur in den Wirtschaftszweigen

Industrie

Industriekonjunktur kühlt merklich ab

Die Luft in der Industrie wird dünner. Die Erwartungen an das Geschäft im Inland und im Ausland sinken deutlich. Die nachlassende Dynamik im Welthandel, die Zuspitzung der internationalen Handelskonflikte sowie die Sorgen um einen ungeordneten Brexit wiegen gerade in der Industrie schwer. Die Unternehmen wollen spürbar weniger investieren als noch im Frühsommer. Neben Sorgen um die Nachfrageentwicklung werden auch die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie die Energie- und Rohstoffpreise zunehmend als Risiken für die künftige Geschäftsentwicklung gesehen.

Stimmung verschlechtert

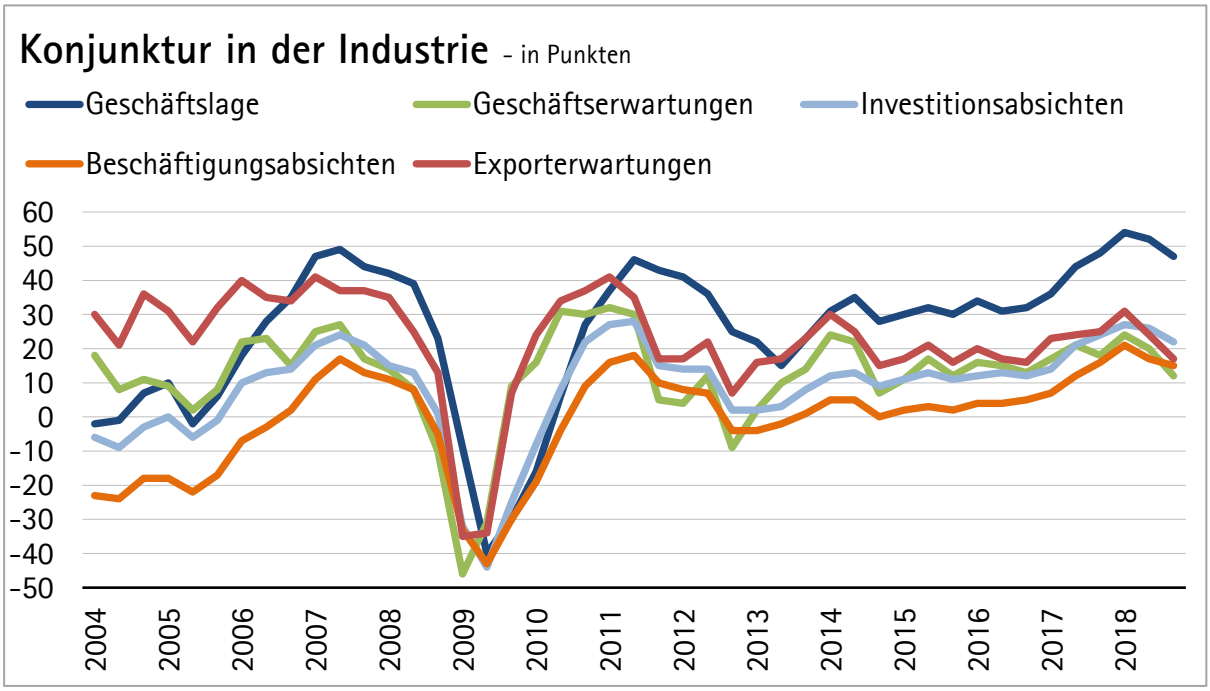
Die Industriekonjunktur hat sich spürbar abgekühlt. Die Lagebewertung verbleibt zwar noch auf hohem Niveau (47 Punkte). Der Rückgang gegenüber der Vorumfrage fällt aber mit fünf Punkten deutlich aus.

Zudem blicken die Unternehmen mit zunehmenden Sorgenfalten auf die nächsten Monate. Der Erwartungssaldo sinkt deutlich (zwölf nach zuletzt 20 Punkten). Weniger als jedes vierte Unternehmen erwartet eine Verbesserung seiner Geschäftssituation, elf Prozent rechnen mit Rückgängen. Die Sorgen um die Nachfrage aus dem In- und Ausland (37 nach 34 Prozent bzw. 33 nach 30 Prozent) gewinnen spürbar an Bedeutung.

Gegenwinde nehmen zu

Der Wind insbesondere im internationalen Geschäft wird rauer. Die Unternehmen fahren ihre Erwartungen an das Exportgeschäft deutlich zurück (17 nach 24 Punkten). Die konjunkturelle Gangart dürfte in vielen wichtigen Absatzmärkten langsamer ausfallen. Zudem sorgen die Entwicklungen in der internationalen Wirtschaftspolitik für einen ungewissen Ausblick. Deutlich mehr Unternehmen als zuletzt sehen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen daher ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung (39 nach 36 Prozent). Besonders häufig nennen Sie Sorgen über die Handelspolitik der USA und den unklaren Ablauf des Brexits. Aber auch die Sanktionen gegenüber Russland und dem Iran sowie die Krise in der Türkei treiben die Unternehmen um.

Zudem spüren die Industrieunternehmen die gestiegenen Öl- und Gaspreise. Gemeinsam mit den hohen und perspektivisch weiter steigenden Strompreisen



Geschäftsrisiken der Industrie (in Prozent *Export-Industrie)

	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Herbst 2016	49	44	9	39	40	15	37	36
Jahresbeginn 2017	44	39	9	38	41	17	47	43
Frühsommer 2017	41	37	9	38	46	15	48	41
Herbst 2017	39	33	8	39	54	18	47	35
Jahresbeginn 2018	34	27	8	44	60	13	50	34
Frühsommer 2018	34	30	8	44	60	14	47	36
Herbst 2018	37	33	8	42	61	14	50	39

sorgt dies dafür, dass jedes zweite Industrieunternehmen die Energie- und Rohstoffpreise wieder als Risikofaktor identifiziert (50 nach zuletzt 47 Prozent).

Große wollen weniger investieren

Angesichts der jüngsten Nachfragerückgänge und der Sorgen um die weitere Entwicklung gehen auch die Investitionsabsichten merklich zurück (22 nach 26 Punkten). Besonders stark zeigt sich diese Entwicklung bei Großunternehmen (24 nach 31 Punkten), während kleine Industriebetriebe ihre Planungen weitgehend konstant halten (14 nach 13 Punkten). Große Industriekonzerne sind über ihre globalen Wertschöpfungsstrukturen häufig noch stärker von der Unsicherheit getroffen. Gleichzeitig verfügen sie über die größten Investitionsbudgets und sind somit von besonderer Bedeutung für die Gesamtentwicklung. Auch die Veränderungen bei den Investitionsmotiven sind eher schlechte Vorzeichen für die Entwicklung des Produktionspotenzials in den nächsten Monaten. Insgesamt verlieren Kapazitätsausweitungen an Bedeutung (40 nach 42 Prozent). Gleichzeitig nimmt der Anteil der Investitionen in Rationalisierung zu (45 nach 43 Prozent).

Beschäftigungsdynamik noch auf hohem Niveau

Der Personalpläne sind weiterhin expansiv. Der Beschäftigungssaldo sinkt leicht gegenüber der Vorumfrage (15 nach 17 Punkten), liegt aber weiter deutlich über dem langjährigen Schnitt (minus ein Punkt). Gerade in schwierigen Zeiten sind kluge Köpfe für innovative Lösungen gefragt. Allerdings sind die nicht immer leicht zu finden. Das Top-Risiko Fachkräftemangel gewinnt weiter an Bedeutung (61 nach 60 Prozent).

Katerstimmung bei Investitionsgüterherstellern und Vorleistern

Die Verschlechterung des Ausblicks zeigen sich besonders deutlich bei den Herstellern von Investitionsgütern und Vorleistern (17 nach 25 bzw. zehn nach 19 Punkten). Diese industriellen Hauptgruppen sind im stärkeren Maße von Schwankungen in der globalen Konjunktur abhängig. Die weltweit rückläufige Investitionsdynamik spüren vor allem der Maschinenbau (17 nach 26 Punkten) sowie Elektrotechnikunternehmen (21 nach 29 Punkten). Dementsprechend planen die Hersteller von Investitionsgütern flächendeckend zurückhaltender bei Investitionen (22 nach 28 Punkten). Die Beschäftigungspläne entwickeln sich hingegen vergleichsweise robust (22 nach 23 Punkten).

Vorleistungsbranchen wie „Glas, Keramik, Steinverarbeitung" sowie Metallerzeuger und -bearbeiter spüren zudem besonders die Belastung durch die gestiegenen Öl- und Gaspreise sowie die hohen Strompreise (67 nach 60 bzw. 69 nach 63 Prozent). Der insgesamt trübe Ausblick strahlt auch auf die Investitions- und Beschäftigungsabsichten aus (23 nach 26 bzw. 13 nach 18 Punkten).

Unternehmen aus der Konsumgüterindustrie zeigen sich etwas weniger betroffen von den internationalen Wirrungen – und profitieren von einer weiterhin relativ regen Nachfrage (Inlandsnachfrage 47 nach

46 Prozent, Auslandsnachfrage 21 nach 20 Prozent). Hier trüben sich die Exporterwartungen (19 nach 21 Punkten) und der Gesamtausblick vergleichsweise leicht ein (Erwartungssaldo: 14 nach 18 Punkten). Auch die Investitionsdynamik lässt nur etwas nach (20 nach 22 Punkten). Die Beschäftigungspläne fallen sogar etwas expansiver aus als zuletzt (acht nach sieben Punkten).

Automobilbranche macht Abstriche

Die Geschäftslage im Kraftfahrzeugbau hat sich seit dem Frühsommer deutlich verschlechtert. Der Lagesaldo sinkt um ganze 19 Punkte (auf 49 Punkte). Auch für die weitere Entwicklung nimmt der Pessimismus deutlich zu (Erwartungssaldo: zwölf nach 19 Punkten; Exporterwartungen: 22 nach 29 Punkten). Gleichzeitig gewinnen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Risiko merklich an Bedeutung (37 nach 28 Prozent). Die Dieselproblematik ist noch nicht abschließend gelöst. Viele Hersteller haben aktuell auch Schwierigkeiten bei der Umstellung auf den neuen WLTP-Standard zur Abgasprüfung. Bisher wurden nur Teile der Modellpaletten zertifiziert, daher kann in Europa derzeit nur eine gewisse Anzahl von Varianten angeboten werden. Die gedrosselte Auslieferung und Produktion bekommen in der Folge auch die Zulieferer zu spüren.

Hinzu kommen die Sorgen darüber, dass ein US-Zoll auf Automobile und Fahrzeugteile möglicherweise doch noch nicht vom Tisch ist. Die EU hatte sich mit der US-Administration auf eine Verhandlungsfrist für Handelserleichterungen bis Dezember geeinigt und bis dahin weitere Untersuchungen zu einem Importzoll auf PKW aus Europa ausgesetzt. Die großen Unwägbarkeiten für die Entwicklung der Branche schlagen denn auch deutlich auf die Investitions- und Beschäftigungspläne durch (19 nach 33 bzw. acht nach 14 Punkten). Dabei steigt der Anteil der Investitionen in Rationalisierung und Produktinnovation (50 nach 44 bzw. 55 nach 50 Prozent), während Kapazitätserweiterungen an Bedeutung verlieren (44 nach 51 Prozent).

Baugewerbe

Bauwirtschaft auf Rekordniveau

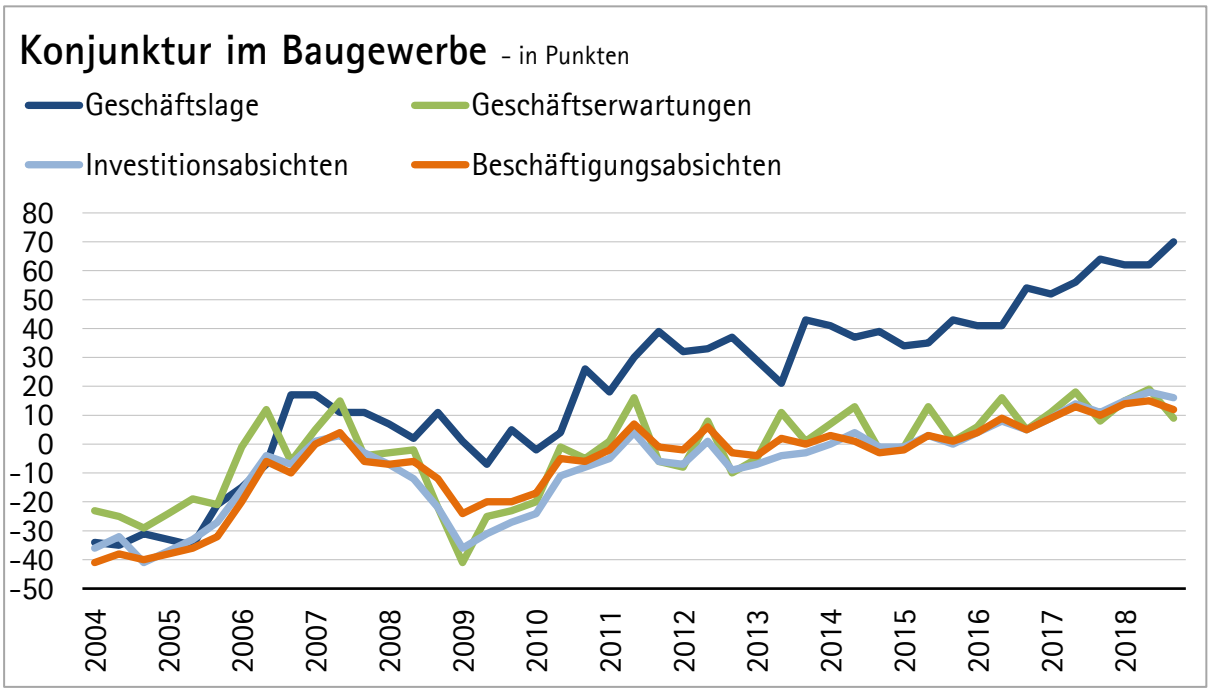
Der Bauboom in Deutschland setzt sich fort. Die Baubranche profitiert von den niedrigen Zinsen, Infrastrukturinvestitionen, dem weiter steigenden Wohn- und Gewerberaumbedarf – insbesondere in den Metropolen – und nicht zuletzt auch von einem trockenen Sommer. Die Unternehmen bewerten ihre Lage so gut wie noch nie. Damit erfüllen sich die hohen Erwartungen der Vorumfrage. Am aktuellen Rand gehen die Geschäftserwartungen vor allem saisonal bedingt zurück, waren in den vergangenen 25 Jahre im Herbst aber noch nie höher. Die Investitionsabsichten der Branche bleiben entsprechend auf hohem Niveau. Aber es gibt für die Geschäftsentwicklung Risiken: In keiner Branche macht sich der Fachkräftemangel so deutlich bemerkbar wie beim Bau.

Bauen, Bauen, Bauen ...

Die Geschäftslage der Bauwirtschaft hat sich von einem hohen Niveau aus noch einmal deutlich verbessert (plus acht Punkte) und zwar für Hoch-, Tief- und Ausbau gleichermaßen. Der Geschäftslagesaldo erreicht mit 70 Punkten einen neuen Höchststand. Nur zwei Prozent der Unternehmen bewerten ihre Geschäfte derzeit als „schlecht". Die Nachfrage nach Bauleistungen bleibt bei bereits intensiver Bautätigkeit hoch. Entsprechend stark ist die Auslastung in der Bauwirtschaft, vielfach können neue Aufträge nicht oder nur mit langen Vorlaufzeiten angenommen werden. Die aktuelle Situation ermöglicht es der Bauwirtschaft auch, eigene Kostensteigerungen weiterzureichen und höhere Preise durchzusetzen. Im August 2018 lagen die Baupreise je nach Bereich um vier bis sechs Prozent höher als im Vorjahresmonat.

... auch in den kommenden Monaten

Die Bauunternehmen blicken so zuversichtlich auf ihre Geschäftsentwicklung wie noch nie in einem Herbst. Gegenüber der Vorjahresumfrage zeigt sich nochmals eine leichte Verbesserung der Geschäftserwartungen (von acht auf neun Punkte). Zwar ist der Ausblick nicht mehr so euphorisch wie im Frühsommer (19 Punkte). Der Rückgang erklärt sich aber vor allem über einen Saisoneffekt. Üblicherweise blicken die Unternehmen vor dem Winter verhaltener auf ihre Geschäfte, weil die Witterung ihre Arbeit behindert. Absehbar ist die weiter hohe Nachfrage nach Bauleistungen. Die Sorgen um die Inlandsnachfrage verbleiben auf historisch sehr niedrigem Niveau (22 nach 21 Prozent). Die noch günstigen Finanzierungsbedingungen, die gute Arbeitsmarktentwicklung und wirtschaftliche Lage lassen auch für das nächste



Geschäftsrisiken im Baugewerbe (in Prozent)

	Inlandsnachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Herbst 2016	36	13	45	69	23	34
Jahresbeginn 2017	34	12	46	70	32	34
Frühsommer 2017	27	12	44	74	33	32
Herbst 2017	27	11	45	77	33	29
Jahresbeginn 2018	23	10	48	79	36	29
Frühsommer 2018	21	11	47	82	34	26
Herbst 2018	22	9	48	82	42	27

Jahr einen weiter hohen Bedarf von Wohn- und Gewerberaum erwarten. Das Ausbaugewerbe erwartet denn auch gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Geschäfte (von zehn auf zwölf Punkte). Stabilisierend wirkt der seit zwei Jahren umgesetzte Investitionshochlauf bei staatlichen Infrastrukturvorhaben, der vor allem dem Tiefbau zugutekommt (zehn Punkte, unverändert gegenüber Vorjahr). Als dämpfend hingegen könnte sich der hohe Preisauftrieb im Bau auswirken.

Ausnahme Hochbau

Einen Abschlag bei ihren Geschäftserwartungen nehmen gegenüber dem Vorjahr nur die Unternehmen im Hochbau vor (von sieben auf fünf Punkte), obwohl die Sorgen um die Inlandsnachfrage weiter gering bleiben (24 nach zuletzt 23 Prozent und 32 Prozent im letzten Herbst). In der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise sehen die Hochbauunternehmen hingegen zunehmend ein Risiko (41 nach 31 Prozent). Zudem dürften sich zunehmend Probleme bei der Suche nach geeignetem Bauland ergeben. In den Freitextantworten zu den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen berichten zudem einige Unternehmen über langwierige Bauplanungen.

Hohe Auslastung erfordert Investitionen

Angesichts hoher Auslastungen im Baugewerbe verwundern die gestiegenen Investitionsabsichten der Branche nicht. Im Vergleich zum Vorjahr planen deutlich mehr Unternehmen, ihre Investitionsbudgets auszubauen (plus fünf auf 16 Punkte).

Wichtigstes Investitionsmotiv neben dem Ersatz (76 nach 78 Prozent) sind Rationalisierungen (27 nach 25 Prozent), gefolgt von Kapazitätsausweitungen (26 Prozent wie zuletzt). Hier zeigt sich, dass die Bauwirtschaft ihre Kapazitäten inzwischen nur noch begrenzt ausweiten kann. Gleichzeitig gewinnt die möglichst effiziente Nutzung knapper Ressourcen an Bedeutung. Stetig steigende baurechtliche Anforderungen lassen vor allem Investitionen in den Umweltschutz deutlich und stärker als in anderen Wirtschaftszweigen zunehmen (14 nach zwölf Prozent). Treiber für Investitionen in Umweltschutz sind aber auch Sorgen um steigende Energie- und Rohstoffpreise.

Grenzen des Wachstums

Limitierend wirkt für die Bauwirtschaft insbesondere der Fachkräftemangel. In keinem Wirtschaftszweig wird dieser häufiger als Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung genannt (82 Prozent wie zuletzt). Der typische saisonale Rückgang bei den Beschäftigungsabsichten fällt geringer aus als im Schnitt der letzten Jahre (minus drei Punkte, Schnitt: minus sechs Punkte). Im Vorjahresvergleich steigen die Beschäftigungsabsichten spürbar an (plus zwei auf zwölf Punkte). Ein deutlich höherer Anteil an Bauunternehmen sieht in den Energie- und Rohstoffpreisen ein Risiko für die Geschäftstätigkeit (Erhöhung um acht auf 42 Prozent). Ein Grund sind die deutlich gestiegenen Diesel- und Benzinpreise. Angesichts der hohen Nachfrage droht in einzelnen Regionen aber auch eine Knappheit insbesondere von Bausand und Kies. Die Folge sind steigende Preise für Baurohstoffe oder hohe Kosten für den Transport aus weiter entfernten Abbaustätten.

Handel

Handel: Stark im Inland, Risiken im Ausland

Die Stimmung im Handel trübt sich etwas ein. Ausgehend von einer guten Lagebewertung wächst im Großhandel und bei den Handelsvermittlern die Verunsicherung über die Entwicklung des Welthandels. Sie rechnen mit deutlich weniger guten Geschäften in den kommenden Monaten. Der Einzelhandel profitiert weiter von der starken Binnennachfrage. Das Wachstum setzt sich leicht abgeschwächt fort. Insgesamt plant der Handel bei Investitionen und Beschäftigung etwas weniger expansiv als zuletzt.

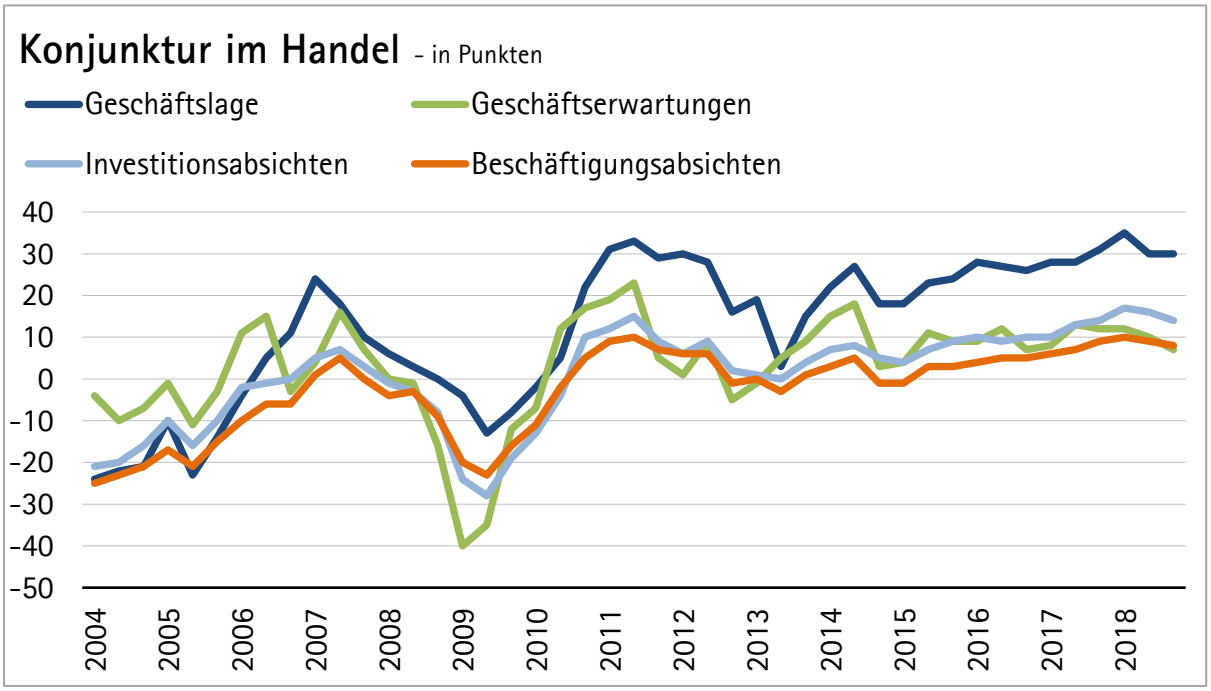
Gute Geschäftslage, aber zunehmend Hemmnisse

Die Geschäfte des Handels laufen unverändert gut (Lagesaldo: 30 Punkte). Die Lagebewertung liegt damit weiterhin deutlich über dem langjährigen Schnitt (sechs Punkte). Der Konsum war in den letzten Jahren die wichtigste Konjunkturstütze, weil die gute Arbeitsmarktlage für Kaufkraftzuwächse sorgt. Davon konnten viele Händler profitieren.

Die Erwartungen im Handel insgesamt verschlechtern sich allerdings spürbar im Vergleich zum Frühsommer (sieben nach zehn Punkten). In der Gesamtbranche nehmen die Sorgen um die Energie- und Rohstoffpreise (32 nach 28 Prozent) sowie um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (37 nach 35 Prozent) zu.

Die stark mit dem Welthandel verflochtenen Großhändler und Handelsvermittler korrigieren ihre Erwartungen an die Geschäfte der nächsten Monate besonders kräftig nach unten (Saldo: elf nach 16 Punkten). Zunehmende Handelskonflikte, die deutlichen Währungsabwertungen in vielen Schwellenländern und der Brexit sorgen für Verunsicherung. Noch kritischer bewertet der Handel mit gesundheitsbezogenen Gütern seine Geschäftsaussichten (null nach zehn Punkten). Die Sorgen um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen steigen hier spürbar an (60 nach 56 Prozent). Es ist weiterhin unklar, wie mit dem Versand von verschreibungspflichtigen Medikamenten künftig verfahren wird.

Der Einzelhandel blickt im langjährigen Vergleich hingegen weiter relativ zuversichtlich auf seine Geschäfte (Erwartungssaldo: fünf nach sechs Punkten). Die Sorgen um die Inlandsnachfrage sinken erneut auf den Tiefstand von Jahresbeginn (46 nach 48 Prozent, langjähriger Schnitt: 55 Prozent).



Geschäftsrisiken im Handel (in Prozent)

	Inlandsnachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Herbst 2016	54	9	37	41	24	36
Jahresbeginn 2017	52	10	37	41	31	41
Frühsommer 2017	51	10	36	42	30	37
Herbst 2017	49	9	37	48	28	36
Jahresbeginn 2018	46	9	39	52	31	37
Frühsommer 2018	48	9	38	54	28	35
Herbst 2018	46	8	38	54	32	37

Etwas mehr Vorsicht bei Investitionen

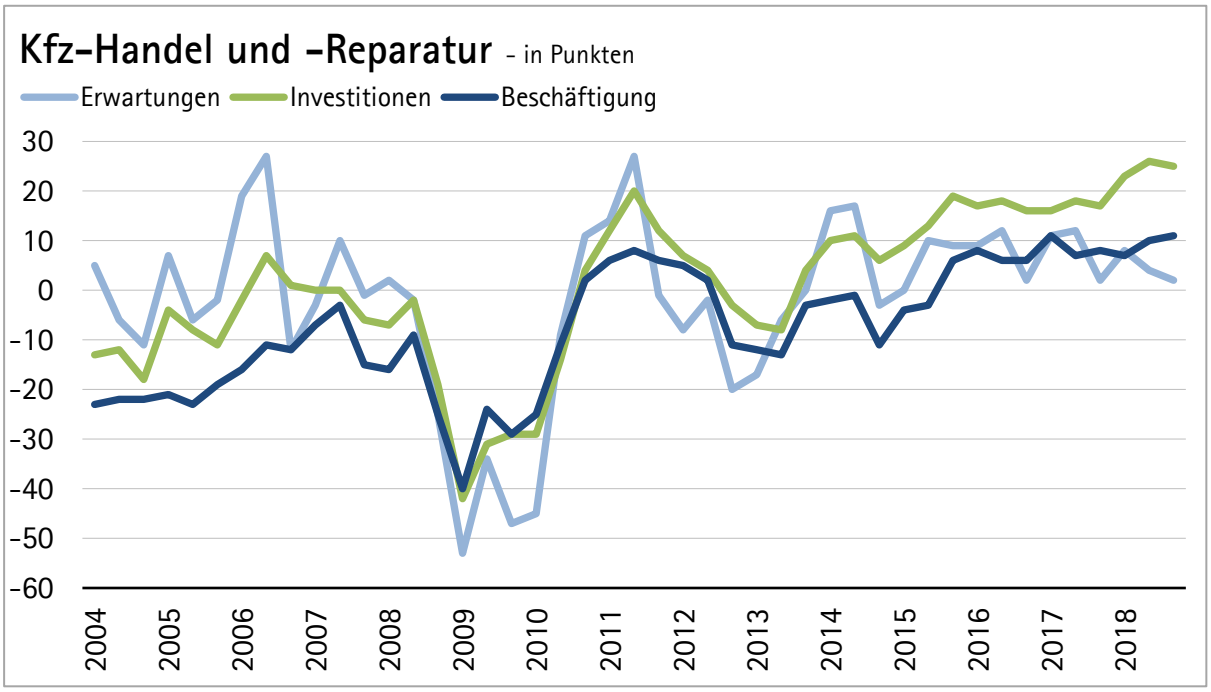
Die Investitionsdynamik im gesamten Handel geht leicht zurück und liegt wieder auf Vorjahresniveau (Investitionssaldo: 14 nach 16 Punkten). Auch der Einzelhandel plant etwas zurückhaltender (acht nach zuvor neun Punkten). Die Investitionsabsichten liegen hier aber weiter deutlich über dem langjährigen Schnitt (von null Punkten). Dabei steigt der Anteil der Investitionen in Produktinnovationen leicht an (Nennung Investitionsmotiv: 28 nach 27 Prozent). Der intensive Wettbewerb in der Branche erfordert vor allem Investitionen in attraktive Geschäftsräume sowie digitale Geschäftsmodelle. Besonders stark senken die Handelsvermittler ihre Investitionsabsichten (neun nach 19 Punkten). Hier macht sich die massive Verunsicherung über die Entwicklungen im Welthandel bemerkbar. Dementsprechend verlieren Kapazitätserweiterungen als Investitionsmotiv an Bedeutung (32 nach 36 Prozent).

Beschäftigungsaufbau geht weiter

Die Beschäftigungspläne verbleiben auf hohem Niveau (Saldo: acht nach neun Punkten; langjähriger Schnitt: minus drei Punkte). Fast Dreiviertel der Unternehmen planen, ihre Beschäftigung konstant zu halten. Der Anteil der Unternehmen, die noch mehr Beschäftigung aufbauen wollen, ist mit 18 Prozent deutlich höher als der Anteil derjenigen Betriebe, die von sinkender Beschäftigung ausgehen (zehn Prozent). Um fehlende Fachkräfte sorgen sich insgesamt mehr als der Hälfte der Handelsunternehmen (54 Prozent wie zuletzt).

Hoher Investitions- und Personalbedarf in der Kfz-Branche

KfZ-Händler und Reparaturbetriebe bewerten ihre Lage etwas schlechter als zuletzt (28 nach 30 Punkte). Auch die Erwartungen sinken ausgehend von niedrigem Niveau erneut (zwei nach vier Punkten). Seit dem Frühsommer 2017 (zwölf Punkte) hat sich der Ausblick damit deutlich eingetrübt. Hierzu dürften nicht zuletzt die eingeschränkten Auslieferungen aufgrund des neuen WLTP-Standards zur Abgasprüfung beitragen. Teilweise bieten Autohäuser auch Leasing an. Im Zuge der Dieselfahrverbote könnte nun die Zahl der Rückläufer steigen. Zudem sinken die Restwerte von Diesel-Fahrzeugen. Für Reparaturbetriebe könnten sich hingegen Impulse durch Nachrüstungen ergeben. Die Sorgen um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen steigen vor diesem Hintergrund leicht an (40 nach 38 Punkten). Gleichwohl will die Branche stark investieren und Beschäftigung aufbauen. Ausgehend vom Rekordniveau der Vorumfrage sinkt der Investitionssaldo nur geringfügig (25 nach 26 Punkten). Ein wichtiges Investitionsmotiv neben dem Ersatz bleiben Produktinnovationen (24 nach 22 Prozent). Zudem steigt der Anteil der Investitionen in Kapazitätserweiterungen (33 nach 28 Prozent) und Rationalisierungen (24 nach 20 Prozent).


Kfz-Handel und -Reparatur - in Punkten
Erwartungen
Investitionen
Beschäftigung
30
20
10
0
-10
-20
-30
-40
-50
-60
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018

Dienstleister

Weniger Impulse für Dienstleister

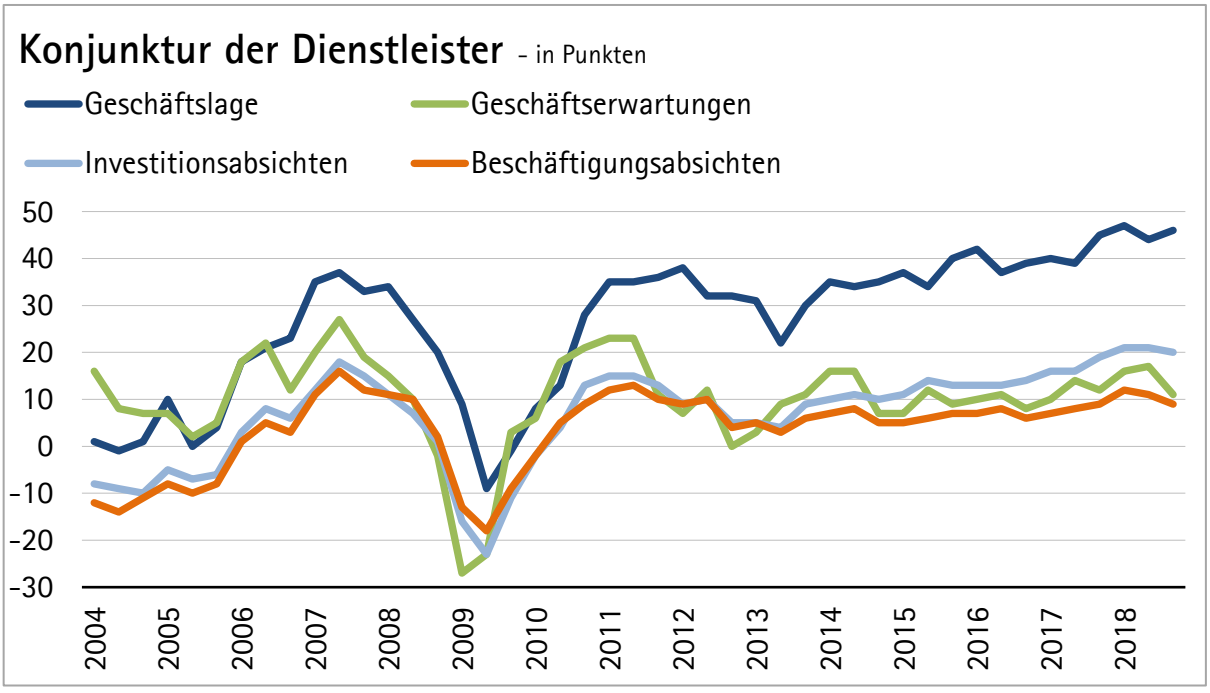
Die Stimmung unter den Dienstleistern trübt sich leicht ein. Sie bewerten ihre derzeitige Lage zwar besser als im Frühsommer. Die Impulse aus dem Inland fallen nicht mehr so stark aus wie in den letzten Jahren. Entsprechend verbessern sich die Erwartungen für die künftige Entwicklung nicht. Insbesondere bei der Verkehrswirtschaft und überraschenderweise auch bei IT-Dienstleistern fällt der Ausblick deutlich verhaltener aus. Die Investitionen entwickeln sich insgesamt vergleichsweise robust. Die Dynamik des Beschäftigungsaufbaus lässt etwas nach.

Sonnige Lage, kein goldener Herbst

Im Herbst 2018 verzeichnen die meisten Dienstleistungsbranchen eine sehr gute Geschäftslage. Der Lagesaldo steigt ausgehend von hohem Niveau an (46 nach 44 Punkten) – knapp unter dem Rekordwert vom Jahresbeginn (47 Punkte). Die Sorgen um die Inlandsnachfrage erreichen einen neuen Tiefstand (30 nach 31 Prozent). Allerdings gehen die Erwartungen gegenüber dem Frühsommer deutlich zurück (elf nach 17 Punkten). Viele Dienstleistungsbranchen haben im Sommer Hochkonjunktur. Daher fällt der Ausblick gen Jahresende typischerweise verhaltener aus. Das gilt z. B. für das Gastgewerbe, die Verkehrswirtschaft oder auch Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau. Aber auch im aussagekräftigeren Vorjahresvergleich ergibt sich keine weitere Verbesserung der Erwartungen (aktuell: elf Punkte, Herbst 2017: zwölf Punkte). Einem goldenen Herbst stehen angebotsseitige Faktoren entgegen. Zum einen gestaltet sich die Suche nach geeignetem Personal häufig schwierig. Zum anderen kommen Belastungen durch höhere Öl- und Gaspreise (26 nach 22 Prozent) hinzu.

Personal- und Investitionsplanungen robust

Der Beschäftigungsaufbau verliert aktuell etwas an Fahrt (neun nach elf Punkten). Im langfristigen Vergleich verbleiben die Pläne aber auch hohem Niveau (Schnitt: drei Punkte). Ohnehin hängt die Beschäftigungsentwicklung derweil in einigen Bereichen stärker vom Angebot an Fachkräften als der Nachfrage der Unternehmen ab. Insgesamt sehen mittlerweile 63 Prozent der Dienstleistungsunternehmen im Fachkräftemangel ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung. Risikofaktor Nr. 2 sind die Arbeitskosten, wobei sich die Situation gegenüber der Vorumfrage leicht entspannt (41 nach 42 Prozent). Die Investitionsdynamik bleibt beinahe konstant. Dabei stellen



Geschäftsrisiken der Dienstleister (in Prozent)

	Inlandsnachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Herbst 2016	38	12	40	51	19	40
Jahresbeginn 2017	36	12	41	51	24	45
Frühsommer 2017	35	12	40	54	23	42
Herbst 2017	33	11	41	57	22	41
Jahresbeginn 2018	30	11	42	60	23	41
Frühsommer 2018	31	11	42	61	22	40
Herbst 2018	30	10	41	63	26	40

Produktinnovationen das wichtigste Investitionsmotiv nach dem Ersatz dar, am aktuellen Rand gewinnt es aber nicht weiter an Bedeutung (Anteil: 32 nach 33 Prozent; Ersatz: konstant bei 63 Prozent).

Leichte Eintrübung bei personenbezogenen Dienstleistern

Die Nachfragesorgen bei personenbezogenen Dienstleistern bleiben insgesamt auf sehr niedrigem Niveau (31 Prozent wie zuletzt). Wäschereien, Friseursalons, Saunen oder Solarien und andere personenbezogene Dienstleister können von der hohen Nachfrage durch die gute Beschäftigungssituation profitieren. Gesundheits- und Sozialdienste sowie die Bildungswirtschaft hatten durch den Bevölkerungszuwachs in den letzten Jahren eine Sonderkonjunktur. Hinzu kommt die demografische Entwicklung, welche auch mehr Nachfrage nach Gesundheitsleistungen mit sich bringt. Die zusätzlichen Impulse fallen aber nicht mehr ganz so stark aus wie in den letzten Jahren. Ausgehend von einem Rekordhoch sinkt die Lagebewertung leicht ab (38 nach 42 Punkten). Die Erwartungen an die künftigen Geschäfte bleiben zwar oberhalb des langjährigen Schnitts, gehen aber ebenfalls deutlich zurück, (13 nach 18 Punkten; Schnitt: sieben Punkte). Dementsprechend planen die Unternehmen denn auch etwas weniger expansiv bei Investitionen (19 nach 21 Punkten) und Beschäftigung (zwölf nach 15 Punkten).

Gastgewerbe mit verhaltenem Ausblick

Hotels, Restaurants und andere Unternehmen des Gastgewerbes bewerten ihre Lage so gut wie noch nie (46 nach 32 Punkten). Gleichzeitig erreichen die Sorgen um die Inlandsnachfrage einen historischen Tiefstand. Der sonnige Sommer dürfte zur Konsumfreude der Verbraucher beigetragen haben. Die Erwartungen der Branche trüben sich im Vorjahresvergleich jedoch ein (sechs nach sieben Punkten im letzten Herbst). Die Branche spürt die Belastungen durch die gestiegenen Öl- und Gaspreise (Risiko Energie- und Rohstoffpreise: 42 nach 37 Prozent). Zudem nennen drei von vier Unternehmen den Fachkräftemangel als Risiko für ihre Geschäftsentwicklung (zuletzt: 74 Prozent). 60 Prozent sorgen sich über die Entwicklung der Arbeitskosten (wie zuletzt). Die Beschäftigungsabsichten gehen denn auch leicht zurück (null nach fünf Punkten; Herbst 2017: ein Punkt).

Unternehmensbezogene Dienstleister spüren maue Industriekonjunktur ...

Die langsamere konjunkturelle Gangart in der Industrie spüren auch unternehmensbezogene Dienstleister wie Unternehmensberatungen, Leasingunternehmen oder Forschungs- und Entwicklungsunternehmen. Ihre Lagebewertung bleibt zwar insgesamt auf dem hohen Niveau der Vorumfrage (53 Punkte). Die Erwartungen trüben sich aber spürbar ein (19 nach 23 Punkten; Herbst 2017: 21 Punkte), obwohl die Sorgen um die Inlandsnachfrage einen historischen Tiefstand erreichen (36 nach 38 Prozent). Investitions- und Beschäftigungspläne fallen etwas weniger expansiv aus als zuletzt aus (21 nach 22

bzw. 23 nach 24 Punkten). Ausnahmen von diesem Trend bilden Architektur- und Ingenieurbüros, die angesichts hoher Nachfrage aus dem Bausektor sogar noch expansiver planen als zuletzt (Erwartungssalden: 22 nach 21 bzw. 27 nach 24 Punkten).

... insbesondere IT

Die Stimmung unter den IT-Dienstleistern verschlechtert sich spürbar – freilich ausgehend von sehr hohem Niveau. Sie bewerten ihre Lage deutlich negativer als zuletzt (56 nach 62 Punkte) und auch ihr Ausblick fällt vorsichtiger aus (29 nach 33 Punkten). Die Sorgen um die Inlandsnachfrage steigen (43 nach 40 Prozent). Dies überrascht in Zeiten, in denen die Digitalisierung von Prozessen und Produkten eine immer größere Rolle spielt. Es ist gut möglich, dass das Ausklingen von Einmaleffekten durch die Umstellungen im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung dazu beiträgt. Hinzu kommt die weiterhin bestehende Rechtsunsicherheit bei der wirtschaftlichen Nutzung von Daten.[5] Gleichwohl wollen die Unternehmen noch stärker investieren und Beschäftigung aufbauen als zuletzt (27 nach 26 bzw. 41 nach 39 Punkten). Scheinbar lassen sie sich in ihren konkreten Planungen zunächst noch nicht beirren.

Verkehrswirtschaft spürt höhere Ölpreise und Maut

Verkehr und Lagerei bewerten ihre derzeitigen Geschäfte nochmals besser (38 nach 34 Punkte). Die Erwartungen trüben sich hingegen deutlich ein (ein Punkt nach 13 Punkten; Herbst 2017: sieben Punkte). Angesichts geringer Nachfragesorgen (19 nach 24 Punkten) dürften die Engpässe vor allem auf der Angebotsseite liegen. Viele Unternehmen spüren die höheren Öl- und Gaspreise täglich an der Tanksäule (Risiko Energie- und Rohstoffpreise: 56 nach 43 Prozent). Das gilt jedoch nur dann, wenn es überhaupt soweit kommt. Denn: Fehlt der Fahrer, steht der LKW. Im Fachkräftemangel sehen mittlerweile 77 Prozent der Unternehmen ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung (zuletzt: 72 Prozent). In den Freitextantworten nennen zudem einige Unternehmen die Belastungen durch die Ausweitung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen.

Kreditgewerbe will weiter abbauen

Die Lage im Kreditgewerbe ist weiterhin angespannt. Die Unternehmen schätzten ihre aktuelle Situation schlechter ein als zuletzt (28 nach 33 Punkte). Der Erwartungssaldo schafft es weiterhin nicht aus dem negativen Bereich (minus elf nach minus zwölf). Hohe regulatorische Anforderungen und härterer Wettbewerb im Zuge der Digitalisierung stellen insbesondere kleine und mittelgroße Kreditinstitute vor Herausforderungen. Im Kreditgewerbe wird der Prozess der Neustrukturierung daher in weiten Teilen weitergehen. Ausdruck dafür sind auch die erneut deutlich restriktiven Personalpläne. 55 Prozent der Kreditinstitute planen mit verkleinerten Belegschaften, lediglich sechs Prozent wollen zusätzliches Personal einstellen. Mit dem resultierenden Saldo von minus 49 Punkten ist das Kreditgewerbe in punkto Personalpläne im Branchenvergleich das Schlusslicht.

[5] Vgl. IHK-Unternehmensbarometer Digitalisierung 2017

Konjunktur in den Regionen

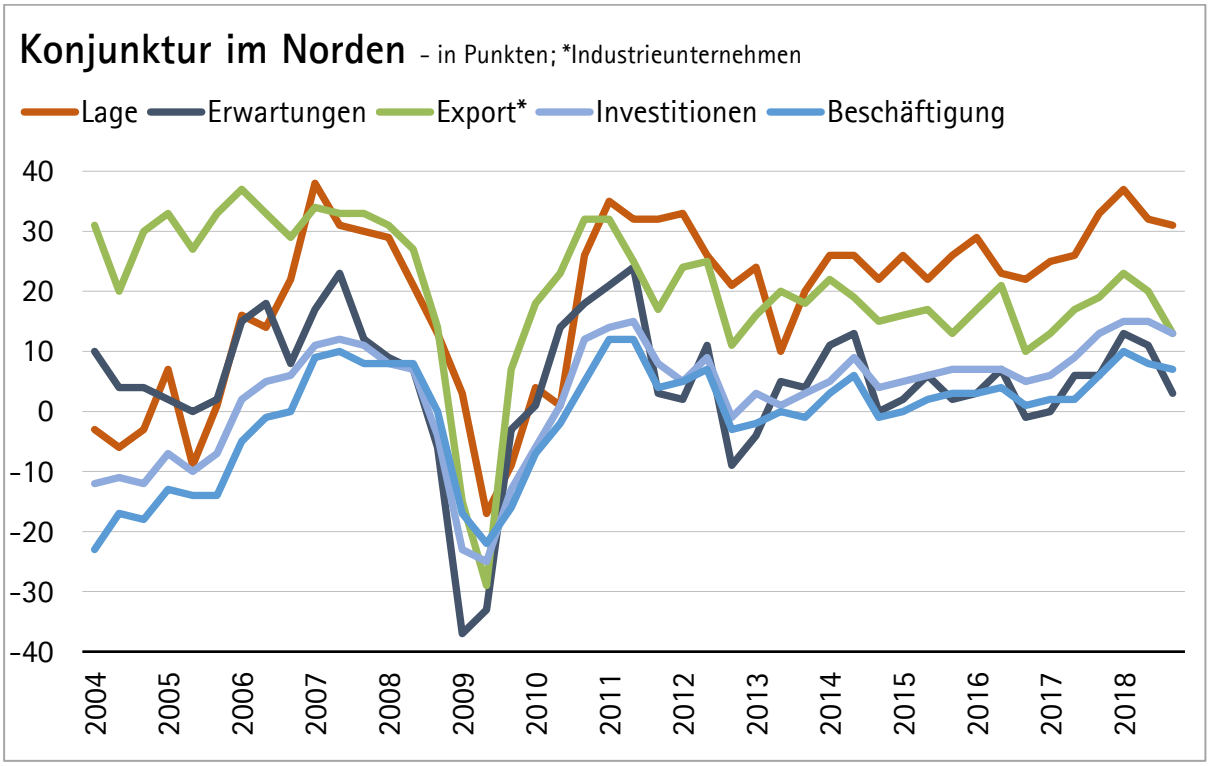
Konjunkturumfragen der IHKs

Die regionalen Konjunkturumfragen der 79 Industrie- und Handelskammern können Sie im Internet über www.dihk.de/konjunktur abrufen.

Konjunktur im Norden

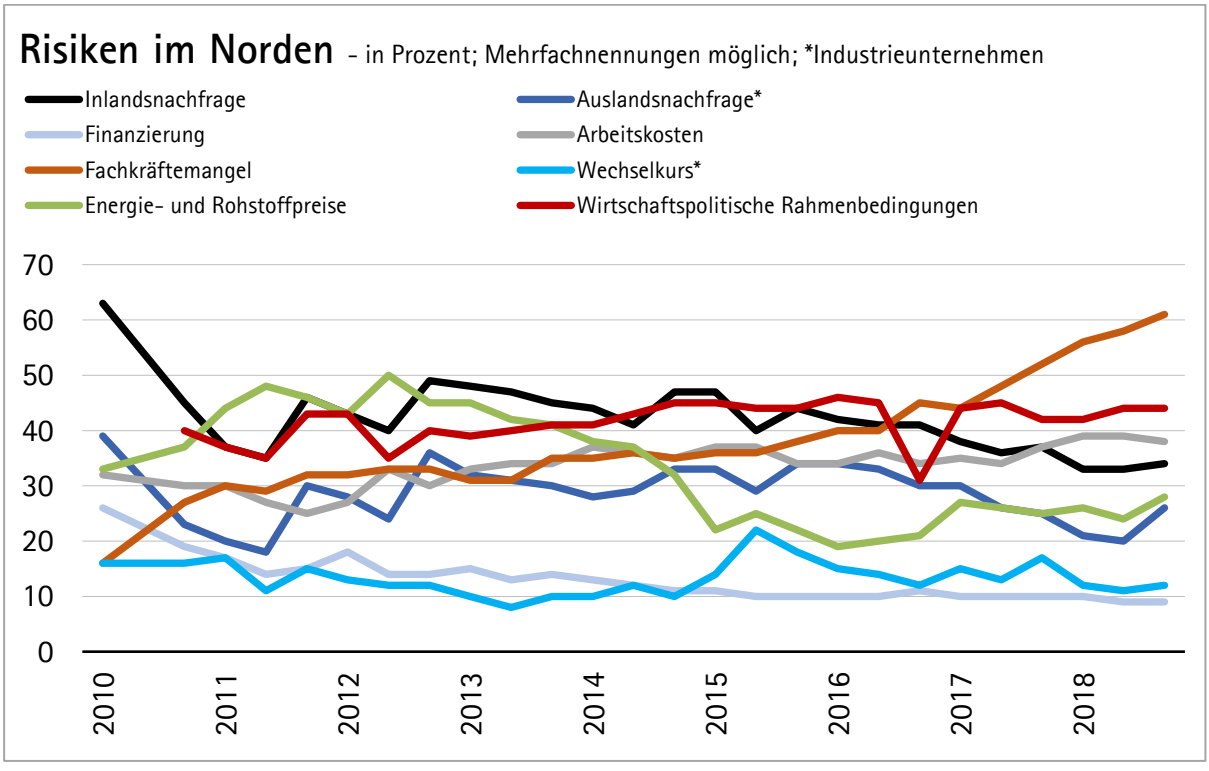
Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein; Saldo in Punkten; *Industrieunternehmen

	Geschäftslage		Geschäftserwartungen		Exporterwartungen*		Investitionsabsichten		Beschäftigungsabsichten	
	Norden	DE	Norden	DE	Norden	DE	Norden	DE	Norden	DE
Jahresbeginn 2012	33	37	2	5	24	17	5	8	5	8
Frühsommer 2012	26	32	11	11	25	22	9	11	7	9
Herbst 2012	21	27	-9	-4	11	7	-1	3	-3	1
Jahresbeginn 2013	24	27	-4	2	16	16	3	3	-2	1
Frühsommer 2013	10	17	5	9	20	17	1	3	0	1
Herbst 2013	20	27	4	11	18	23	3	8	-1	4
Jahresbeginn 2014	26	32	11	17	22	30	5	10	3	6
Frühsommer 2014	26	33	13	18	19	25	9	11	6	6
Herbst 2014	22	31	0	6	15	15	4	8	-1	2
Jahresbeginn 2015	26	32	2	7	16	17	5	9	0	3
Frühsommer 2015	22	32	6	13	17	21	6	12	2	5
Herbst 2015	26	35	2	9	13	16	7	11	3	5
Jahresbeginn 2016	29	38	3	11	17	20	7	12	3	6
Frühsommer 2016	23	34	7	12	21	17	7	12	4	6
Herbst 2016	22	36	-1	9	10	16	5	13	1	6
Jahresbeginn 2017	25	38	0	11	13	23	6	14	2	7
Frühsommer 2017	26	40	6	16	17	24	9	17	2	9
Herbst 2017	33	45	6	14	19	25	13	19	6	11
Jahresbeginn 2018	37	48	13	18	23	31	15	22	10	14
Frühsommer 2018	32	45	11	17	20	24	15	21	8	12
Herbst 2018	31	45	3	11	13	17	13	19	7	11



Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein; in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen

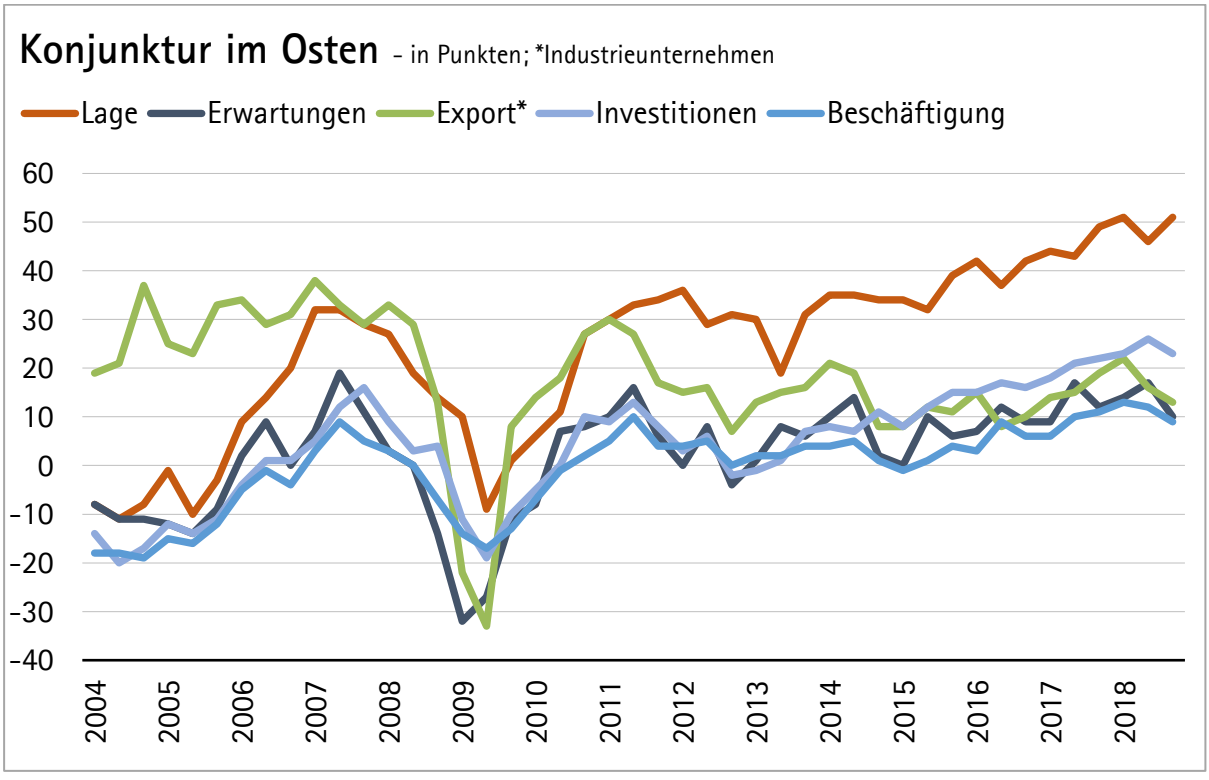
	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Jahresbeginn 2014	44	28	13	37	35	10	38	41	30	27	27	10	61
Frühsommer 2014	41	29	12	36	36	12	37	43	30	27	26	10	62
Herbst 2014	47	33	11	35	35	10	32	45	30	27	24	9	64
Jahresbeginn 2015	47	33	11	37	36	14	22	45	30	27	24	10	64
Frühsommer 2015	40	29	10	37	36	22	25	44	30	28	23	8	62
Herbst 2015	44	34	10	34	38	18	22	44	31	29	24	9	62
Jahresbeginn 2016	42	34	10	34	40	15	19	46	31	29	25	9	61
Frühsommer 2016	41	33	10	36	40	14	20	45	30	29	25	9	62
Herbst 2016	41	30	11	34	45	12	21	31	29	29	25	8	62
Jahresbeginn 2017	38	30	10	35	44	15	27	44	32	28	24	9	65
Frühsommer 2017	36	26	10	34	48	13	26	45	30	28	26	8	63
Herbst 2017	37	25	10	37	52	17	25	42	29	30	29	9	59
Jahresbeginn 2018	33	21	10	39	56	12	26	42	30	31	30	10	62
Frühsommer 2018	33	20	9	39	58	11	24	44	30	31	28	10	61
Herbst 2018	34	26	9	38	61	12	28	44	30	30	30	10	59



Konjunktur im Osten

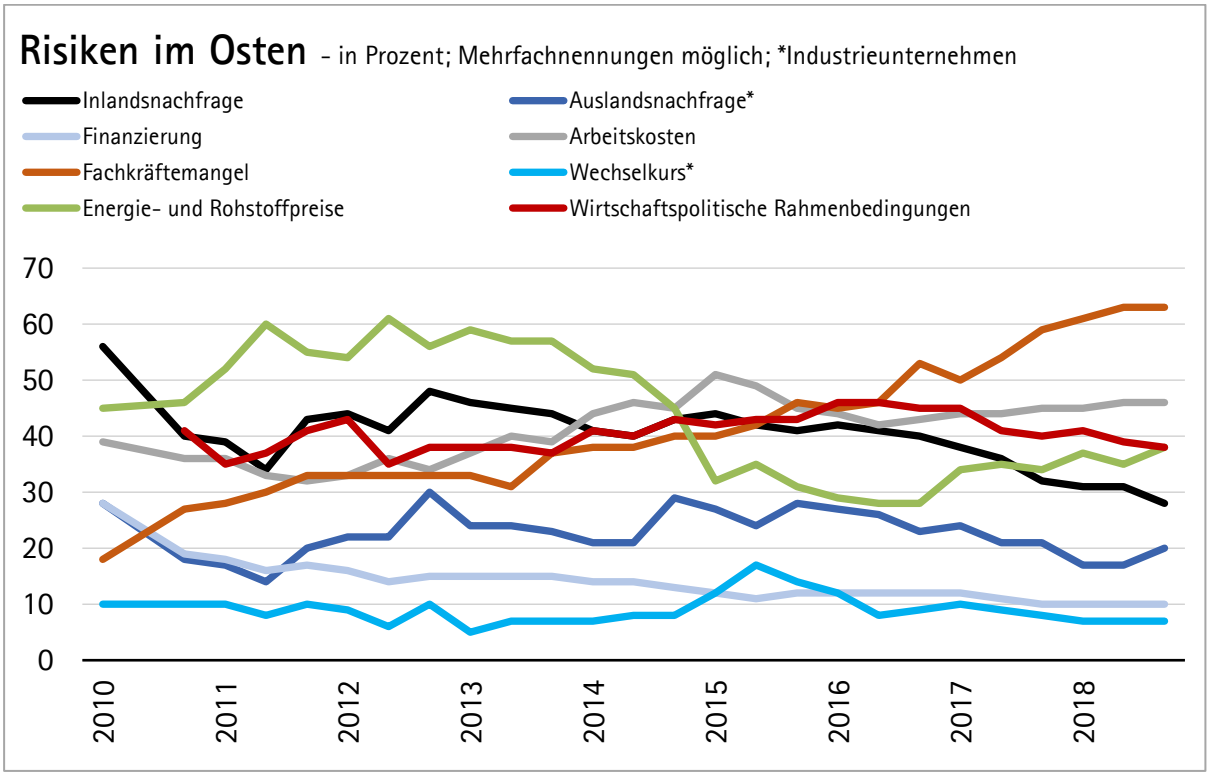
Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen; Saldo in Punkten; *Industrieunternehmen

	Geschäftslage		Geschäftserwartungen		Exporterwartungen*		Investitionsabsichten		Beschäftigungsabsichten	
	Osten	DE	Osten	DE	Osten	DE	Osten	DE	Osten	DE
Jahresbeginn 2012	36	37	0	5	15	17	3	8	4	8
Frühsommer 2012	29	32	8	11	16	22	6	11	5	9
Herbst 2012	31	27	-4	-4	7	7	-2	3	0	1
Jahresbeginn 2013	30	27	1	2	13	16	-1	3	2	1
Frühsommer 2013	19	17	8	9	15	17	1	3	2	1
Herbst 2013	31	27	6	11	16	23	7	8	4	4
Jahresbeginn 2014	35	32	10	17	21	30	8	10	4	6
Frühsommer 2014	35	33	14	18	19	25	7	11	5	6
Herbst 2014	34	31	2	6	8	15	11	8	1	2
Jahresbeginn 2015	34	32	0	7	8	17	8	9	-1	3
Frühsommer 2015	32	32	10	13	12	21	12	12	1	5
Herbst 2015	39	35	6	9	11	16	15	11	4	5
Jahresbeginn 2016	42	38	7	11	15	20	15	12	3	6
Frühsommer 2016	37	34	12	12	8	17	17	12	9	6
Herbst 2016	42	36	9	9	10	16	16	13	6	6
Jahresbeginn 2017	44	38	9	11	14	23	18	14	6	7
Frühsommer 2017	43	40	17	16	15	24	21	17	10	9
Herbst 2017	49	45	12	14	19	25	22	19	11	11
Jahresbeginn 2018	51	48	14	18	22	31	23	22	13	14
Frühsommer 2018	46	45	17	17	16	24	26	21	12	12
Herbst 2018	51	45	10	11	13	17	23	19	9	11



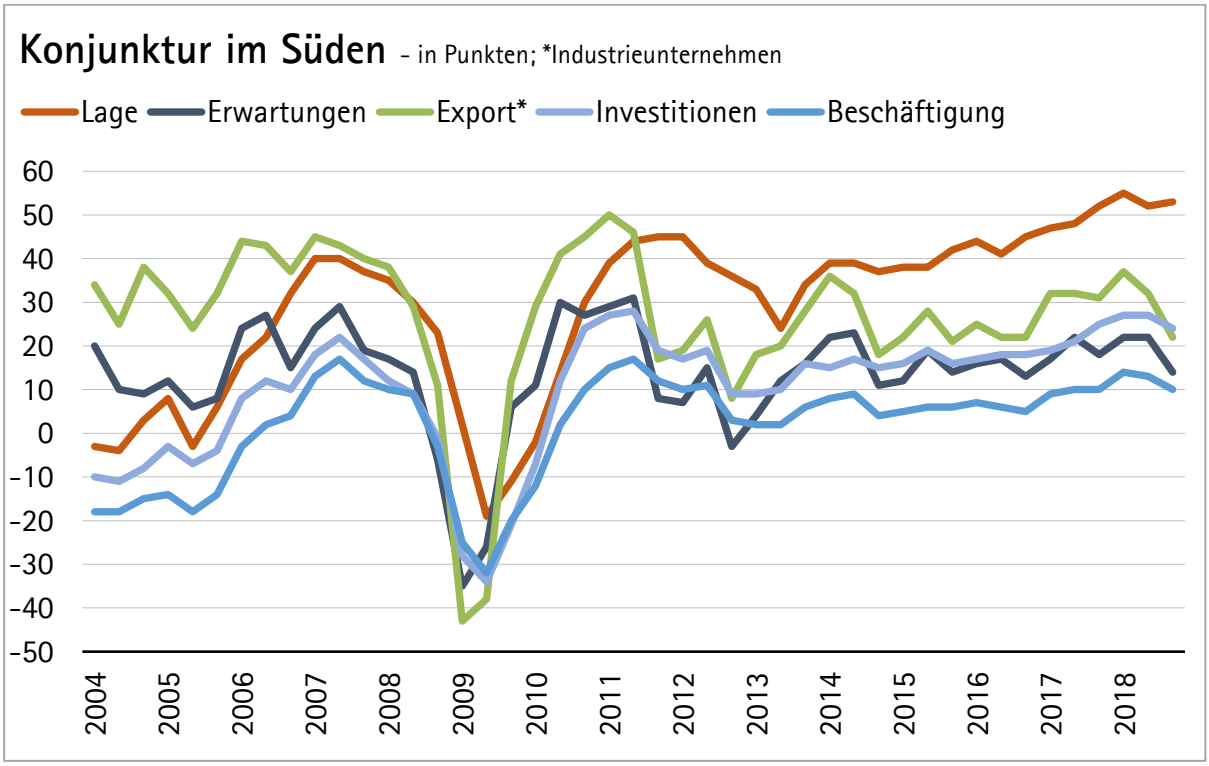
Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen; in Prozent; Mehrfachnennungen möglich *Industrieunternehmen

	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Jahresbeginn 2014	41	21	14	44	38	7	52	41	27	27	26	11	67
Frühsommer 2014	40	21	14	46	38	8	51	40	26	25	24	10	69
Herbst 2014	43	29	13	45	40	8	45	43	26	27	26	11	70
Jahresbeginn 2015	44	27	12	51	40	12	32	42	26	27	25	11	69
Frühsommer 2015	42	24	11	49	42	17	35	43	26	26	24	11	70
Herbst 2015	41	28	12	45	46	14	31	43	27	28	27	11	70
Jahresbeginn 2016	42	27	12	44	45	12	29	46	28	27	27	11	70
Frühsommer 2016	41	26	12	42	46	8	28	46	26	28	29	11	70
Herbst 2016	40	23	12	43	53	9	28	45	26	29	29	11	70
Jahresbeginn 2017	38	24	12	44	50	10	34	45	32	35	35	18	73
Frühsommer 2017	36	21	11	44	54	9	35	41	26	30	30	11	67
Herbst 2017	32	21	10	45	59	8	34	40	26	30	31	11	70
Jahresbeginn 2018	31	17	10	45	61	7	37	41	27	30	33	11	69
Frühsommer 2018	31	17	10	46	63	7	35	39	27	31	34	13	65
Herbst 2018	28	20	10	46	63	7	38	38	27	29	32	11	68



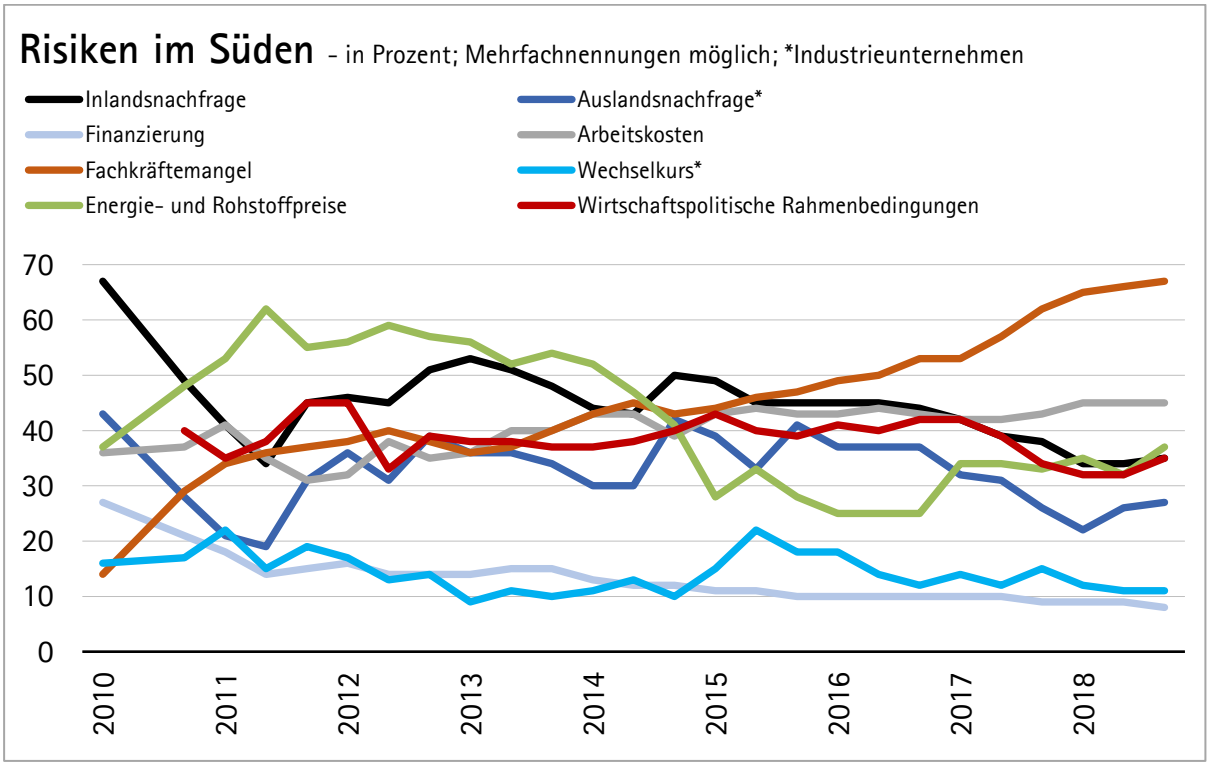
Konjunktur im Süden

Baden-Württemberg, Bayern; Saldo in Punkten; *Industrieunternehmen										
	Geschäftslage		Geschäftserwartungen		Exporterwartungen*		Investitionsabsichten		Beschäftigungsabsichten	
	Süden	DE	Süden	DE	Süden	DE	Süden	DE	Süden	DE
Jahresbeginn 2012	45	37	7	5	19	17	17	8	10	8
Frühsommer 2012	39	32	15	11	26	22	19	11	11	9
Herbst 2012	36	27	-3	-4	8	7	9	3	3	1
Jahresbeginn 2013	33	27	4	2	18	16	9	3	2	1
Frühsommer 2013	24	17	12	9	20	17	10	3	2	1
Herbst 2013	34	27	16	11	28	23	16	8	6	4
Jahresbeginn 2014	39	32	22	17	36	30	15	10	8	6
Frühsommer 2014	39	33	23	18	32	25	17	11	9	6
Herbst 2014	37	31	11	6	18	15	15	8	4	2
Jahresbeginn 2015	38	32	12	7	22	17	16	9	5	3
Frühsommer 2015	38	32	19	13	28	21	19	12	6	5
Herbst 2015	42	35	14	9	21	16	16	11	6	5
Jahresbeginn 2016	44	38	16	11	25	20	17	12	7	6
Frühsommer 2016	41	34	17	12	22	17	18	12	6	6
Herbst 2016	45	36	13	9	22	16	18	13	5	6
Jahresbeginn 2017	47	38	17	11	32	23	19	14	9	7
Frühsommer 2017	48	40	22	16	32	24	21	17	10	9
Herbst 2017	52	45	18	14	31	25	25	19	10	11
Jahresbeginn 2018	55	48	22	18	37	31	27	22	14	14
Frühsommer 2018	52	45	22	17	32	24	27	21	13	12
Herbst 2018	53	45	14	11	22	17	24	19	10	11



Baden-Württemberg, Bayern; in Prozent; Mehrfachnennungen möglich *Industrieunternehmen

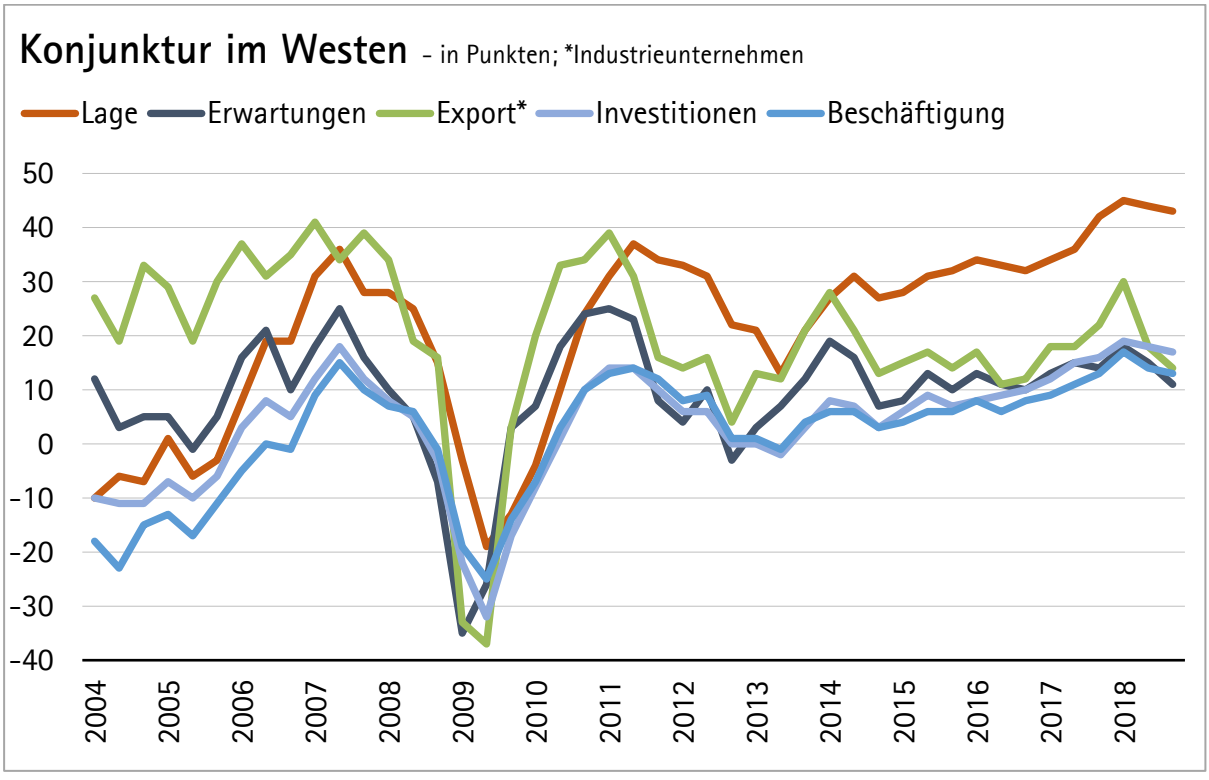
	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Jahresbeginn 2014	44	30	13	43	43	11	52	37	34	31	29	18	71
Frühsommer 2014	43	30	12	43	45	13	47	38	33	29	28	19	70
Herbst 2014	50	42	12	39	43	10	41	40	33	35	26	23	68
Jahresbeginn 2015	49	39	11	43	44	15	28	43	34	34	27	22	69
Frühsommer 2015	45	33	11	44	46	22	33	40	33	34	27	22	69
Herbst 2015	45	41	10	43	47	18	28	39	34	35	26	23	68
Jahresbeginn 2016	45	37	10	43	49	18	25	41	34	34	27	22	69
Frühsommer 2016	45	37	10	44	50	14	25	40	33	34	26	22	68
Herbst 2016	44	37	10	43	53	12	25	42	34	35	28	22	69
Jahresbeginn 2017	42	32	10	42	53	14	34	42	34	35	29	21	69
Frühsommer 2017	39	31	10	42	57	12	34	39	34	35	30	22	69
Herbst 2017	38	26	9	43	62	15	33	34	35	36	31	23	67
Jahresbeginn 2018	34	22	9	45	65	12	35	32	34	35	34	22	67
Frühsommer 2018	34	26	9	45	66	11	32	32	33	35	32	21	67
Herbst 2018	35	27	8	45	67	11	37	35	35	35	32	23	68



Konjunktur im Westen

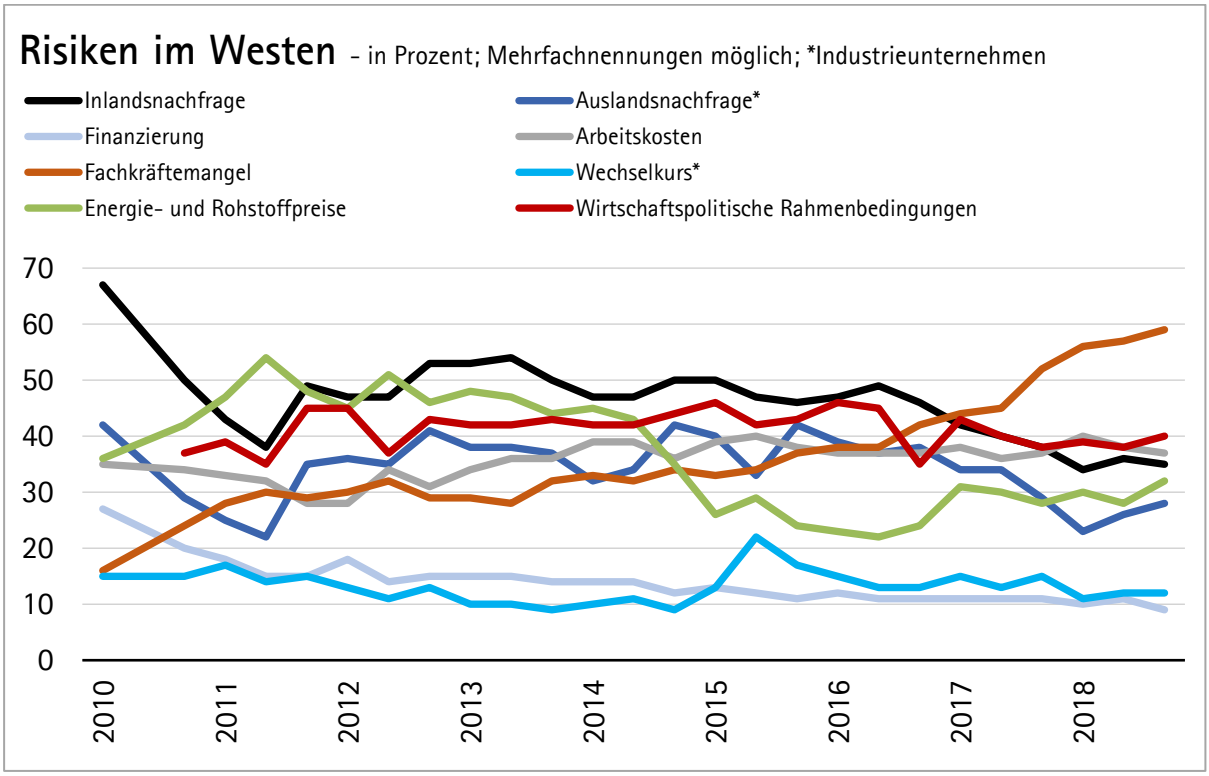
Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland;
Saldo in Punkten; *Industrieunternehmen

	Geschäftslage		Geschäftserwartungen		Exporterwartungen*		Investitionsabsichten		Beschäftigungsabsichten	
	Westen	DE	Westen	DE	Westen	DE	Westen	DE	Westen	DE
Jahresbeginn 2012	33	37	4	5	14	17	6	8	8	8
Frühsommer 2012	31	32	10	11	16	22	6	11	9	9
Herbst 2012	22	27	-3	-4	4	7	0	3	1	1
Jahresbeginn 2013	21	27	3	2	13	16	0	3	1	1
Frühsommer 2013	13	17	7	9	12	17	-2	3	-1	1
Herbst 2013	21	27	12	11	21	23	3	8	4	4
Jahresbeginn 2014	27	32	19	17	28	30	8	10	6	6
Frühsommer 2014	31	33	16	18	21	25	7	11	6	6
Herbst 2014	27	31	7	6	13	15	3	8	3	2
Jahresbeginn 2015	28	32	8	7	15	17	6	9	4	3
Frühsommer 2015	31	32	13	13	17	21	9	12	6	5
Herbst 2015	32	35	10	9	14	16	7	11	6	5
Jahresbeginn 2016	34	38	13	11	17	20	8	12	8	6
Frühsommer 2016	33	34	11	12	11	17	9	12	6	6
Herbst 2016	32	36	10	9	12	16	10	13	8	6
Jahresbeginn 2017	34	38	13	11	18	23	12	14	9	7
Frühsommer 2017	36	40	15	16	18	24	15	17	11	9
Herbst 2017	42	45	14	14	22	25	16	19	13	11
Jahresbeginn 2018	45	48	18	18	30	31	19	22	17	14
Frühsommer 2018	44	45	15	17	18	24	18	21	14	12
Herbst 2018	43	45	11	11	14	17	17	19	13	11



Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland;
Saldo in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen

	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Jahresbeginn 2014	47	32	14	39	33	10	45	42	32	31	28	11	63
Frühsommer 2014	47	34	14	39	32	11	43	42	31	29	28	10	63
Herbst 2014	50	42	12	36	34	9	35	44	32	30	27	10	64
Jahresbeginn 2015	50	40	13	39	33	13	26	46	32	30	28	10	63
Frühsommer 2015	47	33	12	40	34	22	29	42	31	29	28	10	63
Herbst 2015	46	42	11	38	37	17	24	43	33	30	30	10	62
Jahresbeginn 2016	47	39	12	37	38	15	23	46	32	32	30	10	62
Frühsommer 2016	49	37	11	37	38	13	22	45	31	31	29	10	63
Herbst 2016	46	38	11	37	42	13	24	35	33	31	30	10	61
Jahresbeginn 2017	42	34	11	38	44	15	31	43	32	33	31	10	62
Frühsommer 2017	40	34	11	36	45	13	30	40	29	32	32	10	62
Herbst 2017	38	29	11	37	52	15	28	38	32	34	33	12	60
Jahresbeginn 2018	34	23	10	40	56	11	30	39	31	33	34	11	61
Frühsommer 2018	36	26	11	38	57	12	28	38	31	32	33	10	62
Herbst 2018	35	28	9	37	59	12	32	40	33	32	34	12	60



Anhang

Fragen des DIHK zur wirtschaftlichen Situation im Herbst 2018

Wie beurteilten Sie die gegenwärtige Lage Ihres Unternehmens?

- gute Geschäftslage
- befriedigende Geschäftslage
- schlechte Geschäftslage

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- bessere Geschäftslage
- gleich bleibende Geschäftslage
- schlechtere Geschäftslage

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden 12 Monaten? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Inlandsnachfrage
- Auslandsnachfrage
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs
- Energie- und Rohstoffpreise
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, wenn ja ...

Mit welcher Entwicklung der Exporte rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- höhere Exporte
- gleich bleibende Exporte
- geringere Exporte

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Ausgaben
- gleich bleibende Ausgaben
- geringere Ausgaben

Welches sind die Hauptmotive, die Ihr Unternehmen seinen geplanten Investitionen im Inland für die kommenden 12 Monate zugrunde legt? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Rationalisierung
- Produktinnovation
- Kapazitätsausweitung
- Umweltschutz
- Ersatzbedarf

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Beschäftigtenzahl
- gleich bleibende Beschäftigtenzahl
- geringere Beschäftigtenzahl

Methodik

Mit der aktuellen Auswertung **„Die Luft wird dünner"** präsentiert der DIHK die Ergebnisse seiner aktuellen Konjunkturumfrage bei den Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland. Die Umfrage wurde erstmals im Herbst 1977 durchgeführt (bis Frühsommer 2013 unter dem Titel „Wirtschaftslage und Erwartungen"). Seit dem Jahr 2000 findet sie dreimal, bis dahin zweimal pro Jahr statt.

Grundlage für die DIHK-Ergebnisse sind Befragungen der Unternehmen durch insgesamt 79 IHKs. Im Herbst 2018 haben die IHKs rund **27.000 Antworten** ausgewertet. Die regionalen Auswertungen der IHKs können Sie auch im Internet unter www.dihk.de/konjunktur abrufen. Die Unterscheidung der Unternehmenseinschätzungen nach **Regionen** ist auch ein besonderes Merkmal der DIHK-Umfrage. Dabei werden dem Norden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Nach **Wirtschaftszweigen** verteilen sich die Antworten auf die Industrie (28 Prozent), die Bauwirtschaft (sieben Prozent), den Handel (22 Prozent) und die Dienstleister (43 Prozent). Die Einteilung der Wirtschaftszweige in der DIHK-Konjunkturumfrage basiert entsprechend der amtlichen Statistik auf der WZ 2008. Im Rahmen der Umstellung im Frühsommer 2009 wurden Werte der Vorumfragen auf dieser Basis neu berechnet, so dass es im Vergleich zu früher ausgewiesenen Werten zu Differenzen kommen kann.

Nach **Größenklassen** teilen sich die Antworten folgendermaßen auf: 34 Prozent Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten, 14 Prozent Unternehmen mit zehn bis 19 Beschäftigten, 41 Prozent Unternehmen mit 20 bis 199 Beschäftigten, sieben Prozent Unternehmen mit 200 bis 499 Beschäftigten, zwei Prozent Unternehmen mit 500 bis 999 Beschäftigten, zwei Prozent Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten.

Die IHKs gestalten ihre Stichprobe so aus, dass ein repräsentatives Stimmungsbild der gewerblichen Wirtschaft vor Ort abgebildet ist (branchen-, regionen- sowie unternehmensgrößenbezogen geschichtete Stichprobe). Die Aggregation auf Bundesebene erfolgt über eine regionale und branchenbezogene **Gewichtung**. Die Antworten der regelmäßigen Konjunkturfragen (siehe Fragebogen im Anhang) von Betriebsstätten mit mehr als 500 Beschäftigten sind mit dem Faktor 2 und die Antworten von Betriebsstätten mit mehr als 1.000 Beschäftigten mit dem Faktor 3 gewichtet. Bei den Geschäftsrisiken wird auf die Gewichtung nach Größenklassen verzichtet. Bei Zusatzfragen wird die Größenklassen-Gewichtung dann unterlassen, wenn der ungewichtete Anteil der Unternehmen aussagekräftiger ist.

Wird im Text von einem langjährigen Schnitt gesprochen, bezieht sich dieser bei den Wirtschafszweigen auf den Zeitraum von Herbst 1991 (Lage, Erwartungen) bzw. Herbst 1992 (Exporterwartungen, Investitions- und Beschäftigungsabsichten). Für die Branchen werden die bis 2003 zurückreichenden Daten zur Berechnung des Durchschnittswertes genutzt.

Bei der Frage nach den Geschäftsrisiken können die Unternehmen zu der Antwortoption „Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen" einen Freitext verfassen. In der aktuellen Umfrage lagen rund 4.400 Freitextantworten vor. Diese wurden anhand der genannten Begriffe und behandelten Themen möglichst trennscharf kategorisiert. Die häufigsten Antworten sind als Wortwolke dargestellt. Je größer ein Begriff ist, desto höher ist die Anzahl der Freitextantworten zu diesem Thema.

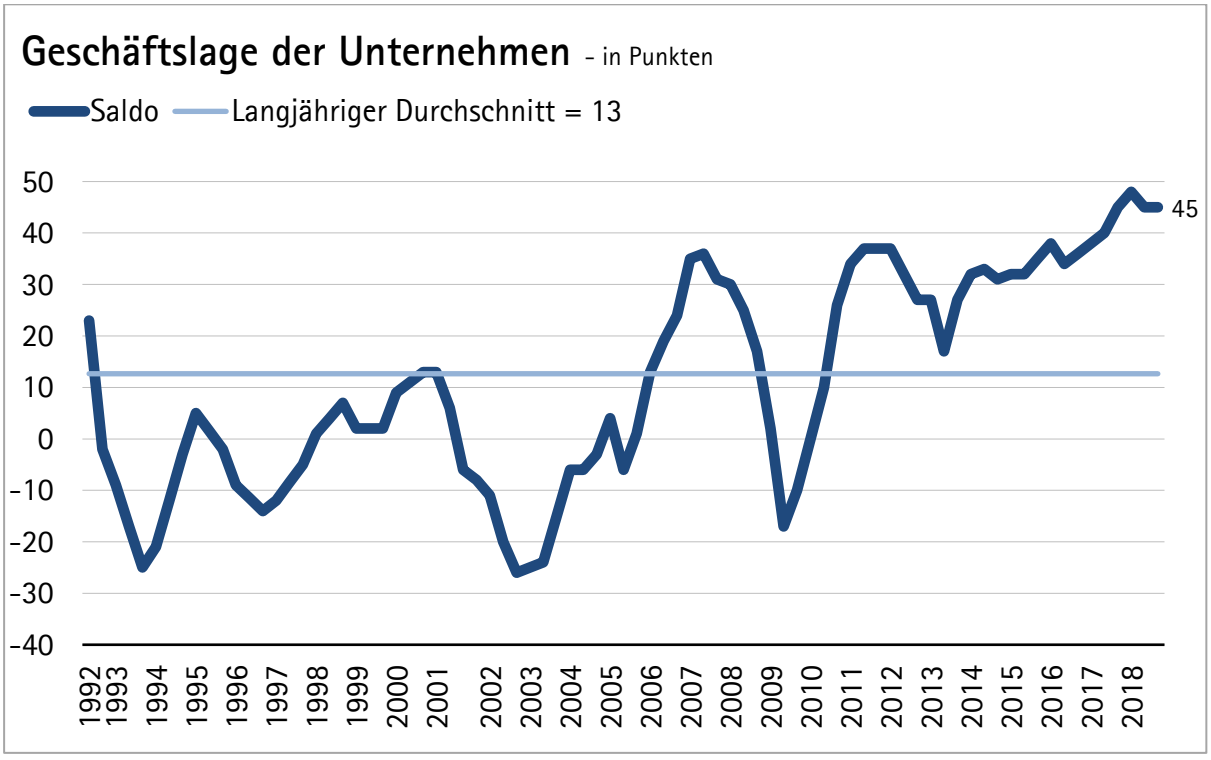
Der IHK-Konjunkturklimaindikator wird als geometrisches Mittel der Lage- und Erwartungssalden berechnet. Der Indikator hat demnach folgende mathematische Form: $\sqrt{(L_1 - L_3 + 100) * (E_1 - E_3 + 100)}$, wobei L_1 den Anteil der Unternehmen mit guter Lageeinschätzung darstellt, L_3 den Anteil der Unternehmen mit schlechter Lageeinschätzung, E_1 den Anteil der Unternehmen mit besseren Geschäftserwartungen und E_3 den Anteil der Unternehmen mit schlechteren Erwartungen.

Die Umfrage hat von **Ende August bis Anfang Oktober 2018** stattgefunden.

Zeitreihen der DIHK-Umfragen

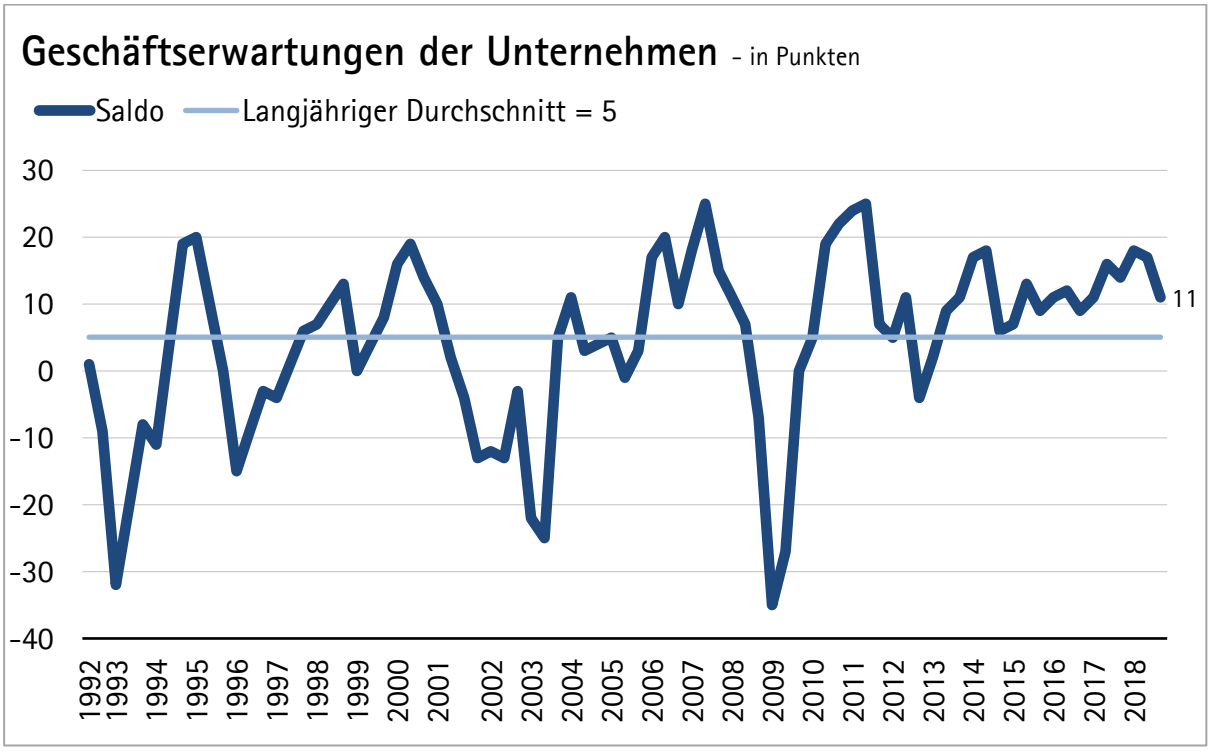
Geschäftslage; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	Insgesamt				nach Wirtschaftszweigen				nach Unternehmensgrößenklassen			
	gut	befriedigend	schlecht	Saldo Deutschland	Saldo Industrie	Saldo Baugewerbe	Saldo Handel	Saldo Dienstleister	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Herbst 2012	38	51	11	27	25	37	16	32	23	27	29	29
Jahresbeginn 2013	38	51	11	27	22	29	19	31	24	26	28	29
Frühsommer 2013	32	53	15	17	15	21	3	22	14	16	20	20
Herbst 2013	38	51	11	27	23	43	15	30	24	26	30	25
Jahresbeginn 2014	41	50	9	32	31	41	22	35	27	31	35	37
Frühsommer 2014	42	49	9	33	35	37	27	34	26	32	40	43
Herbst 2014	40	51	9	31	28	39	18	35	26	29	34	38
Jahresbeginn 2015	41	50	9	32	30	34	18	37	26	31	37	37
Frühsommer 2015	41	50	9	32	32	35	23	34	25	30	37	42
Herbst 2015	44	47	9	35	30	43	24	40	31	35	37	36
Jahresbeginn 2016	46	46	8	38	34	41	28	42	33	37	40	44
Frühsommer 2016	43	48	9	34	31	41	27	37	29	33	40	38
Herbst 2016	44	48	8	36	32	54	26	39	33	36	36	41
Jahresbeginn 2017	46	46	8	38	36	52	28	40	33	37	41	43
Frühsommer 2017	48	44	8	40	44	56	28	39	32	38	48	47
Herbst 2017	51	43	6	45	48	64	31	45	39	49	51	48
Jahresbeginn 2018	54	40	6	48	54	62	35	47	41	53	55	53
Frühsommer 2018	51	43	6	45	52	62	30	44	38	50	52	53
Herbst 2018	52	41	7	45	47	70	30	46	40	51	47	47



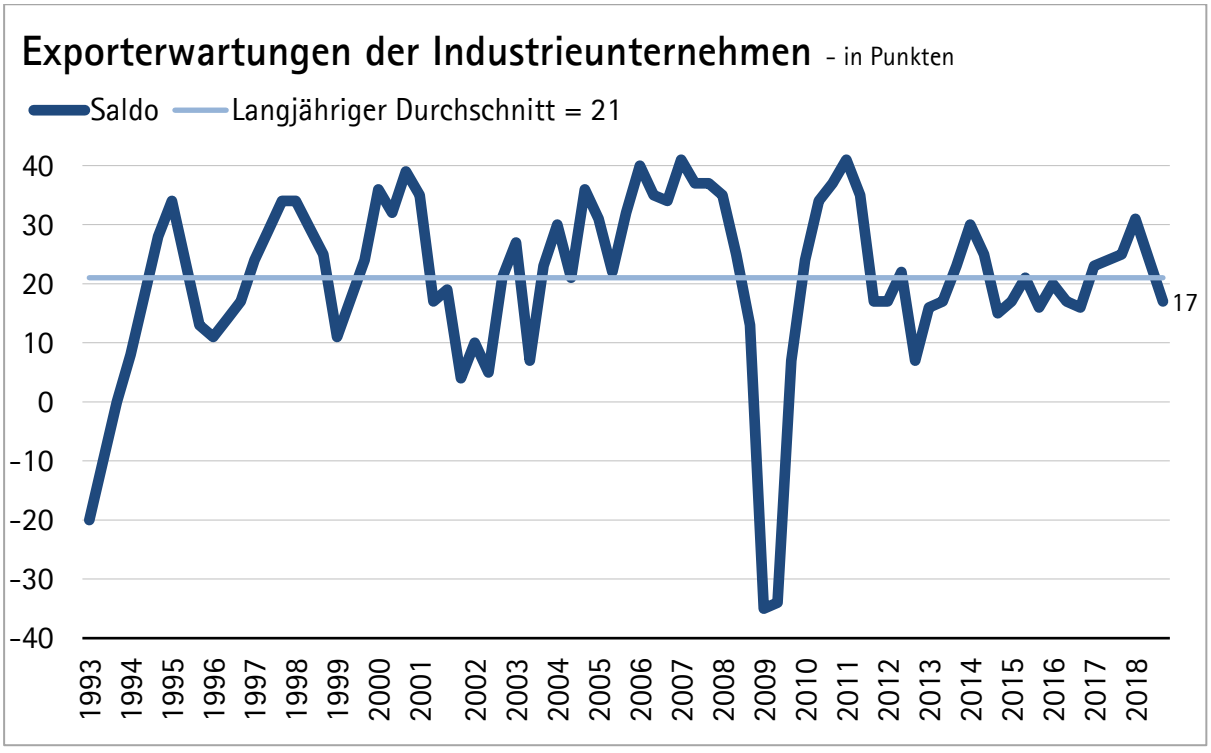
Geschäftserwartungen; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	Insgesamt				nach Wirtschaftszweigen				nach Unternehmensgrößenklassen			
	besser	gleich bleibend	schlechter	Saldo Deutschland	Saldo Industrie	Saldo Baugewerbe	Saldo Handel	Saldo Dienstleister	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Herbst 2012	18	60	22	-4	-9	-10	-5	0	-1	-5	-8	-5
Jahresbeginn 2013	20	62	18	2	2	-5	-1	3	3	3	0	-1
Frühsommer 2013	25	59	16	9	10	11	5	9	6	11	9	10
Herbst 2013	24	63	13	11	14	1	9	11	7	12	16	18
Jahresbeginn 2014	28	61	11	17	24	7	15	16	13	20	23	22
Frühsommer 2014	29	60	11	18	22	13	18	16	12	21	22	24
Herbst 2014	21	64	15	6	7	-2	3	7	4	8	7	9
Jahresbeginn 2015	22	63	15	7	11	-1	4	7	5	9	9	10
Frühsommer 2015	26	61	13	13	17	13	11	12	10	17	13	17
Herbst 2015	23	63	14	9	12	1	9	9	6	12	9	11
Jahresbeginn 2016	24	63	13	11	16	6	9	10	8	14	11	10
Frühsommer 2016	25	62	13	12	15	16	12	11	10	15	12	14
Herbst 2016	22	65	13	9	13	5	7	8	7	12	6	11
Jahresbeginn 2017	24	63	13	11	17	11	8	10	9	14	12	13
Frühsommer 2017	27	62	11	16	21	18	13	14	14	20	15	14
Herbst 2017	25	64	11	14	18	8	12	12	10	17	17	12
Jahresbeginn 2018	27	64	9	18	24	15	12	16	13	21	21	22
Frühsommer 2018	26	65	9	17	20	19	10	17	14	20	16	19
Herbst 2018	22	67	11	11	12	9	7	11	9	12	11	13



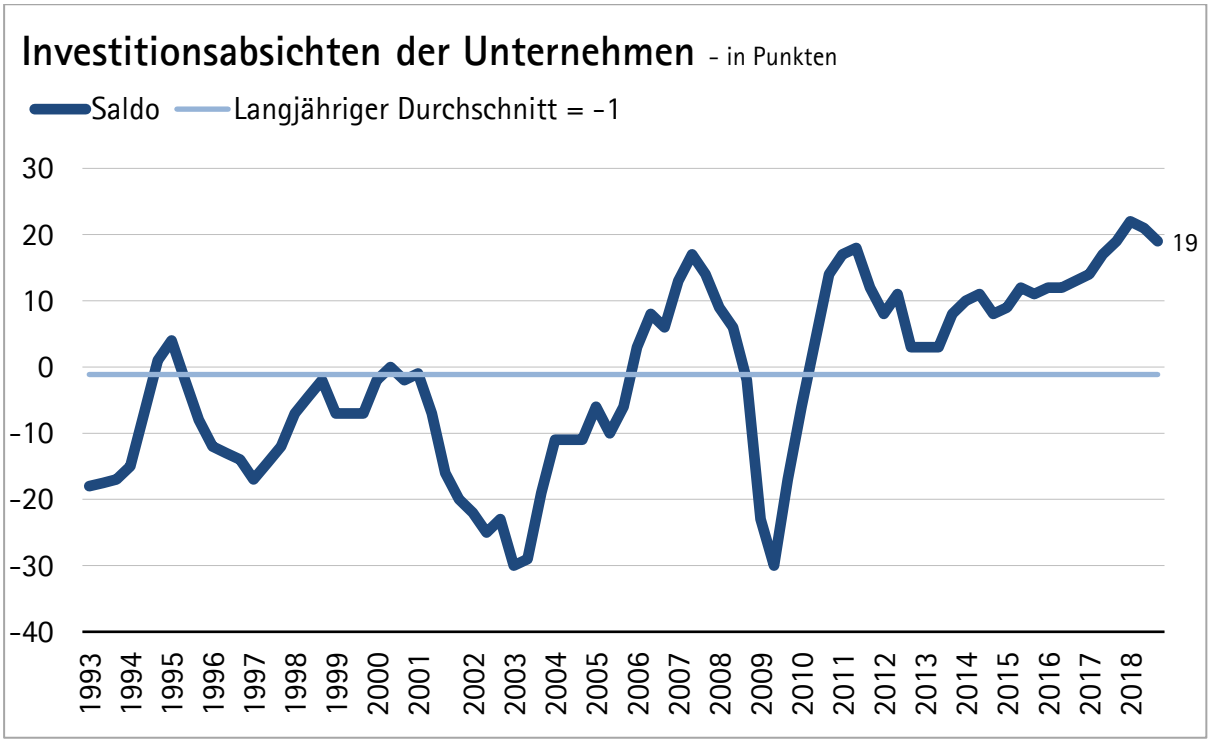
Exporterwartungen der Industrie; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	Insgesamt				nach Hauptgruppen			nach Unternehmensgrößenklassen			
	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo Deutschland	Saldo Vorleistungsgüterproduzenten	Saldo Investitionsgüterproduzenten	Saldo Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Herbst 2012	27	53	20	7	1	8	18	-1	2	11	17
Jahresbeginn 2013	30	56	14	16	12	17	25	8	12	22	20
Frühsommer 2013	30	57	13	17	14	20	20	10	10	26	26
Herbst 2013	32	59	9	23	20	28	25	12	19	31	36
Jahresbeginn 2014	37	56	7	30	30	32	29	16	27	40	40
Frühsommer 2014	34	57	9	25	24	27	27	11	21	36	33
Herbst 2014	30	55	15	15	12	15	22	2	9	25	28
Jahresbeginn 2015	30	57	13	17	16	19	18	3	14	26	32
Frühsommer 2015	31	59	10	21	20	23	20	8	17	28	37
Herbst 2015	30	56	14	16	14	17	21	7	12	22	32
Jahresbeginn 2016	32	56	12	20	19	21	24	7	16	30	37
Frühsommer 2016	29	59	12	17	15	18	23	6	13	24	35
Herbst 2016	29	58	13	16	13	18	19	3	14	21	29
Jahresbeginn 2017	34	55	11	23	21	26	24	8	18	33	42
Frühsommer 2017	33	58	9	24	22	28	21	12	19	36	34
Herbst 2017	34	57	9	25	24	28	25	9	20	40	34
Jahresbeginn 2018	38	55	7	31	31	34	29	19	26	44	44
Frühsommer 2018	33	58	9	24	21	30	21	5	21	34	43
Herbst 2018	30	57	13	17	13	22	19	2	15	26	29



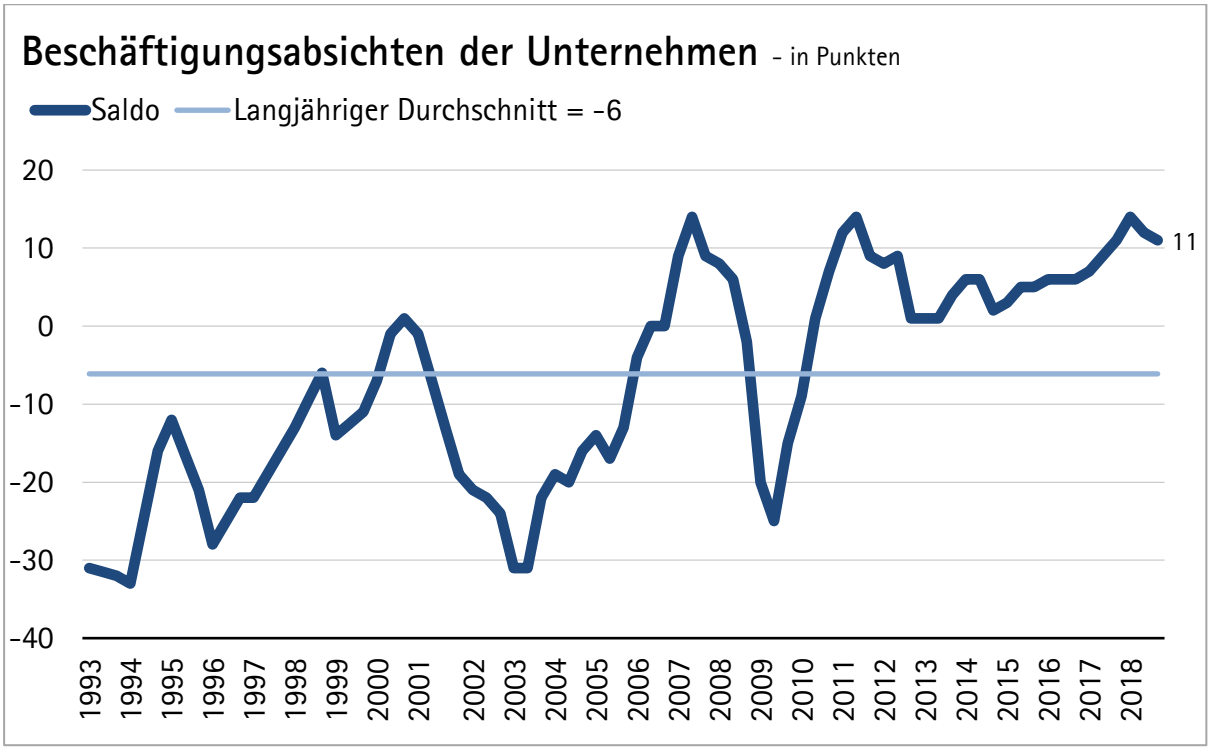
Investitionsabsichten; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

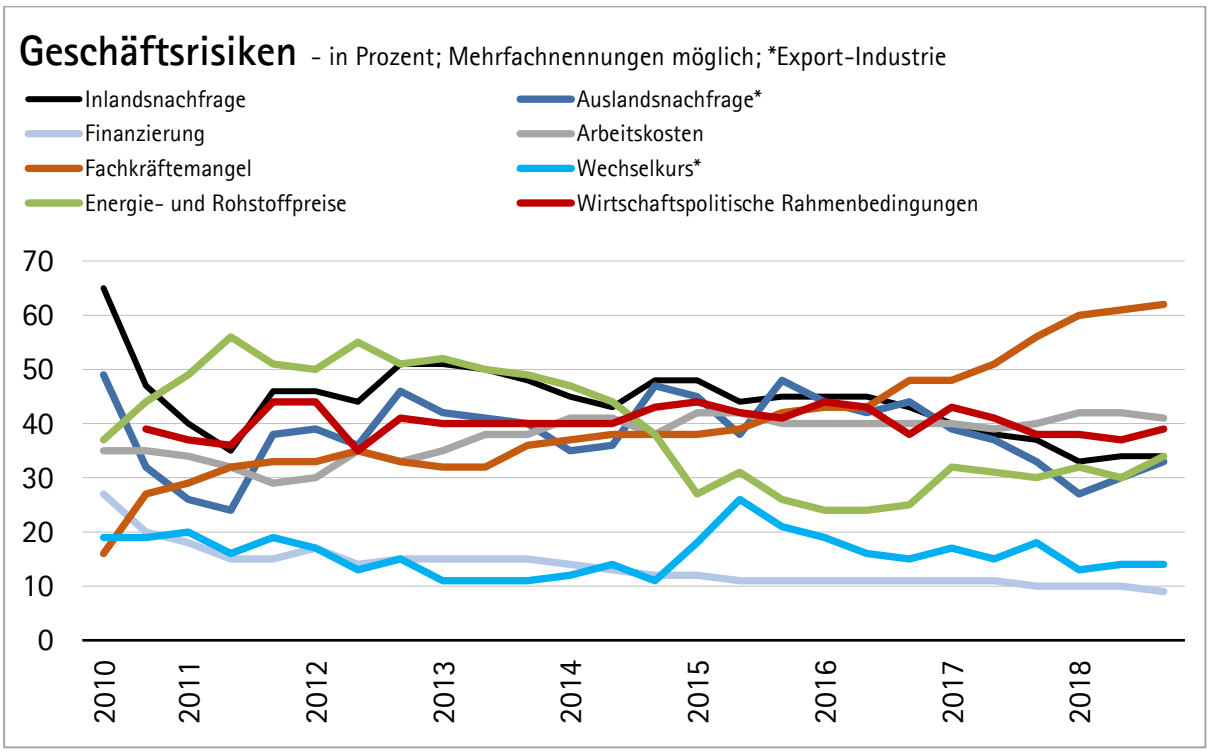
	Insgesamt				nach Wirtschaftszweigen				nach Unternehmensgrößenklassen			
	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo Deutschland	Saldo Industrie	Saldo Baugewerbe	Saldo Handel	Saldo Dienstleister	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Herbst 2012	23	57	20	3	2	-9	2	5	0	4	5	5
Jahresbeginn 2013	23	57	20	3	2	-7	1	5	0	4	5	9
Frühsommer 2013	23	57	20	3	3	-4	0	4	-2	4	7	8
Herbst 2013	25	58	17	8	8	-3	4	9	4	9	11	15
Jahresbeginn 2014	26	58	16	10	12	0	7	10	5	12	14	15
Frühsommer 2014	27	57	16	11	13	4	8	11	5	13	14	19
Herbst 2014	25	58	17	8	9	-1	5	10	2	10	11	19
Jahresbeginn 2015	26	57	17	9	11	-1	4	11	3	11	13	22
Frühsommer 2015	27	58	15	12	13	3	7	14	6	15	16	23
Herbst 2015	26	59	15	11	11	0	9	13	6	15	15	15
Jahresbeginn 2016	27	58	15	12	12	4	10	13	6	15	17	18
Frühsommer 2016	27	58	15	12	13	8	9	13	6	15	18	22
Herbst 2016	28	57	15	13	12	5	10	14	8	16	15	15
Jahresbeginn 2017	29	56	15	14	14	9	10	16	8	18	17	18
Frühsommer 2017	31	55	14	17	21	14	13	16	10	22	22	24
Herbst 2017	32	55	13	19	24	11	14	19	12	22	26	31
Jahresbeginn 2018	34	54	12	22	27	15	17	21	14	25	30	32
Frühsommer 2018	34	53	13	21	26	18	16	21	14	25	29	32
Herbst 2018	32	55	13	19	22	16	14	20	13	24	26	27



Beschäftigungsabsichten; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	Insgesamt				nach Wirtschaftszweigen				nach Unternehmensgrößenklassen			
	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo Deutschland	Saldo Industrie	Saldo Baugewerbe	Saldo Handel	Saldo Dienstleister	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Herbst 2012	15	71	14	1	-4	-3	-1	4	2	3	-4	-3
Jahresbeginn 2013	15	71	14	1	-4	-4	0	5	2	4	-4	-5
Frühsommer 2013	15	71	14	1	-2	2	-3	3	1	3	-2	-5
Herbst 2013	16	72	12	4	1	0	1	6	3	6	1	-5
Jahresbeginn 2014	17	72	11	6	5	3	3	7	4	9	3	1
Frühsommer 2014	17	72	11	6	5	1	5	8	4	10	6	-1
Herbst 2014	15	72	13	2	0	-3	-1	5	1	5	1	-3
Jahresbeginn 2015	17	69	14	3	2	-2	-1	5	2	5	1	-6
Frühsommer 2015	17	71	12	5	3	3	3	6	3	9	3	-7
Herbst 2015	17	71	12	5	2	1	3	7	4	8	4	-4
Jahresbeginn 2016	18	70	12	6	4	4	4	7	5	10	1	-8
Frühsommer 2016	18	70	12	6	4	9	5	8	6	10	1	-6
Herbst 2016	19	68	13	6	5	5	5	6	5	9	1	-5
Jahresbeginn 2017	20	67	13	7	7	9	6	7	6	11	0	-2
Frühsommer 2017	21	67	12	9	12	13	7	8	7	15	7	-1
Herbst 2017	22	67	11	11	16	10	9	9	8	15	10	6
Jahresbeginn 2018	25	64	11	14	21	14	10	12	10	20	14	11
Frühsommer 2018	23	66	11	12	17	15	9	11	8	19	12	5
Herbst 2018	22	67	11	11	15	12	8	9	7	16	8	5



Geschäftsrisiken und Investitionsmotive; in Prozent *exportierende Industrieunternehmen

	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Roh-stoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsauswei-tung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Herbst 2012	51	46	15	33	33	15	51	41	31	29	26	13	64
Jahresbeginn 2013	51	42	15	35	32	11	52	40	32	29	26	13	64
Frühsommer 2013	50	41	15	38	32	11	50	40	32	27	25	13	65
Herbst 2013	48	40	15	38	36	11	49	40	32	29	27	13	66
Jahresbeginn 2014	45	35	14	41	37	12	47	40	31	29	27	13	66
Frühsommer 2014	43	36	13	41	38	14	44	40	30	28	27	12	66
Herbst 2014	48	47	12	38	38	11	38	43	31	30	26	13	66
Jahresbeginn 2015	48	45	12	42	38	18	27	44	31	30	26	14	66
Frühsommer 2015	44	38	11	42	39	26	31	42	31	30	26	13	66
Herbst 2015	45	48	11	40	42	21	26	41	32	31	27	14	65
Jahresbeginn 2016	45	44	11	40	43	19	24	44	32	31	27	14	66
Frühsommer 2016	45	42	11	40	43	16	24	43	31	31	27	14	66
Herbst 2016	43	44	11	40	48	15	25	38	32	32	28	14	65
Jahresbeginn 2017	40	39	11	40	48	17	32	43	33	33	30	15	67
Frühsommer 2017	38	37	11	39	51	15	31	41	31	32	30	14	66
Herbst 2017	37	33	10	40	56	18	30	38	32	33	32	15	64
Jahresbeginn 2018	33	27	10	42	60	13	32	38	31	33	33	14	65
Frühsommer 2018	34	30	10	42	61	14	30	37	31	32	32	14	64
Herbst 2018	34	33	9	41	62	14	34	39	32	32	32	15	64